

# Politische Ökonomie der Bildung

Vorlesung an der TU Darmstadt

## **Inhaltsverzeichnis:**

- 1. Einleitung**
- 2. Begriff und historische Entstehung der Politischen Ökonomie**
  - 2.1 Begriffserläuterungen
  - 2.2 Zur Entstehung der Politischen Ökonomie
  - 2.3 Politische Ökonomie und ihre Kritik
- 3. Politische Ökonomie der Erziehung und Bildung 1968-1975**
- 4. Bildungsökonomie und ihre Kritik**
  - 4.1 Arbeitskräfte- und Bildungsbedarfprognosen
  - 4.2 Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum
  - 4.3 Humankapitalansatz
  - 4.4 Die Illusion der Bildungsökonomie
  - 4.5 Mikro-ökonomische Bildungsökonomie
- 5. Entfesselte Produktivkraft**
  - 5.1 Modernes Eigentum: Trennung von objektiven und subjektiven Produktivkräften
  - 5.2 Der Entfremdungsbegriff bei Marx
  - 5.3 Entfremdung als Überwindung und Erbe des Feudalismus
- 6. Das Prinzip der Kritik**
  - 6.1 Das objektive Prinzip der Kritik: der konkurrenzgetriebene technische Fortschritt
  - 6.2 Das subjektive Prinzip der Kritik: die Bildung
  - 6.3 Einbildungskraft: die Kraft der Bildung
- 7. Ökonomie als Schicksal**
  - 7.1 Verdinglichung
  - 7.2 Wert: der Sozialcharakter der Ware
  - 7.3 Der Warenfetisch
  - 7.4 Bildung und der Fetisch „technischer Fortschritt“

## 8. Der Wert der Mündigkeit

- 8.1 Marx' These: Die Arbeitskraft ist eine Ware!
  - 8.1.1 Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft
  - 8.1.2 Wert und Preis der Ware Arbeitskraft
- 8.2 Ist die Arbeitskraft eine Ware (und sonst nichts)?
- 8.3 Vom Wert der Mündigkeit

## 9. Das absolute Subjekt

- 9.1 Abstrakte Arbeit
- 9.2 Abstrakte Arbeit und Bildung
- 9.3 Das Kapital – der prozessierende Wert

## 10. Humanismus und Terror

- 10.1 Humanismus und Wert
- 10.2 Die Macht des Gutmachens
- 10.3 Bindung und Wiedergutmachung

## 11. Technischer Utopismus

- 11.1 Die Arbeitskraft: variables Kapital
- 11.2 Subsumtion der Arbeit unter das Kapital
- 11.3 Virtualisierung der Arbeit

## 12. Das Reich der Bildung

- 12.1 Profitrate und Mehrwertrate
- 12.2 Der Arbeitstag: notwendige Arbeit und Mehrarbeit
- 12.3 Von Arbeit befreiende Arbeit
- 12.4 Das Reich der Bildung

## Literatur

## 1. Einleitung

Einleitend werde ich versuchen, Ihnen eine vorläufige Vorstellung davon zu vermitteln, worum es in dieser Vorlesung gehen soll. Es geht um den Zusammenhang von Politik, Ökonomie (Technik/Wirtschaft) und Bildung (Pädagogik). Ökonomie soll dabei jenen Handlungsbereich mit einschließen, den wir Technik nennen. Warum ich diese begriffliche Ausweitung vornehme, werde ich noch erklären. Wahrscheinlich werden Sie gewisse Assoziationen, vorläufige Gedanken und Ideen im Kopf haben, was mit dem Titel „Politische Ökonomie der Bildung“ bezeichnet wird und was Sie daher in dieser Vorlesung zu erwarten haben. Damit daraus nicht falsche Erwartungen und Missverständnisse entstehen, ist es nützlich, vorweg wenigstens grob zu charakterisieren, was der Inhalt dieser Vorlesung sein wird.

Ich werde nicht in einer allgemeinen Weise über den Zusammenhang von Politik, Ökonomie und Bildung sprechen, wie er für alle Zeiten Gültigkeit haben könnte. Einen solchen allgemein gültigen Zusammenhang von Politik, Ökonomie und Bildung gibt es nach meiner Auffassung nicht. Ich werde über den Zusammenhang dieser Begriffe und dieser Handlungssphären sprechen, wie er uns heute, unter spezifischen historischen Bedingungen gegeben und aufgegeben ist. Ich betone „... und aufgegeben“, weil uns unsere historischen Lebensbedingungen, so schicksalhaft beschert sie uns auch erscheinen mögen, nie nur gegeben sind, sondern immer auch eine Handlungsherausforderung darstellen, auf die wir eine aktive Antwort finden müssen.

Wenn wir über die heutigen Zusammenhänge zwischen Politik, Ökonomie und Bildung sprechen, müssen wir über den Kapitalismus sprechen. Wir müssen das Kind beim Namen nennen und nicht drumherum reden, indem wir von „Moderne“, „Sozialer“ oder „Freier Marktwirtschaft“ oder dergleichen sprechen. Das ist keine Frage des Wortgebrauchs, sondern der Inhalte. Vom Kapitalismus zu sprechen, heißt, davon zu sprechen, dass wir in einem ökonomischen Systemzusammenhang leben, der uns bestimmte Handlungsweisen und Denkweisen zumindest nahelegt, wenn nicht von uns erzwingt; dass also unser Selbstverständnis, die Art und Weise, wie wir uns und unsere Welt sehen und verstehen, wie wir unser Leben führen, was uns wichtig und wertvoll erscheint, wozu wir erziehen und bilden wollen usw., sich explizit oder implizit auf etwas bezieht, was zwar von Menschen geschaffen, dennoch aber objektiv und materiell gegeben ist und Berücksichtigung verlangt, unabhängig davon, wie wir darüber denken mögen. Diese objektiven und materiellen Bedingungen unseres Lebens und Denkens sind uns größtenteils so selbstverständlich, dass wir gar nicht bemerken, dass es sich um historisch besondere Bedingungen handelt. Sie erscheinen uns mehr oder weniger als natürlich und finden insoweit als unbefragte und unbezweifelte Grundlagen und Prinzipien Eingang in unser Handeln und Denken.

Wenn wir von „Kapitalismus“ hören, dann denken wir vor allem an Begriffe wie Entfremdung, Ausbeutung, Profitorientierung. Begriffe, an die wir ganz und gar nicht denken, wenn wir von „Humanismus“ oder „Bildung“ hören. Kapitalismus, das ist das eine. Humanismus und Bildung, das ist etwas ganz anderes. So die gängige Voreinstellung, die keineswegs nur unter sog. „Linken“ herrscht, sondern auch von Liberalen und

Konservativen geteilt wird – nur dass Letztere es aus diesem Grunde meist ablehnen, die Gesellschaftsform, in der wir gegenwärtig leben, noch als „Kapitalismus“ zu bezeichnen. „Kapitalismus“, das ist in ihren Augen eine historisch vergangene (wesentlich dem 19. Jahrhundert zugehörige) Form von Ökonomie. Heute haben wir ihrer Auffassung nach eine Gesellschaftsform, die mit Humanismus und Bildung vereinbar ist, ja, diese sogar fördert; weshalb sie auch nicht mehr Kapitalismus genannt werden soll, sondern lieber „Freie und Soziale Marktwirtschaft“. „Kapitalismus“ dagegen wird als Bezeichnung für sog. „Entartungserscheinungen“ reserviert, die dem Wesen der Freien und Sozialen Marktwirtschaft fremd sind (so der sog. „Raubtierkapitalismus“ in bestimmten Sektoren der Finanzwirtschaft).

Wenn Linke demgegenüber darauf bestehen, unsere heutige Gesellschaftsform weiterhin als Kapitalismus zu bezeichnen, dann soll damit betont werden, dass auch diese sogenannte „Freie und Soziale Marktwirtschaft“ trotz aller historischen Veränderungen, die es seit dem 19. Jahrhundert unbestreitbar gegeben hat, weiterhin von Inhumanität und Bildungsfeindlichkeit gekennzeichnet sei.

Meine Position ist eine andere: Ich bestehe ebenfalls darauf, dass wir immer noch in einer Gesellschaftsform leben, die nur als „kapitalistische“ angemessen zu bezeichnen ist. Aber außerdem bestehe ich darauf, dass diese Gesellschaftsform eine radikal humanistische und bildungsfördernde ist; dass Humanismus und Bildung Begriffe sind, die zum Kapitalismus gehören; dass sie „seinen Geist atmen“. Auch die Tatsache, dass es möglich ist, eine Vorlesung zu halten, die sich kritisch mit dem Kapitalismus befasst, ist Ausdruck kapitalistischen Geistes, der grundsätzlich kritisch ist. Da aber ebenso die Begriffe Entfremdung, Ausbeutung und Profit zum Kapitalismus gehören, behaupte ich hier eine vielen sicher befremdlich erscheinende Verbindung von Entfremdung, Ausbeutung, Profit auf der einen und Humanismus, Bildung, Kritik auf der anderen Seite.

Da ich hier fürs erste nur einleite, Sie aber mit solchen unnachvollziehbaren Behauptungen auch nicht einfach hängen lassen möchte, will ich Ihnen eine kurze Erläuterung meiner These geben.

Der logische Kern der kapitalistischen Ökonomie steckt in der Kategorie des Werts. Diese Kategorie ist nicht nur ein Begriff, eine Vorstellung, die wir im Kopfe haben (das ist sie auch), sondern sie hat eine materielle Existenz als Warenwert und als Geldausdruck des Warenwerts. Wert ist eine ökonomische Realität, die wir alle in mehr oder minder großem Umfang mit uns in der Tasche herumtragen und auf die wir uns in unserem alltäglichen Leben in ungeheurem Maße einlassen und einstellen müssen. Die klassischen ökonomischen Theoretiker des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts haben analysiert, was den Wert von Waren ausmacht. Das Ergebnis ihrer Analyse war, dass Wert nichts anderes sei als geronnene menschliche Arbeit. Karl Marx hat diese Erkenntnis etwas später aufgegriffen und radikalisiert. Im Kapitalismus, so sagte er, existierten Werte nicht nur einfach als Eigenschaft von Dingen, mit denen wir umgehen. Sondern Wert werde selbst zu einer Art Subjekt, das gesellschaftliche Entwicklungen in Gang setzt. Dieses eigenartige neue historische Subjekt sei das Kapital, das Marx auch als „prozessierenden Wert“ bezeichnete.

Was bedeutet es nun, dass der Wert prozessiert? Es bedeutet, dass im Kapitalismus die Ökonomie die Tendenz hat, alles, was überhaupt für uns wichtig und bedeutsam ist, in Wert zu verwandeln. Verwandlung in Wert bedeutet: Verwandlung der Dinge, die unsere Welt ausmachen, in Waren; und das wiederum heißt: Ableitung aller Dinge aus nichts anderem als subjektiver, menschlicher Arbeit, einer Arbeit, die sich aus nichts anderem gründet als wiederum aus Arbeit; also beispielsweise nicht mehr aus Natur oder kultureller Tradition. Die letzte Quelle von allem wäre Arbeit, aber nicht mehr die Arbeit eines leiblichen, natürlichen Wesens mit je besonderen Fähigkeiten, sondern „abstrakte Arbeit“, wie Marx das nannte, das heißt Arbeit, die jeden Bezug zu etwas Materiellem, Natürlichem, Objektivem wie den Besonderheiten der individuellen Physis, den Bedingungen, die die Natur setzt, den Traditionen menschlichen Zusammenlebens und menschlicher Kultur abgestreift hat. Arbeit, in der der Mensch sein eigener Produzent wäre.

Vielleicht sehen Sie jetzt, dass es hier eine Nähe zum Bildungsbegriff gibt, sofern Bildung die vollständige Selbstbemächtigung, vollständige Autonomie des Subjekts meint, das sich und seine Möglichkeiten und Fähigkeiten keiner anderen Instanz mehr verdankt als sich selbst. Und ist das nicht auch eine Art von „Humanismus“? Als letzte Quelle von allem und als letzter Zweck von allem erscheint der autonome Mensch.

Und auch die Kritik gehört zum Wesen des Kapitalismus. Verwandlung der Welt in ein menschliches Artefakt ist ein Prozess unaufhörlicher Revolutionierung der Produktionsmethoden und Produktionsmittel. Die je entwickelten und angewandten Methoden und Mittel unterliegen sofort wieder der Kritik, inwiefern sie nämlich immer noch Elemente mit sich schleppen, die nicht zur Wertproduktion beitragen, in denen also anderes als reine abstrakte Arbeit wirksam ist; in der Sprache der Informationstheorie: redundante Elemente, die es zu eliminieren gilt. Die sogenannte technische Revolution, die von der kapitalistischen Ökonomie in Gang gesetzt und ständig vorangetrieben wird, ist nichts anderes als beständige Beseitigung von Redundanzen aus dem Produktionsprozess; ein Vorgang, der auch als „Optimierung“ bezeichnet wird und dessen Grundlage die Kritik des je Bestehenden ist.

Was aber ist die „abstrakte Arbeit“, wenn sie von allen materiellen und natürlichen Redundanzen befreite, rein subjektive Tätigkeit, reine Formtätigkeit ist? Auch hierzu an dieser Stelle nur ein kurzer vorwegnehmender Hinweis: Arbeit hat eine materiale (stoffliche) und eine formale Seite. Wenn wir von allen Materialien abstrahieren, bleibt die formale Seite der Arbeit. Die vollständig optimierte Arbeit ist reine Formtätigkeit. Eine Tätigkeit, die rein formal ist, die keine stofflich-materiale Seite enthält, ist die mathematische Operation. Die technische Revolution, wie sie durch die kapitalistische Ökonomie vorangetrieben wird, läuft demnach darauf hinaus, menschliche Tätigkeit auf mathematische Operation zu reduzieren. Die Informatisierung der Arbeit, die wir heute beobachten, legt hiervon Zeugnis ab.

Wenn in dieser Vorlesung über den Zusammenhang von Ökonomie und Bildung gesprochen wird, dann ist damit dreierlei gemeint:

1. das, was man üblicherweise in diesem Zusammenhang anspricht: die Indienstnahme und Funktionalisierung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke; das kann man dann beklagen oder auch befürworten, je nach Einstellung;

2. aber auch die Indienstnahme der Ökonomie für Bildung: insbesondere die Finanzierung der Bildung aus dem erwirtschafteten Reichtum einer Gesellschaft; oder die Schaffung und Einräumung von Lebenszeit für Bildung, Zeit, die ja nicht mehr für wirtschaftliche Belange zur Verfügung steht; auch dieser Zusammenhang wird je nach Einstellung begrüßt oder beklagt, meist mit umgekehrten Vorzeichen;
3. schließlich, und das liegt mir besonders am Herzen, die Herausarbeitung der gemeinsamen Wurzeln und Triebkräfte von Ökonomie und Bildung.

## 2. Begriff und historische Entstehung der Politischen Ökonomie

### 2.1 Begriffserläuterungen

#### *Ökonomie*

Ökonomie kommt vom altgriechischen *oikonomia*; dieses Wort ist zusammengesetzt aus *oikos* = Haus und *nomia* = Lehre. *Oikonomia* heißt also Lehre vom Haus; so etwas wie Hauswirtschaftslehre.

Hauswirtschaft bedeutete in der griechischen Antike den privaten Bereich der Produktion und Reproduktion; im Unterschied zum öffentlichen Bereich der *polis*, der sich auf dem öffentlichen Platz, der *agora* abspielte.

Der private Bereich galt als Bereich der den Natur-Notwendigkeiten unterworfenen materiellen Tätigkeiten (Hausarbeit, Handwerk, Landarbeit) sowie der Verfügung über die natürlichen Ressourcen, zu denen wie die Tiere auch die Sklaven gehörten. Der öffentliche Bereich war der Bereich der freien, sich über die Natur erhebenden geistigen Tätigkeiten (Politik und Kultur).

Die *oikonomia* sicherte die Befriedigung der materiellen Lebensbedürfnisse und bildete so die Grundlage für die Möglichkeit der freien geistigen, den allgemeinen Angelegenheiten gewidmeten und in der Öffentlichkeit (auf der *agora*, dem Marktplatz) ausgeübten Tätigkeiten.

#### *Politik*

Politik kommt ebenfalls aus dem Altgriechischen; von *polis* = Stadt, Staat; *politeia* = Bürgerschaft, Einrichtung des Staates, Ordnung des öffentlichen Lebens; *politike techné* = Staats-Kunst.

Mitglied der Polis konnte allein ein freier Mensch (= Mann) sein, der sich nicht um seine *oikonomia* zu kümmern brauchte; das schloss Frauen und die arbeitende Bevölkerung aus.

Jedes Mitglied der *polis* konnte an der *politeia*, d.h. am öffentlichen Leben und seiner Gestaltung teilhaben.

Politik (*politike techné*) war die Kunst zur Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten und der Einrichtung des Staates.

Politik fand auf der *agora*, dem öffentlichen Versammlungsort, dem Marktplatz statt.

#### *Pädagogik*

Pädagogik kommt vom altgriechischen *paidagogos*; das Wort ist zusammengesetzt aus *pais* = Kind, Knabe; und *agein* = führen, geleiten. Der *paidagogos* war demnach jemand (in der Regel ein Sklave), der das Kind (= den Knaben) begleitete, und zwar auf seinem Weg vom Hause zum öffentlichen Platz, an dem die körperlichen und geistigen Übungen



stattfanden (*gymnasion*), und dort beaufsichtigte. Eine solche Begleitung kam den künftigen Polis-Bürgern, d.h. den Knaben aus den besser gestellten Familien zu. Der Pädagoge begleitete demnach das Kind auf seinem Wege des Sich-Hineinfindens in die Sphäre der Öffentlichkeit, die *polis*.

Als *paidagogike techne* wurde später die Erziehungskunst bezeichnet. Ursprünglich bedeutet Pädagogik aber nicht so sehr Unterweisung, Belehrung oder Formung als vielmehr Entwicklungsbegleitung.

### *Wozu diese etymologischen Anmerkungen?*

Sie können deutlich machen, dass mit dem Begriff eine Geschichte verbunden ist. Denn die ursprüngliche Bedeutung der Begriffe unterscheidet sich von der Bedeutung, die wir heute mit ihnen verbinden. Dadurch wird die Selbstverständlichkeit unseres heutigen Begriffsverständnisses erschüttert, und wir können sensibler werden für die Geschichtlichkeit der Phänomene, um die es sich dabei handelt. Geschichtlichkeit heißt nicht nur Gewordenheit, sondern auch: die Möglichkeit der Veränderung, die Möglichkeit, die Dinge nicht nur zu nehmen, wie sie sind, sondern auch offen zu werden für künftige Alternativen.

*Oikonomia* und *politike techne* waren demzufolge ursprünglich streng getrennten Sphären zugeordnet; *oikonomia* der privaten Sphäre, welche von den Notwendigkeiten der materiellen Lebensreproduktion bestimmt und insofern noch stark den Bedingungen und Gewalten der Natur unterworfen war; *politike techne* der öffentlichen Sphäre, welche von diesen Notwendigkeiten entbunden der freien geistigen Tätigkeit gewidmet war.

Daraus resultiert – hinsichtlich des Begriffs Politische Ökonomie – die Frage: Wie wurde die Ökonomie politisch?

## **2.2 Zur Entstehung der Politischen Ökonomie**

Auch in der Antike gab es neben dem privaten Bereich der *oikonomia* einen Bereich, den wir heute der Ökonomie zurechnen, der öffentlich ausgeübt wurde: den Handel, der ebenfalls auf der *agora*, dem Marktplatz stattfand. Solange die *oikonomia* privat blieb, wurde jedoch die Herstellung der lebensnotwendigen Güter, die Lebensreproduktion der Gesellschaft insgesamt nicht vom Handel, also vom Geschehen in der Öffentlichkeit bestimmt. Der lokale Markthandel beschränkte sich auf den Austausch über die Subsistenzproduktion hinausgehender Überschussproduktion (insbesondere landwirtschaftliche Produkte). Daneben gab es den Fernhandel für den Austausch von Gütern zwischen Ländern mit unterschiedlichen Produktionstraditionen und unterschiedlichen Naturbedingungen der Produktion (Beispiel: Gewürzhandel). Dieser Handel blieb jedoch ein von der eigentlichen *oikonomia* abgetrennter und ihr nicht zugehöriger Bereich. Politisch (= öffentlich) wird die Ökonomie erst, wenn die Bedingungen des Marktes die Produktion bestimmen, wenn überwiegend für den Markt und nicht mehr überwiegend für die Subsistenz des Haushalts produziert wird.

Eine solche Veränderung der Ökonomie zur Marktökonomie fand in Deutschland in den mittelalterlichen Städten statt. Damit einher gingen Trennung und Arbeitsteilung

von Stadt und Land: landwirtschaftliche Produktion auf dem Lande und handwerkliche Produktion in den Städten, in denen sich auch der Fernhandel konzentrierte. Die Ökonomie der Stadt beruhte auf handwerklicher Produktion und Handel; aber sie blieb angewiesen auf den Austausch mit dem Lande. Insgesamt gründete sich die feudale Ökonomie auf eine Landwirtschaft, deren Produkte nicht vermittelt über den Markt in den Konsum gelangten, sondern unmittelbar von den Grundeigentümern angeeignet wurden. Die Städte bildeten lediglich Enklaven einer anderen Ökonomie innerhalb feudaler Verhältnisse.

Das Politischwerden der Ökonomie der Gesamtgesellschaft fiel damit zusammen, dass der Handel, der Warenaustausch auf dem Markt, die Produktion der Güter umfassend zu bestimmen begann, indem seine Gesetzmäßigkeiten nicht nur in die handwerkliche, sondern auch in die landwirtschaftliche Produktion Eingang fanden, die gesellschaftliche Produktion insgesamt zur Warenproduktion umwandeln und die so umgewandelte Produktion zur herrschenden Produktionsweise wurde. Diese Umwandlung vollzog sich stufenweise noch unter feudalen Verhältnissen: über das Verlagswesen, die Manufaktur bis hin zur Fabrik.

#### *Verlagswesen:*

Der „Verleger“ war eine Art Großhändler, der einer größeren Zahl von handwerklichen Produzenten exklusiv ihre Produkte abkaufte, um sie dann auf dem Markt mit Gewinn weiterzuverkaufen. Aufgrund der Abhängigkeit der Produzenten vom Verleger konnte dieser in die Produktion „hineinregieren“, indem er ihnen u.a. Verfahrensweisen oder Rohstoffqualitäten vorschrieb. Teilweise lieferte er auch die Rohstoffe und stellte Werkzeug oder Maschinen.

Eine moderne Art des Verlagswesens stellt die Abhängigkeit der Zuliefererbetriebe von Großabnehmern (Handelsketten, Industriekonzernen) dar.

#### *Manufaktur:*

Während beim Verlagswesen jeder Produzent noch ein ganzes handwerkliches Produkt herstellte, erlaubte die Konzentration der Produzenten an einem Ort eine Zerlegung der handwerklichen Arbeit in Teilabschnitte, die jeweils von einzelnen Arbeitern oder Arbeiterinnen vollzogen wurden. Dadurch konnten auch Arbeitskräfte eingestellt werden, die über keine umfassende handwerkliche Ausbildung verfügten. Und die einzelne Arbeitskraft konnte bezogen auf ihre Teilarbeit größere Geschicklichkeit entwickeln. Kostensenkung und Steigerung der Produktivität ermöglichten dem Manufakturunternehmer auf dem Markt einen Konkurrenzvorteil gegenüber traditionell produzierenden Handwerkern, der sich in höherem Gewinn auszahlte.

#### *Fabrik:*

Die Arbeitsteilung in der Manufaktur ging noch von den Arbeitsabläufen aus, wie sie in Gestalt der handwerklichen Arbeit traditionell vorgegeben waren. Indem der Produktionsvorgang rein technisch und d.h. unabhängig von der menschlichen Arbeitsfähigkeit betrachtet wurde, wurden Produktionsabläufe denkbar, die wesentlich nicht mehr von

den Möglichkeiten der menschlich-leiblichen Arbeitskraft, sondern von Maschinen bestimmt wurden.

*Politische Teilhabe und Marktteilhabe*

Die Öffentlichkeit, der Austausch auf dem Markt, bestimmte nun die Ökonomie, die damit zu einer Politischen wurde. Und zugleich wurde das Politische hierdurch ökonomisch bestimmt. Teilhabe am öffentlichen Austausch begründete sich jetzt nicht mehr wie noch in der antiken Polis durch die Entbindung von den Notwendigkeiten der Ökonomie, sondern durch die Einbindung in Ökonomie. Voraussetzung hierfür wurde das Eigentum an auf dem Markt tauschbaren Gütern, d.h. die Verfügung über Waren und damit über Wert. Das neue politische Subjekt war Eigentümer. Tauschbar waren insbesondere die Faktoren der Produktion, so dass sich entsprechend den Produktionsfaktoren drei Klassen von Eigentümern konstituierten: die Grundeigentümer, die Kapital-Eigentümer (Eigentum an sachlichen Produktionsmitteln) und die Arbeitskraft-Eigentümer.

Wir können den Vorgang von zwei Seiten betrachten: von der ökonomischen Tätigkeit her und von der politischen Tätigkeit her. Von der ökonomischen Tätigkeit her betrachtet werden nun diejenigen, die sie vollziehen, die an ihr teilhaben, in die politische Sphäre versetzt. Ihre ökonomische Tätigkeit wird, als Teilnahme am Marktgeschehen, öffentliche Tätigkeit in zweifachem Sinne: erstens wird sie zur Teilnahme an jener Praxis, die gesellschaftliche Zusammenhänge und Bezüge konstituiert. Ihre Tätigkeit ist nicht mehr nur private Lebensreproduktion, sondern unmittelbar gesellschaftliche Reproduktion. Zweitens werden von den ökonomisch Handelnden nun Fähigkeiten verlangt, als selbstständige, freie Eigentümer am öffentlichen Leben teilzunehmen. Damit der Markt funktioniert, müssen seine Teilnehmer sich seinen Regeln entsprechend verhalten können. Darauf wird später noch einzugehen sein. Ihre Ausbildung kann sich nicht mehr nur auf die direkt arbeitsbezogene Qualifikation richten, sondern muss auch die Befähigung zur selbstständigen Teilnahme am Marktgeschehen einschließen. Die Mitglieder der arbeitenden Klasse sind nunmehr als solche zu politischen Subjekten berufen und nicht mehr, wie früher, von der politischen Sphäre ausgeschlossen. Die politische Demokratie ist notwendige Konsequenz einer politisch gewordenen Ökonomie. (Auch wenn diese Konsequenz in Deutschland erst mit einer Verspätung von mehreren Jahrzehnten durchgesetzt wurde.)

Von der politischen Tätigkeit her gesehen wird nunmehr die Teilnahme am Markt zur Voraussetzung für politische Teilhabe. Andere Gründe für politische Teilhabe (feudale Privilegien) werden hinfällig. Politische Macht wird zu einer Ableitung aus ökonomischer Macht. Der Jahrzehnte dauernde Kampf des Adels gegen den Verlust der politischen Macht im Deutschland des 19. Jahrhunderts (insbesondere der ostpreußischen Grundbesitzerklasse, des Junkertums), der erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wirklich aufgegeben wurde, legte hiervon deutlich Zeugnis ab. Politik ist von jetzt an eng verwoben mit Ökonomie und von ökonomischen Interessen weitgehend gesteuert. Ihre Hauptaufgabe wird die Sicherung der ökonomischen Reproduktion.

### *Die Wissenschaft der Politischen Ökonomie*

Die Durchsetzung der kapitalistischen Warenproduktion zur beherrschenden Produktionsweise brachte dann Ausgangs des 18. Jahrhunderts die theoretische Disziplin hervor, die ihre Regeln und Gesetzmäßigkeiten untersuchte: die klassische Politische Ökonomie. Adam Smith' klassisches Werk der Politischen Ökonomie, im Jahre 1776 in London erschienen, trug den Titel „Eine Untersuchung über Art und Gründe des Reichtums der Nationen“. Während der Reichtum eines Landes zuvor als Reichtum an Naturmitgift und Anhäufung von Schätzen bestimmt war, als etwas, das einem Land im wesentlichen geschenkt oder von ihm durch Eroberung und Raub erworben war, stellte der Engländer Adam Smith heraus: Der Reichtum einer Nation besteht in den Produkten ihrer Industrie. Er ist kein Geschenk oder Schicksal mehr und muss auch nicht durch Raub oder Eroberung gemehrt werden, sondern er ist Ergebnis menschlicher Anstrengungen. Reichtum wird nicht geerntet, abgeschöpft oder geraubt, sondern produziert. Arbeit ist die letztinstanzliche Quelle allen Reichtums.

Als weitere Werke der klassischen Politischen Ökonomie (durchweg in England, der damals führenden Industrienation, entstanden) sind zu nennen: David Ricardos „On the Principles of Political Economy and Taxation. London 1817“; John Stuart Mills „Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy. London 1848“.

### *Die Kritik der Politischen Ökonomie*

Aus der kritischen Rezeption der klassischen Politischen Ökonomie durch Karl Marx ging dann Mitte des 19. Jahrhunderts die Kritik der Politischen Ökonomie hervor: 1859 erschien „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, Marx' erstes streng ökonomisches Werk; 1867 dann die erste Auflage des ersten Buches von „Das Kapital. Zur Kritik der Politischen Ökonomie“. Die beiden weiteren Bücher, die Bände 2 und 3 des Kapital, wurden nicht mehr von Marx selbst, sondern aus seinem Nachlass von seinem Freund Friedrich Engels herausgegeben. Davor hatte Marx intensiv an Studien über die Politische Ökonomie gearbeitet und in den Jahren 1857 bis 1858 ein umfangreiches Manuskript abgefasst, aus dem dann sukzessive ein vielbändiges Werk hervorgehen sollte, wovon die erwähnte 1859 erschienene Arbeit „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ den Auftakt bildete. Aus diesem großangelegten Plan ist dann nur zum Teil etwas geworden. Die Bände zur Theorie des Weltmarktes und zur Staatstheorie zum Beispiel sind nie zustande gekommen. Das Rohmanuskript von 1857/58 ist zu Marx' Lebzeiten und lange danach nicht veröffentlicht worden. Erst 1939 und 1941 wurde es in zwei Bänden in Moskau herausgegeben und Ende der 60er Jahre dann auch zuerst in Westdeutschland, später in der DDR, unter dem Titel „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ verlegt. Dieser Band mit dem Rohentwurf seiner geplanten Studien ist insofern von besonderem Interesse, als er noch viele philosophische Reflexionen enthält, die Marx in seinen später veröffentlichten Büchern nicht mehr aufgenommen hat.

Außerordentlich aufschlussreich ist, womit Marx seine kritische Analyse der Politischen Ökonomie beginnt. Er greift nämlich den Gegenstand des ersten klassischen Wer-

kes der Politischen Ökonomie auf, Adam Smith‘ Untersuchung über den „Reichtum der Nationen“, und schreibt:

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.“ (MEW 23, S. 49)

So Marx im Kapital. Schon in dessen Vorläuferwerk hieß es im ersten Satz:

„Auf den ersten Blick erscheint der bürgerliche Reichtum als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als sein elementarisches Dasein.“ (MEW 13, S. 15)

Aber geht es in der Kritik der Politischen Ökonomie nicht eigentlich um die Analyse sozialer Strukturen und sozialen Handelns? Politik und Ökonomie sind menschliche Praxis. Warum beginnt Marx nicht mit einer Darstellung der sozialen Akteure und ihrer Beziehungen zueinander, sondern mit der Analyse einer Sache, eines Dings, der Ware, wenn er Gesellschaft untersucht?

Dieser für eine Gesellschaftsanalyse eigenartige Anfang gibt bereits einen entscheidenden Hinweis auf eine wichtige Erkenntnis, zu welcher die Kritik der Politischen Ökonomie gelangt: Nicht die Menschen sind es, welche durch die Art ihrer Beziehungen zueinander die gesellschaftlichen Strukturen gestalten, sondern diese Gesellschaft wird durch die sozialen Beziehungen von Dingen, von Sachen bestimmt. Die sozialen Beziehungen der Menschen sind hiervon abgeleitet. Die Waren nötigen ihre Eigentümer, sich ihren Bestimmungen entsprechend zu verhalten; die Waren steuern mit ihren Bestimmungen das soziale Verhalten der Menschen. Das soziale Fundament besteht in der Beziehung von Dingen zueinander.

Im gesamten ersten Kapitel des Kapital geht es nur um die Ware und ihre Bestimmungen. Erst im zweiten Kapitel werden dann die Akteure, nämlich die Wareneigentümer, thematisiert. Sie müssen sich, wie Marx sagt, um die Bestimmungen der Ware zu realisieren, nämlich sie zu Märkte zu tragen, um sie dort auszutauschen gegen andere, gleichwertige Ware, „als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust“ (MEW 23, S. 99).

Damit ist das angesprochen, was Marx „Verdinglichung“ der menschlichen Beziehungen nennt: Dinge sind es, die als handelnde soziale Subjekte auftreten; was die Menschen tun, erscheint ihnen als von Dingen diktiert und gesteuert. Obwohl sie selbst es sind, die den Dingen eben diese merkwürdige Eigenschaft verleihen; denn diese Dinge, die Waren, sind ja nicht von Natur aus da, sondern produziert, von Menschen hervorgebracht. Marx vergleicht dieses verkehrte Verhältnis der Menschen zu ihren eigenen Produkten mit der Herstellung von Fetischen, denen ihre Hersteller, die Menschen, ja ebenfalls eigene magische Kräfte zuschreiben.

Den Übergang zwischen dem ersten Kapitel des Kapital, in dem die Ware analysiert wird, und dem zweiten Kapitel, in dem das Austauschhandeln der Subjekte thematisiert wird, bildet ein Abschnitt des ersten Kapitels, der genau diese eigentümliche Verkehrung von Sache und Person begründet und den Marx überschrieben hat mit: „Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“. In diesem Abschnitt heißt es:

„... die Verhältnisse der Produzenten ... erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte. Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch

das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes Verhältnis von Gegenständen. ... Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregionen der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.“ (MEW 23, S. 86f.)

Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie war immanente Kritik. Das heißt, Marx kritisierte nicht die Politische Ökonomie von einem anderen Standpunkt aus, sondern er ließ sich auf die Kategorien und Begriffe ein, in welchen die Politische Ökonomie ihren Gegenstand darstellte, die Kategorien Ware, Wert, Geld, Kapital, Arbeit usw., und untersuchte deren innere widersprüchliche logische Struktur, wie sie in den bis dahin verfassten Schriften der Politischen Ökonomie auffindbar war, ohne dass sie dort ausreichend gründlich und konsequent bedacht wurde. So wurde die Politische Ökonomie in der Marxschen Rezeption zu einer kritischen Ökonomie, die ihren Gegenstand nicht bestätigte, sondern in Frage stellte, indem sie seine innere Zerrissenheit herausstellte und die extreme Gefährdung, die daraus für das soziale Leben der Menschen resultierte. Die Konsequenz aus dieser Einsicht war zunächst nicht eine ökonomische, sondern eine politische: die Revolutionierung der Ökonomie sollte das Verhältnis von Ökonomie und Politik umkehren, indem sie die Ökonomie der bewussten politischen Gestaltung überantwortete.

#### *Die Kritik der Politischen Ökonomie in der Systemkonkurrenz*

Dadurch wurde die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie zu einer wichtigen ideologischen Grundlage der antikapitalistischen Arbeiterbewegung. Als solche diente sie zur theoretischen Legitimation der Ziele dieser Bewegung und, als ein Teil von ihr im östlichen Teil Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Sowjetunion an die Macht gebracht wurde, zur Legitimation der ökonomischen Praxis dieses real existierenden sozialistischen Staates. Sie versah die Politik der Arbeiterbewegung ebenso wie danach die Politik des sozialistischen Staates mit der Aura wissenschaftlicher Begründetheit.

In der damaligen DDR hatte die auf die Marxsche Kritik sich berufende Ökonomie nun zwei Hauptaufgaben zu erfüllen: 1. Als Wirtschaftslehre des real existierenden Sozialismus sollte sie die staatliche Wirtschaftslenkung wissenschaftlich fundieren und begleiten. Sie war demnach politisch in einem affirmativen Sinne, indem sie dem sozialistischen Staat zuzuarbeiten und seine Politik zu unterstützen hatte. 2. Als Kritik der bürgerlichen Ökonomie des Westens setzte sie die marxistische Tradition der Kapitalismuskritik fort. Beide Aufgaben standen jedoch in engem Zusammenhang miteinander, denn die Kritik der bürgerlichen Ökonomie diente gleichzeitig der Legitimation der realsozialistischen Alternative. In den Bundesländern, die aus der 1989 nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen zusammengebrochenen DDR hervorgingen, wurde die Politische Ökonomie in den Jahren nach der Vereinigung „abgewickelt“ und durch jene andere, selbstverständlich auch nicht unpolitische Ökonomie ersetzt, die sich der wirtschaftlichen Ordnung des Westens verschrieben hat.

In der ehemaligen BRD hingegen hatten Ansätze zu einer Ökonomie gleichen Namens, soweit sie sich nicht wissenschaftlich und ideologisch mit der zum Marxismus-Leninismus kanonisierten sozialistischen Weltanschauung identifizierten, eine andere Intention verfolgt. Hier ging es um Kritik der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im eigenen Lande, um Konzepte für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse auf einem „dritten Wege“ jenseits der Alternative von Kapitalismus und real existierendem Sozialismus (der zum Teil nur als „staatskapitalistische“ Variante kapitalistischer Ökonomie angesehen wurde) zu entwickeln.

### 2.3 Politische Ökonomie und ihre Kritik

Die Politische Ökonomie hat also eine lange und wechselhafte Geschichte hinter sich, die zusammenfällt mit der Geschichte der in ihr dargestellten und analysierten Form der Ökonomie, des Kapitalismus, und einbezogen war in die politischen Auseinandersetzungen, die sich auf diesen Boden vollzogen. Sie begleitet nicht nur theoretisch und ideologisch die Geschichte des Kapitalismus, sondern ist selbst ein Teil von ihr. In ihrem Ursprung hatte die Bezeichnung Politische Ökonomie keineswegs für eine Alternative zur Ökonomie der heutigen westlichen Gesellschaften gestanden, sondern war im Gegenteil der Name, den sich die Wissenschaft eben dieser marktwirtschaftlichen Ökonomie selbst gab, einer liberalen Ökonomie des Warentauschs und der Warenproduktion, der privaten Verfügung über die Ressourcen der materiellen Lebensreproduktion und der Lohnarbeit. Politische Ökonomie nannte sich eine Ökonomie, in der die heutige Volkswirtschaftslehre historisch rückblickend ihre „Klassik“ ausmacht und die von Theoretikern (Smith 1776, Ricardo 1817, Mill 1848) ausgearbeitet wurde, die alles andere im Sinn hatten als eine – gar sozialistische – Alternative zur bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Politische Ökonomie des ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war eine Wissenschaft, die es unternahm, die Gesetzmäßigkeiten der bürgerlichen Ökonomie, die man damals auch als ihr Verfechter noch ungeniert kapitalistisch nennen konnte, zu erforschen, systematisch darzustellen und zugleich mit der humanen Legitimation zu versehen, sie sei die der menschlichen Bedürfnisstruktur am meisten entsprechende und zugleich effektivste, also beste aller möglichen Wirtschaftsordnungen. Sie war Politische Ökonomie im Unterschied zur privaten Ökonomie der einzelnen Unternehmung und zur Privatheit früherer Ökonomien, da sie die Wirtschaft eines Nationalstaats einschließlich seiner Außenhandelsbeziehungen im Zusammenhang mit der politischen und sozialen Verfasstheit dieses Staates behandelte. Ihr Grundgedanke, auf eine geplante und rationale Steuerung wirtschaftlicher Prozesse im nationalen Maßstab zu verzichten und stattdessen deren Regulation dem Vorteilsstreben der vielen einzelnen Privatpersonen und der Automatik des Marktgeschehens zu überlassen, die schon – auf geheimnisvolle Weise, wie von einer gütigen „unsichtbaren Hand“ (Smith) gelenkt – von sich aus für das Wohlergehen aller sorgen werde – dieser Grundgedanke ist auch heute noch als maßgeblich anzusehen für das Selbstkonzept marktwirtschaftlicher Ökonomie,



auch wenn Notwendigkeit wie Zulässigkeit eines gewissen – immer aber zu minimierenden – Maßes an Staatseingriffen inzwischen weitgehend Konsens ist.

Angesichts dieser Ursprünge Politischer Ökonomie muss die spätere Inanspruchnahme dieses Namens für eine kapitalismuskritische Wirtschaftstheorie verwundern. Und tatsächlich hat ja Karl Marx, auf dessen Werk sich Politische Ökonomie kritischer Intention vor allem beruft, dieses unter dem Titel „Kritik der Politischen Ökonomie“ verfasst (Marx 1857/58, 1859, 1867, 1885 und 1894). Marx' Kritik bezog sich auf Realität wie Theorie gleichermaßen; auf die Realität, indem sie nachzuweisen versuchte, dass der Widerspruch wachsenden gesellschaftlichen Reichtums bei gleichzeitiger Verelendung derjenigen, die ihn produzieren, strukturell in der Logik des ökonomischen Systems angelegt und nur durch dessen Überwindung zu lösen sei; auf die Theorie, indem sie zu zeigen versuchte, dass deren Legitimation kapitalistischer Ökonomie nur um den Preis innerer systematischer Widersprüche durchzuhalten war.

Konsequenterweise müsste die an Marx anschließende kapitalismuskritische Politische Ökonomie eigentlich die Bezeichnung Kritik der Politischen Ökonomie fortführen. Und doch hat die Wegkürzung der „Kritik“ aus dem Namen der Disziplin auch ihren Sinn. Denn Marx' Kritik der Politischen Ökonomie verstand sich nicht als eine Kritik, die von einer anderen wissenschaftlichen Position her an der Politischen Ökonomie geübt wurde, sondern als ein konsequentes Weiterdenken der klassischen Theorie aus ihren eigenen Prämissen heraus. Die Kritik der Politischen Ökonomie ist – so gesehen – immanente Kritik oder Selbstkritik der Politischen Ökonomie und daher weiterhin Politische Ökonomie.

Politische Ökonomie in diesem kritischen Verständnis wäre allerdings eine heute überflüssige Angelegenheit, wenn sie – wie es in der ehemaligen DDR der Fall war – lediglich die affirmative Ökonomie des real existierenden Sozialismus und ihre Kapitalismuskritik lediglich deren ideologische Begleitmusik gewesen wäre; oder wenn die marktwirtschaftliche Ökonomie über alle (Selbst-)Kritik erhaben wäre und es keinerlei marktwirtschaftlich induzierte Probleme mehr gäbe. Selbst überzeugteste Vertreter der Marktwirtschaft werden dies kaum zu behaupten wagen. Allerdings – die Probleme, die die marktwirtschaftliche Ordnung heute nach sich zieht, scheinen nicht mehr die zu sein, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts Marx' Kritik provoziert hatten; und wohl auch nicht mehr die, mit denen sich die marxistisch orientierte Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg auseinandersetzen hatte. Die „soziale Frage“ ist zwar nicht gelöst; im Gegenteil: materielle Armut wird auch in den entwickelten Industrieländern wieder zu einem Problem wachsenden Ausmaßes. Aber andere Probleme haben sich in den Vordergrund geschoben, die zu den Zeiten von Marx so noch nicht absehbar waren; insbesondere die ökologische Frage und das Problem relativer ökonomischer Unterentwicklung. Man kann auch sagen, die Probleme haben sich globalisiert und fundamentalisiert. Probleme der Weltwirtschaft erlangen Vorrang vor denen der einzelnen Volkswirtschaften; konfliktträchtig ist nicht mehr nur das Verhältnis sozialer Klassen zueinander auf einer akzeptierten Grundlage produktiver Aneignung der Natur, sondern die Legitimität dieser Grundlage selbst wird angezweifelt. Meint Politische Ökonomie Selbstkritik marktwirtschaftlich-kapitalistischer Ökonomie, so ist sie alles andere als „erledigt“. Doch fragt sich,



ob es noch jene Politische Ökonomie sein kann, die sich auf die Marxsche Kapitalismuskritik beruft und stützt. Was gibt die auf Marx zurückgehende Kritik der Politischen Ökonomie überhaupt noch her für eine angemessene Analyse der angesprochenen Probleme? Brauchen wir nicht eher eine neue Kritische Ökonomie?

### 3. Politische Ökonomie der Erziehung und Bildung 1968-1975

In den 60er Jahren ging die wirtschaftliche Expansionsphase der „Wirtschaftswunder“-Zeit in der BRD zu Ende. Das gesellschaftliche System der BRD erfuhr seine erste tiefgreifende politische und ökonomische Krise. Die Krise motivierte jene Reformintentionen, die zu einer „realistischen Wendung“ (Roth 1964) der Pädagogik zu empirischen Methoden und technologischen Konzeptionen führten. Als Spezialfach der Wirtschaftswissenschaft entstand die Bildungsökonomie (Edding 1963; Berg 1965; v. Recum 1969). Ökonomisches Effizienzdenken wurde in der Pädagogik legitim. Die Krise motivierte aber auch eine fundamentale und sich in der rasch ausweitenden Studentenbewegung bald radikalisierte Kritik. Die Generation der Nachkriegsgeborenen kündigte das stillschweigende Einverständnis mit der Generation der Väter und Mütter auf, dass der humane Sinn der Gesellschaft für das Leben ihrer Mitglieder sich im permanent steigenden Wohlstand der Wirtschaftswunderzeit manifestiere und daher die Frage nach einer darüber hinausgehenden Legitimation des politisch-ökonomischen Systems sich erübrige. In die Kritik einbezogen wurden mit der Frage nach den Bedingungen der eigenen Möglichkeit die Institutionen der Bildung und der Wissenschaft: Unter welchen Voraussetzungen kann sich ein kritisches Bewußtsein von den gesellschaftlichen Verhältnissen bilden? Und welche Interessen und Mechanismen haben ein kritisches Gesellschaftsbewußtsein so lange verhindern können?

Binnen weniger Jahre war die pädagogisch-wissenschaftliche Diskussion (ebenso wie die anderer Disziplinen) nicht mehr wiederzuerkennen. Die ehemalige Geisteswissenschaft Pädagogik wendete sich nicht nur realistisch, sondern auch radikal *sozialwissenschaftlich*. Die „Kritische Theorie“ Horkheimers, Adornos und Marcuses wurde rezipiert, gesellschaftskritische Ansätze der Pädagogik aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, auch nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft der Vergessenheit zuvor nicht wieder entrissen, wurden wiederentdeckt. Eine eigenständige *Kritische Theorie der Bildung* entwickelte sich (Koneffke 1969; Heydorn 1970 und 1972; Gamm 1970 und 1972). Die gesellschaftskritische Argumentation vollzog sich dabei durchweg vor dem Hintergrund der von Marx begründeten Kritik der Politischen Ökonomie, ohne dass diese zunächst selbst explizit zum Gegenstand der theoretischen Auseinandersetzung wurde.

Als sich das Interesse mehr und mehr den politisch-ökonomischen Primärtexten selbst zuwandte, wurde allerdings auch deutlich, dass die Marx-Rezeption der Kritischen Theorie auf relativ schmaler Basis beruhte. Es waren insbesondere die stärker philosophisch als ökonomisch argumentierenden Schriften des jüngeren Marx und die allerersten Kapitel des „Kapital“, denen die wesentlichen Kategorien entnommen wurden, in denen sich die gesellschaftskritische Stoßrichtung der Kritischen Theorie ihren Ausdruck gab: die „Entfremdung“ des Menschen von seinem eigenen Wesen, das dem Waren- und Geldfetisch aufsitzende „falsche Bewußtsein“ und das auf „Ausbeutung“ der „Ware Arbeitskraft“ orientierte kapitalistische Profitinteresse. Die Marx-Rezeption erweiterte sich und verschob sich stärker auf die ökonomischen Texte des älteren Marx. In zahlreichen Schulungszirkeln wurden die drei Bände des „Kapital“ gelesen. Wer Pädagogik studierte,

fragte zudem nach den Konsequenzen für das Verständnis pädagogischer Realität. Die Zahl der Veröffentlichungen, die sich mit Fragen einer Politischen Ökonomie der Erziehung und Bildung beschäftigten, wuchs.

Erstens entstand eine Art von *Enthüllungs- und Aufklärungsliteratur*, der daran lag, die tatsächlichen und empirisch nachweisbaren *Einflussnahmen ökonomischer Interessen auf pädagogische Praxis*, insbesondere in den staatlichen Bildungsinstitutionen, aufzudecken und zu konfrontieren mit den idealistischen „Phrasen“ der pädagogischen Theorie und der offiziellen staatlichen Bildungspolitik (Nyssen 1969; Baethge o.J.; Hinrichsen 1971). Hier ging es noch darum, die auch von den „Realisten“ und Empirikern unter den westdeutschen Erziehungswissenschaftlern kritisierte Illusion pädagogischer Autonomie und der Orientierung an humanistischen Idealen als Ideologie und falsches Bewusstsein zu entlarven. Auch die Heranziehung von Untersuchungen zur *Ungleichheit der Bildungschancen* (Daheim 1961; Popitz 1965; Peisert 1967; Weber 1973) diente dem Nachweis, dass die Pädagogik einen entscheidenden Beitrag zur Reproduktion politisch-ökonomischer Herrschaftsverhältnisse leistete, indem sie dafür sorgte, dass die „Klassenstruktur“ des Kapitalismus mit ihrer Ungleichheit der Lebenschancen durch entsprechend unterschiedlich zugeteilte Bildungschancen verewigt wurde. Dabei wurde im großen und ganzen auf dieselben empirischen Tatbestände verwiesen, die auch das ökonomische Interesse an einer Mobilisierung der Begabungsreserven oder das liberale Plädoyer für gleiches Recht auf Bildung für alle (Dahrendorf 1965) motivierten und zum Plan einer grundlegenden Strukturveränderung des westdeutschen Schulwesens durch Einführung der Integrierten Gesamtschule führten.

Zweitens begann man, sich dem systematischen Verhältnis von Ökonomie und Pädagogik zuzuwenden, hier insbesondere der Kategorie der „*Ware Arbeitskraft*“ und ihrer *Qualifizierung zu „abstrakter“, d.h. wertproduktiver Arbeit*. Funktion, institutionelle Form und curriculare Inhalte von Allgemein- und Berufsbildung versuchte man unter Hinzuziehung politisch-ökonomischer Kategorien aus den Notwendigkeiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses abzuleiten (Altvater/Huisken 1971; SDS-Kiel 1971; Maass 1971; Masuch 1972; Hoffmann 1972; Huisken 1972; Otten 1973; Heinrich 1973; Deutschmann 1974; Gröll 1975; Sesink 1975), was teilweise zu Berührungen mit der pädagogischen Schulkritik (Goodman 1964; Fischer u.a. 1972; Illich 1972 und 1973; Reimer 1972) und zu wachsendem Interesse an alternativen, der politisch-ökonomischen Funktionalisierung sich entziehenden pädagogischen Konzepten in Geschichte und Gegenwart (Winkel 1974) führte. Auch die Relation der privaten und staatlichen *Bildungsausgaben* zur gesellschaftlichen Wertproduktion (Sind Bildungsausgaben produktive Investition in „Humankapital“ oder unproduktive, profitmindernde Kosten?) wurde analysiert, wobei der Unterschied zu bildungsökonomischen Versuchen, einen Zusammenhang zwischen Bildungsinvestition und Wirtschaftswachstum herzustellen (Widmaier u.a. 1966; OECD 1966; Bodenhöfer/v. Weizsäcker 1967; Hüfner 1970), eher in der Bewertung als im Untersuchungsansatz lag.

Zwar ging es in beiden Richtungen um den Einfluss der Ökonomie auf die Pädagogik, aber nur die zweite Richtung repräsentierte eine Politische Ökonomie der Erziehung und Bildung im eigentlichen Sinne, indem sie die von Marx geleistete Analyse und sy-

stematische Darstellung ökonomischer Prozesse durch Anwendung auf den Praxisbereich Pädagogik unter Hinzuziehung von neueren betriebs- und volkswirtschaftlichen Erkenntnissen fortzuführen versuchte. Zwar gab es entsprechende Bemühungen schon länger in der Pädagogik der DDR, und auf diese wurde auch teilweise zurückgegriffen. Doch stand bei der westdeutschen Linken die DDR-Wissenschaft insgesamt unter dem berechtigten Verdacht, sich bei der Rezeption der Kritik der Politischen Ökonomie weniger an die Urtexte als an die parteiamtlich kanonisierten Interpretationsvorgaben zu halten. An die Stelle einer Politischen Ökonomie aus zweiter Hand setzte man in Westdeutschland den Anspruch einer eigenständigen und undogmatischen Neu-Aneignung.

Als wichtigste Befunde der Politischen Ökonomie der Erziehung und Bildung jener Zeit lassen sich benennen:

- Pädagogische Praxis ist wie alle anderen Praxisbereiche des gesellschaftlichen „Überbaus“ bestimmt von den „Basis“-Strukturen des politisch-ökonomischen Systems. Was ihr abverlangt wird und was ihr erlaubt wird, ist in letzter Instanz bedingt durch die Verwertungs- bzw. Profitinteressen kapitalistischer Ökonomie. In ihrer Blindheit für diesen Tatbestand ist die herrschende pädagogische Theorie „falsches Bewusstsein“, das die *ideologische Funktion einer „Verschleierung“ des Beitrags der Pädagogik zur Verewigung des bestehenden Herrschaftssystems* hat.
- Kapitalverwertung erfolgt durch Ausbeutung derjenigen Gesellschaftsmitglieder, die aufgrund ihrer materiellen Lage (kein Eigentum an Produktionsmitteln) nur durch Verkauf ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen sorgen einerseits durch eine *ungleiche Verteilung der Bildungschancen* für eine *Reproduktion der bestehenden gesellschaftlichen Klassenstruktur* über die Generationenabfolge hinweg. Im Interesse einer Ausschöpfung aller wirtschaftlich nutzbaren „Begabungsreserven“ muss andererseits auch einer größeren Zahl von Kindern einkommensschwacher Familien der Zugang zu weiterführenden Bildungswegen erleichtert werden.
- Verschärfte Weltmarktkonkurrenz zwingt das Kapital zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskräfte durch permanente und beschleunigte Rationalisierung der Produktionstechnik. Wissenschaftlich-technische Qualifikationen gewinnen an Bedeutung. Ungelernte und angelernte Tätigkeiten sind zunehmend von Substitution durch gegenständliche Produktionsmittel (Maschinen) bedroht. Gefragt sind *Flexibilität und Mobilität* sowie *Fähigkeit und Bereitschaft zum lebenslangen Um- und Weiterlernen*. Die kapitalistische Bildungsreform der 70er Jahre trägt durch höhere Durchlässigkeit der Bildungsgänge, Auflösung fester Inhaltskataloge und Erweiterung individueller Wahlmöglichkeiten den Bedürfnissen der Ökonomie Rechnung.
- Erziehung und Bildung produzieren die „*Ware Arbeitskraft*“, die durch ihren Verkauf auf dem Arbeitsmarkt „*variables Kapital*“ im Zusammenhang des kapitalistischen Verwertungsprozesses wird. Sie selbst unterliegen jedoch nicht unmittelbar der Rationalität kapitalistischer Warenproduktion und Profitrationalität. Familie, Kindergarten, Schule und Universität sind keine profitorientierten Unternehmungen, die die von ihnen produzierten Waren auf dem Markt verkaufen und sich ökonomisch aus dem Erlös reproduzieren. Die Kosten für Erziehung und Bildung erscheinen

daher als Abzug vom gesellschaftlichen Kapitalfonds. Sie sind notwendig, aber möglichst auf ein unvermeidliches Minimum zu reduzieren. Über ihre Finanzierung werden Erziehung und Bildung Effizienzkriterien unterworfen und abhängig von ökonomischen Konjunkturen.

- Der Verlauf ökonomischer Entwicklung ist aufgrund innerer Widersprüche grundsätzlich krisenhaft. Ökonomische Krisen führen zu politischen Legitimationsverlusten. Eine der wesentlichen ideologischen Aufgaben von Erziehung und Bildung ist daher *Legitimationsicherung*: Alternativen zum bestehenden System undenkbar zu machen.
- Das politisch-ökonomische System steuert auf eine Endkrise zu, welche vor die Entscheidung stellt: *Rückfall in die Barbarei oder revolutionäre Überwindung*. Erst in einer revolutionär zur Menschlichkeit befreiten Gesellschaft ohne politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung können auch Erziehung und Bildung wirklich zur allseitigen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten beitragen.

Die Implikationen der Politischen Ökonomie der Erziehung und Bildung waren radikal, stellte sie doch das ökonomische Fundament unserer gesellschaftlichen Ordnung und damit nicht nur die herrschende pädagogische Praxis, sondern *alles*, was auf diesem Fundament aufbaute, in Frage. Ihre Argumente resultierten aus einer originären und gründlichen Rezeption der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie und der Anwendung ihrer Erkenntnisse auf den pädagogischen Bereich. Sie bezogen die Ergebnisse bürgerlicher Bildungsökonomie mit ein und konnten somit nicht durch Hinweis auf bloße Unterschiede der weltanschaulichen Position abgetan werden.

Wenn aber die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie als immanente Kritik, als Selbstkritik der klassischen Politischen Ökonomie zu verstehen ist, dann kann das Prinzip der Kritik nicht mit der systematischen Darstellung und Anwendung ihrer Ergebnisse stillgestellt werden. Es ist im Sinne der kritischen Radikalität von Marx, auch seine eigene wissenschaftliche Arbeit unaufhörlich der kritischen Reflexion zu unterziehen. Kritik der Politischen Ökonomie ist *Politische Ökonomie im unaufhörlichen Prozess der Selbstkritik und Selbstrevision*. Zumindest für die Politische Ökonomie der Erziehung und Bildung ist jedoch festzustellen, dass es in der BRD nicht zu einer weiteren Entwicklung über die Anwendung übernommener Marxscher Theorie in obigen Befunden hinaus gekommen ist.

Eine Ursache dafür liegt sicher in der Kürze der Zeit, in der es so etwas wie eine Politische Ökonomie der Erziehung und Bildung als eigene Forschungsrichtung überhaupt gegeben hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist dieser Strang der Theorieentwicklung selbst innerhalb der verbliebenen Tradition kritischer Erziehungswissenschaft abgerissen. Im Grunde war die außerordentliche Konjunktur politisch-ökonomischen Denkens vor allem in den Geistes- und Kulturwissenschaften wahrscheinlich weniger dem unwiderstehlichen Zwang seiner Überzeugungskraft verdankt als seiner *Funktion für Selbstverständnis und Praxis einer politischen Bewegung*. Nach deren Niedergang in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zeigte sich daher, dass es an der Eigendynamik wissenschaftlichen Erkenntnisstrebens in diesem Bereich weitgehend mangelte, welche für Kontinuität der Theorieentwicklung weiterhin hätte sorgen können. Als theoretischer Ansatz, dessen Grundannahmen zur gesellschaftlichen Funktion der Pädagogik zeitweise

maßgeblich wurden für das öffentlich geäußerte pädagogische Selbstverständnis, war und blieb die Politische Ökonomie der Erziehung und Bildung wohl weitgehend Ideologie. Sie verschwand von der Bildfläche, als ihre ideologische Funktion hinfällig wurde. Das sagt nichts über den möglichen theoretischen Ertrag dieses Ansatzes; aber es sagt vieles über die wissenschaftliche Ernsthaftigkeit, mit der er seinerzeit von den pädagogischen Wissenschaftler/innen in Anspruch genommen wurde.

So kann auch von einer wirklichen Vermittlung von Politischer Ökonomie und kritischer Bildungstheorie nicht gesprochen werden. Entweder dachte man von der Politischen Ökonomie her und wandte ihre Ergebnisse auf pädagogische Prozesse an; oder man dachte von der Pädagogik her und griff auf „fertige“ Kategorien und Erkenntnisse der Politischen Ökonomie zurück. Während etwa die Auseinandersetzung mit philosophischen Traditionen und Strömungen in der pädagogischen Wissenschaft seit jeher einen hohen Stellenwert für systematische Begründungen hat, stehen vergleichbare Reflexionen politisch-ökonomischen Denkens in die Grundkategorien der Pädagogik selbst fast ganz aus. Mit ihnen könnte die Frage verbunden sein, ob und wie vielleicht nicht nur die Deformationen und Inhalte realer Bildung, sondern Konzept und Idee des humanistischen Kritikmaßstabs Bildung selbst ihre Wurzel in politisch-ökonomischen Strukturen haben.

Daher bleibt mit dem Begriff einer Politischen Ökonomie der Erziehung und Bildung der Verdacht dogmatischen Festhaltens an unzeitgemäßen Theorieentwürfen assoziiert, solange es nicht gelingt, die bleibende *Aktualität* politisch-ökonomischen Denkens für kritische Erziehungswissenschaft und Bildungstheorie unter Beweis zu stellen. Gerade der ideologische Bedeutungsverlust, den die Politische Ökonomie zuerst durch den Niedergang der Studentenbewegung in der BRD, dann noch einmal durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus erlitten hat, eröffnet die Chance zu einem neuen undogmatischen und vorurteilsfreien Herangehen an politisch-ökonomische Fragestellungen in der Pädagogik.

## 4. Bildungsökonomie und ihre Kritik

Die Entstehung der *Bildungsökonomie* in der BRD stand im Zusammenhang mit dem *Übergang von einer liberalistischen zu einer interventionistischen Wirtschaftspolitik* in den 60er Jahren.

*Liberalistische* Wirtschaftspolitik folgt den Grundsätzen der Klassischen Politischen Ökonomie, denen zufolge dem wirtschaftlichen Gemeinwohl (dem Wohlergehen aller) am besten gedient ist, wenn die kapitalistische Ökonomie ganz ihren immanenten Marktmechanismen überlassen wird und jedes einzelne Wirtschaftssubjekt nur seine eigenen egoistischen Interessen verfolgt. Wie von „unsichtbarer Hand“ (von einer „invisible hand“ sprach Smith) geleitet, resultiert aus dem über den Markt vermittelten selbstsüchtigen Handeln der Einzelnen das Wohl des Ganzen – so Adam Smith‘ Doktrin. Deshalb habe auch der Staat sich aus dem Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten und lediglich für die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der marktwirtschaftlichen Ordnung zu sorgen. Ordnungspolitik ja – Wirtschaftspolitik nein; so könnte man diese Position schlagwortartig zusammenfassen.

Die Geschichte der kapitalistischen Ökonomie seitdem ist allerdings eine Geschichte der ökonomischen und politischen (Legitimations-)Krisen. Allein aus dem sich selbst überlassenen Marktgeschehen resultierte anscheinend doch nicht so ganz „von allein“ das Wohlergehen aller. Immer wieder entstand daher die Forderung nach staatlichen Interventionen. Auch das Ende der „Wirtschaftswunder“-Zeit Anfang der 60er Jahre ließ Zweifel aufkommen, dass es reiche, das wirtschaftliche System allein seinen Selbstregulierungsmechanismen zu überlassen. Gegen die von Ludwig Erhard repräsentierte liberalistische Wirtschaftspolitik entwickelte sich in dieser Zeit eine Gegenströmung, die unter Berufung auf den Wirtschaftstheoretiker J.M. Keynes ein stärkeres Engagement des Staates zur Sicherung der ökonomischen Reproduktion und staatliches Gegensteuern gegen Konjunkturschwankungen und Krisenzyklen, also den Übergang zu einer aktiven *interventionistischen* („keynesianistischen“) Wirtschaftspolitik forderte. Dieser Übergang vollzog sich politisch im Jahre 1969 durch Ablösung der konservativ-liberalen durch eine sozial-liberale Regierung (mit der Zwischenetappe der Großen Koalition 1966-1969). In diesem Zusammenhang wurde auch die *Bildungspolitik als ein potentieller Beitrag zu einer aktiven Wirtschaftspolitik* entdeckt.

Analog zur Wirtschaftspolitik verhielt sich bis dahin auch die staatliche Bildungspolitik reaktiv. Solange der Arbeitsmarkt keine neuartigen Anforderungen an das Bildungswesen stellte, konnte sozusagen alles „beim Alten“ bleiben. Die Notwendigkeit des Reagierens auf geänderte Arbeitsmarktnachfrage wurde lange nicht sichtbar, weil sich der westdeutsche Arbeitsmarkt aus anderen Quellen bedienen konnte: bis 1961 (Mauerbau) aus dem permanenten Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR, die „drüben“ zwar eine hochwertige Fachausbildung erworben hatten, es aber vorzogen, ihre Qualifikationen dort zu verwerten, wo dies ertragreicher zu sein versprach; danach aus dem Zustrom von „Gastarbeitern“ aus den südlichen europäischen Ländern. Aus dieser zweiten Quelle ließ sich allerdings auf Dauer nicht der Bedarf an höher qualifizierten Ar-



beitskräften decken. Seit der ersten Hälfte der 60er Jahre wurden daher die Forderungen nach einem Übergang zu einer aktiven Bildungspolitik immer lauter.

#### 4.1 Arbeitskräfte- und Bildungsbedarfprognosen

In einem ersten Schritt stand der Übergang zu einer *vorgreifenden Reaktion auf künftig erwartbare Veränderungen der Qualifikationsnachfrage* an. Wegen des mehrjährigen Vorlaufs von Bildungsmaßnahmen gegenüber deren Wirksamwerden in einem veränderten Output an Bildungsabschlüssen sollte durch wissenschaftlich abgesicherte Prognosen über künftige Arbeitsplatzanforderungen und Qualifikationsnachfrage die Grundlage für eine vorausschauende Bildungsplanung geschaffen werden.

Als reine Form der Arbeitskräftebedarfsprognose versuchte der *manpower-Ansatz* (Beispiel: Wolfgang Armbruster, Arbeitskräftebedarfsprognosen als Grundlage der Bildungsplanung, Berlin 1971) aus einer Vorausschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung die Entwicklung der Produktionsmittelstruktur abzuleiten, in Abhängigkeit davon die Struktur des künftigen Qualifikationsbedarfs zu bestimmen und von daher den weiteren Ausbau bzw. erforderliche Umstrukturierungen des Bildungswesens zu planen.

Daneben gab es den *social-demand-Ansatz*, der die weitere Entwicklung des Bildungswesens in Abhängigkeit von der Entwicklung der individuellen Nachfrage der Bevölkerung nach Bildung planen wollte. Sofern diese Planung einfach die bisherigen Entwicklungstendenzen fortschrieb, konnte sie in erheblichen Widerspruch zur tatsächlichen, diskontinuierlich verlaufenden Entwicklung geraten (Beispiel: In der Studie des Wissenschaftsrats: „Abiturienten und Studenten. Entwicklung und Vorschätzung der Zahlen 1950 bis 1980“, Tübingen 1964, wurde für das Wintersemester 1969/70 die Zahl der Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet auf 195 bis 213 Tausend vorausgeschätzt; die tatsächliche Zahl lag nachher bei 283 Tausend).

Voraussetzung dieses Ansatzes war ferner, dass die individuelle Nachfrage nach Bildung der Nachfrage nach Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt entsprach. Das wiederum setzte voraus, dass die Individuen sich gemäß der Logik ökonomischer Rationalität verhalten (denn dass umgekehrt die Produktionsmittelstruktur im Kapitalismus sich der vorhandenen Qualifikationsstruktur anpasst, wurde realistischweise nicht angenommen). Damit aber waren unterderhand doch die Prinzipien des *manpower-Ansatzes* wieder eingeführt; da aber die Planung nun auf die individuelle Ebene verlagert wurde, war sie mit noch wesentlich größeren Unsicherheitsfaktoren belastet als dort.

Der sogenannte *kombinierte Ansatz* (Beispiel: Hans Peter Widmaier u. a., Bildung und Wirtschaftswachstum, Villingen 1966) versuchte, sowohl die voraussichtliche bzw. erwünschte weitere wirtschaftliche Entwicklung als auch die soziale Nachfrage nach Bildung zu berücksichtigen und in die Planung zu integrieren. „Zufällig“ ergab sich dabei eine Übereinstimmung beider Entwicklungstendenzen. Dieser Zufall war daraus zu erklären, dass Widmaier die soziale Nachfrage definierte als die vom Kultusministerium Baden-Württemberg vorgegebenen Zielwerte hinsichtlich der Schulabschlussquoten, ohne das Zustandekommen dieser Zielwerte weiter zu hinterfragen.



### *Kritik der Bedarfsprognosen*

Mindestens drei Unsicherheitsquellen ließen die erwünschte wissenschaftliche Absicherung staatlicher Bildungsplanung und -politik durch Bedarfsprognosen als Illusion erscheinen:

- Die Prognosen basierten meist auf der Extrapolation vorhandener Trends der jeweils letzten Jahre. Sie unterstellten also notwendig eine kontinuierliche Fortsetzung dieser Trends, konnten aber eine potentielle Diskontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mit einbeziehen. Alle Bedarfsprognosen gerieten dadurch mit der anarchischen Entwicklungsbewegung der kapitalistischen Produktion in Widerspruch, die eine exakte Planung grundsätzlich unmöglich macht.
- Bildungspolitische Maßnahmen veränderten die Rahmenbedingungen für die Geltung der Prognosen (Beispiele: Verlängerung der Schulpflichtzeit; Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relationen; Verkürzung der Lehrerarbeitszeiten ...). Weder war vorhersehbar, welche bildungspolitischen Entscheidungen in der Zukunft getroffen werden würden, noch waren die Rückwirkungen solcher Maßnahmen auf die Datenbasis der Prognosen exakt abschätzbar.
- Die demographische Entwicklung nahm – auch durch den Zustrom ausländischer Arbeitnehmer – einen unvorhergesehenen Verlauf.

All dies zusammengekommen lässt verständlich werden, weshalb keine der damals in großer Zahl aufgestellten Bedarfsprognosen auch nur annähernd die reale Entwicklung vorhersagte.

## **4.2 Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum**

Während die Bedarfsprognosen immer noch einem Konzept (wenn auch vorgreifender) *reaktiver* Bildungspolitik verpflichtet waren, stellten die im engeren Sinne bildungsökonomischen Ansätze den Versuch dar, *aktive* Bildungspolitik als Beitrag zu einer aktiven Wirtschaftspolitik zu begründen, indem sie den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Bildungsinvestitionen untersuchten („explikative Bildungsökonomie“), um aus den so gewonnenen Erkenntnissen dann Empfehlungen für staatliche Bildungsplanung und Bildungspolitik ableiten zu können („normative Bildungsökonomie“). Bildungsökonomie will Bildung als wirtschaftlichen Wachstumsfaktor erweisen und zur Nutzung empfehlen.

Die zuvor dargestellten Prognoseansätze versuchten, Notwendigkeiten für das Bildungswesen aus der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abzuleiten ohne Rücksicht auf die hierfür aufzubringenden Kosten. Da diese jedoch grundsätzlich einen Abzug vom gesamtgesellschaftlichen Wertfonds darstellen, gerät expansive Bildungsplanung immer in Konflikt mit dem gegenläufigen Bestreben, diese Kosten möglichst niedrig zu halten. Bildungsökonomie will zeigen, dass Bildung nicht nur etwas kostet, sondern auch wirtschaftlichen Nutzen, ja sogar gesteigertes Wachstum und gesteigerte Profitabilität des investierten Kapitals verspricht.

Theorien des Wirtschaftswachstums nahmen sich vor, einen rechnerisch erfassbaren Zusammenhang herauszufinden zwischen der Steigerung des wirtschaftlichen Outputs und einer Steigerung des wirtschaftlichen Inputs. So wurde zunächst versucht, ein bestimmtes Wachstum des Outputs auf Steigerung der Input-Faktoren (Produktionsfaktoren) Arbeit und Kapital zurückzuführen. Dabei stellte man fest, dass sich nicht das gesamte Wachstum auf eine Steigerung des Einsatzes von Arbeit und (Sach-)Kapital rechnerisch zurückführen ließ. Es blieb ein unerklärter „Rest“ an Wachstum, der durch eine unbestimmte „Restgröße“ bei den Inputfaktoren, einen „dritten Faktor“ neben Arbeit und (Sach-)Kapital verursacht sein musste.

Auf der Suche nach diesem „dritten Faktor“ bot sich der sog. „*technische Fortschritt*“ als eine plausible Größe an. Wirtschaftlicher Output schien doch offensichtlich nicht nur durch eine quantitative Ausweitung der Produktion durch lediglich quantitativ vermehrten Einsatz von Arbeitskräften und Sachkapital bei gleichbleibender Technik, sondern auch durch technische und organisatorische Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität der Arbeit erhöht zu werden.

Aus dieser Annahme des „technischen Fortschritts“ als „dritten Faktors“ geriet auch die Bildung als Wachstumsfaktor in den Blick:

- Veränderte Produktionstechnik stellt veränderte Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte. Sie kann nur produktiv umgesetzt werden, wenn die Arbeitskräfte entsprechend qualifiziert sind.
- Der technische Fortschritt selbst, vorangetrieben in den Labors und Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Wissenschaftsinstitutionen und der Unternehmungen, wird von Wissenschaftler/innen getragen, die vorher hierfür ausgebildet werden müssen. Den technischen Fortschritt zu forcieren, verlangt also nach mehr und besser qualifizierten Wissenschaftler/innen.

Der technische Fortschritt würde also zum Teil auf einem Beitrag des Bildungswesens beruhen. *Investitionen in den technischen Fortschritt* müssten zum Teil in *Investitionen ins Bildungswesen* bestehen. Dennoch: Alle Bemühungen, den Beitrag der Bildung zum Wirtschaftswachstum zu quantifizieren, misslangen.

Bei genauer Betrachtung ist dies nicht unbedingt verwunderlich, da dann die Annahme des technischen Fortschritts als „dritten Faktors“ ihre Plausibilität verliert. Denn was ist „Wirtschaftswachstum“ und wie wird es gemessen? Die These vom technischen Fortschritt als Wachstumsfaktor bezog ihre Plausibilität aus der Tatsache, dass technischer Fortschritt sich wesentlich in höherer Arbeitsproduktivität niederschlägt: In derselben Zeit können mit verbesserten Produktionsmethoden mehr Güter derselben Art produziert werden. Aber steigt damit auch der wirtschaftliche Ertrag, d.h. steigt die am Markt mit der erhöhten Gütermenge erzielbare Wertmenge im selben Umfang oder überhaupt?

Ein Beispiel soll diese Fragestellung verdeutlichen. Wenn ein Unternehmen im Jahre 1972 mit 10 Arbeitern pro Tag 10 Rechenmaschinen zum Wert von je 2000,- DM produzierte und im Jahre 1992 ebenfalls mit 10 Arbeitern 1000 Taschenrechner pro Tag zum Wert von je 10,- DM produzierte, dann hat es in diesen 20 Jahren zwar eine Verhundertfachung der Produktivität in diesem Sektor gegeben, aber gleichzeitig eine Halbierung

des Wertprodukts. M.a.W.: Eine Steigerung der Produktivität ist nicht gleichbedeutend mit einer entsprechenden Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums.

Die wirtschaftliche Konkurrenz zwingt zur Steigerung der Produktivität ja gerade, weil auf diese Weise Kosten und Preise gesenkt werden können – ein Resultat, das wertmindernd wirkt, wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Ausweitung der Produktion erfolgt. Wissenschaft und Bildung sind Bedingungen für das Mithalten in der technologischen Konkurrenz der Unternehmen und der Volkswirtschaften. Aber ein direkter Zusammenhang zum Wirtschaftswachstum besteht anscheinend nicht.

### 4.3 Humankapitalansatz

Der Humankapitalansatz versucht, Bildungsinvestitionen analog zu Sachinvestitionen zu interpretieren. Sachkapital-Investitionen werden getätigt, um einen Ertrag zu erzielen, der sich als „*Verzinsung*“ *des vorgeschossenen Kapitals* darstellt. Bildungs-Investitionen sollen analog ebenfalls einen höheren Ertrag erbringen, sich also ebenfalls „verzinsen“:

- indem sich die Erträge der Unternehmungen erhöhen,
- und/oder indem sich die Einkommen der Arbeitskräfte erhöhen.

Direkt sollen höhere Bildungsausgaben in erster Instanz höhere Profite für die Unternehmungen erbringen, die dadurch aber einen größeren Spielraum haben, die Löhne zu erhöhen, so dass indirekt sich die Bildungsinvestitionen in zweiter Instanz auch für die Arbeitnehmer „verzinsen“.

Auch hier wird damit gerechnet, dass mehr Bildung sich in höherer Arbeitsproduktivität auswirkt. Aber die Produktivität der Arbeit hängt mindestens ebenso vom Sachkapital ab; und erst im Zusammenwirken von Sachkapital und Bildung ergibt sich möglicherweise ein Produktivitätsfortschritt (der jedoch wiederum nicht gleichgesetzt werden kann mit Steigerung des wirtschaftlichen Ertrags, wie oben schon ausgeführt). Welchen „Anteil“ jeweils Sachkapital bzw. Bildung an der Steigerung der Produktivität haben, das lässt sich bei diesem komplexen Zusammenhang nicht auseinanderrechnen.

Der wichtigste Einwand aber ist: Eine Erhöhung der Sachkapital-Investitionen zur technologischen Erneuerung wird ja oft gerade vorgenommen, um die Lohnkosten senken zu können, weil nun geringer qualifizierte Arbeitskräfte eingestellt werden können: also, um die Bildungsausgaben, die ja im Lohn mitbezahlt werden müssen, senken zu können. Zwischen dem Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und dem technologischen Niveau der Produktion besteht kein linearer, möglicherweise nicht einmal ein gleichgerichteter Zusammenhang.

### 4.4 Die Illusion der Bildungsökonomie

Bildungsökonomie war entstanden aus dem Interesse, Instrumente für eine aktive Wirtschaftspolitik zu identifizieren, die dann gezielt durch den Staat zum Zwecke der Förderung des Wirtschaftswachstums eingesetzt werden könnten. Bildung sollte ein solcher Wachstumsfaktor sein. Quantitativ würden demnach finanzielle Investitionen in Bildung sich durch höhere wirtschaftliche Erträge rentieren. Qualitativ würde mehr Bildung für

alle die Produktivität der Arbeit und damit die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft steigern.

Eine damals nicht nur unter BildungsökonomInnen, sondern auch unter radikal gesellschaftskritisch eingestellten Pädagogen vertretene These lautete:

„Die zur optimalen Produktivitätssteigerung notwendige Verbesserung der Qualifikationsstruktur ist nur durch die ‚Mobilisierung und Abschöpfung aller verwertbaren Begabungsreserven‘, durch Förderung eines jeden Schülers ‚bis zum Höchstmaß seiner Leistungsfähigkeit‘ zu erreichen“ (Beck 1970, S. 96).

Aktive Bildungspolitik als Beitrag zu einer aktiven Wirtschaftspolitik bedeutete demnach einen forcierten Ausbau des Bildungswesens:

- der Schulen, um durch Aufhebung der traditionellen Dreigliedrigkeit mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu erreichen, um durch kleinere Klassen, bessere Lehrer-Schüler-Relationen, Förder-Unterricht u.a. alle Schüler/innen besser zu fördern und so insgesamt mehr Schüler/innen zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen;
- der Hochschulen, insbesondere im Bereich der LehrerInnen-Ausbildung und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Aber in den Jahren nach dem dann tatsächlich vorgenommenen Ausbau des Bildungswesens trat nicht etwa das ein, was aufgrund der Annahmen der Bildungsökonomie hätte erwartet werden müssen. Vielmehr ging das Wirtschaftswachstum zurück, Arbeitslosigkeit wurde im Nachkriegsdeutschland erstmals wieder ein Massenproblem. Wachsende Arbeitslosigkeit aber bedeutete wachsende Sozialkosten im Rahmen der Staatsausgaben bei gleichzeitig stagnierenden oder gar schrumpfenden Staatseinnahmen aufgrund zurückgehender Wachstumsraten. Finanzknappheit des Staates und die empirische Widerlegung der bildungsökonomischen Annahmen führten ab Mitte der 70er Jahre zu einer Kehrtwende in der Bildungspolitik und zum faktischen Verschwinden der Bildungsökonomie als Planungswissenschaft aus der öffentlichen Diskussion um Bildung.

Etwa zur selben Zeit zeichneten industriesoziologische Untersuchungen (z.B. Kern/Schumann) über die tatsächliche Veränderung der Qualifikations- bzw. Anforderungsstruktur bei technologischen Umstellungen (Rationalisierungsumstellungen) ein differenzierteres Bild von den möglichen Zusammenhängen, als es den bildungsökonomischen Annahmen entsprach. Nicht eine allgemeine Anhebung des Anforderungsniveaus war die Folge von technologischen Innovationen, sondern eher eine Polarisierung der Struktur mit mehr Qualifikationen auf Techniker- und Ingenieur-Niveau, Einbrüchen bei den traditionellen Facharbeiter-Qualifikationen und einer Ausweitung auf der Ebene angelernter Tätigkeiten.

Damit fand sich auch auf dieser Ebene die bildungsökonomische These von Bildung als eigenem, unabhängigem Faktor der Entwicklung nicht bestätigt. Bildung schien den produktionstechnischen Entwicklungen folgen zu müssen. Sie schien sich als abhängige, keineswegs eigenständige Größe zu erweisen.

Bis heute ist allerdings ungeklärt, wie weit sich die an wenigen Fällen gewonnenen industriesoziologischen Aussagen verallgemeinern lassen, zumal die technologische Entwicklung immer schon weitergeschritten ist, wenn solche Untersuchungen publiziert werden geschweige denn Konsequenzen aus ihnen gezogen werden können. So wird die

informationstechnische Revolutionierung seit den 80er Jahren möglicherweise wieder andere Konsequenzen haben; und auch die seit den 80er Jahren feststellbare Segmentierung der Beschäftigtenstruktur der Unternehmungen und der Arbeitsmärkte bringt neue Faktoren ins Spiel, welche es als wenig aussichtsreich erscheinen lassen, noch jemals auf wissenschaftlichem Wege zu gesicherten Grundlagen für Prognosen über die Anforderungsentwicklung zu gelangen, auf die eine vorausschauende Bildungsplanung sich stützen könnte.

#### 4.5 Mikro-ökonomische Bildungsökonomie

Die bisher angesprochenen bildungsökonomischen Ansätze bezogen sich auf die *volkswirtschaftliche* Funktion von Bildung, wobei das Bildungswesen in seiner Gesamtheit als Wachstumsfaktor betrachtet wurde. In dieser Betrachtung sind aber Konsequenzen enthalten, die auch für die *Ebene der einzelnen Bildungseinrichtung* gelten:

- Bildungsinvestitionen müssen unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Haushaltsführung erfolgen, um wirklich nur das auszugeben, was notwendig ist und keinen überflüssigen Luxus zu finanzieren.
- Auch qualitativ müssen Bildungsmaßnahmen effektiviert oder optimiert werden. Ökonomischer Druck führt demnach zu einer stärker technischen Betrachtung von Bildungsprozessen.

„Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition“ (Edding 1963) – diese mikro-ökonomische Betrachtungsweise von Bildung führte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zur Konjunktur von technologischen Bildungskonzepten wie dem Programmieren Lernen, der Kybernetischen Didaktik, der Konstruktion erster Lehrmaschinen, Versuchen zur Operationalisierung von Bildungszielen; sie führte weiterhin zu Versuchen einer Rationalisierung der Schulorganisation und -verwaltung (Schaffung größerer Einheiten), zur Etablierung betriebswirtschaftlichen Denkens in der Bildungsverwaltung.

Das Problem, das damit auftrat, war, dass hier versucht wurde, Qualität zu quantifizieren, um die Analogie zum technischen Herstellungsprozess durchhalten zu können. Man kann heute diese Versuche als gescheitert betrachten; und weitergehend mit guten Gründen die These vertreten, dass sie generell zum Scheitern verurteilt sind. Dennoch hat gerade diese Variante bildungsökonomischen Denkens weiterhin eine große Bedeutung.

Allerdings haben sich die Gewichte verlagert. Damals wurden erhebliche theoretische Anstrengungen unternommen, die mikro-ökonomische Betrachtungsweise von Bildungsprozessen *wissenschaftlich-systematisch* so zu fundieren, dass daraus rationales bildungspolitisches Handeln ableitbar und begründbar wurde. Aus dem Scheitern dieses Versuchs wird heute jedoch nicht die Konsequenz gezogen, dass solche Betrachtungsweise der Bildung als ihr unangemessen aufgegeben wird. Vielmehr wird heute die Lösung des Dilemmas, die Qualitäten von Bildungsprozessen nicht quantifizieren zu können, sie aber unter dem ökonomischen Druck zur Steigerung der Effizienz quantifizieren zu müssen, in die *Verantwortung der einzelnen Bildungsinstitutionen* zurückverlagert, die je für sich zuzusehen haben, wie sie sich am entstehenden Markt für Bildung und d.h. in der Konkurrenz der Bildungsanbieter behaupten können.

Verbunden damit ist ein *Rückzug des Staates* aus der inhaltlichen und finanziellen Verantwortung. Zugespitzt formuliert lautet die Botschaft des Staates an die Bildungsinstitutionen:

- Seht zu, wie ihr Euer Angebot, Eure Leistung in der Marktkonkurrenz „verkauft“ (Finanzierung)!
- Seht zu, wie Ihr Euer Angebot, Eure Leistung möglichst kostengünstig erstellt (Kostensenkung)!
- Seht zu, wie Ihr Euer Angebot, Eure Leistung als Ware definiert, dafür werbt, potentielle Abnehmer überzeugt (Inhalte, Profile)!

Diese Tendenzen, die sich zuerst vor allem im Bereich der Erwachsenenbildung und der freien Bildungsträger auswirken, zunehmend aber auch für das staatliche Schulwesen und für die Universitäten relevant werden, sind Ausdruck einer Re-Liberalisierung der Bildungspolitik, einer Abkehr vom Staatsinterventionismus, aber nicht als bloße Rückkehr zu den Zuständen der 50er Jahre, sondern verbunden mit einer *Einführung marktformiger Mechanismen in bisher politisch verfasste Bereiche: Ökonomie statt Politik*. Der Niedergang der Bildungsökonomie keynesianischer Provenienz bedeutet also keineswegs eine Abkehr von ökonomischem Denken in Bezug auf die Bildung, sondern einen Übergang zu einer anderen Art des ökonomischen Denkens, das weniger auf wissenschaftlich begründetes Staatshandeln als auf den *Selbstregulierungsmechanismus des Marktes* setzt.

Damit einher gehen *höhere Anforderungen an die Selbstständigkeit des Individuums*. Sich in der Anarchie der Märkte zurechtzufinden und zu behaupten, ist nun seine eigene Verantwortung. Es kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass der Staat über sein Bildungswesen für eine zukunftssichere Bildung sorgt. Jeder hat nun selbst Verantwortung zu übernehmen für seine Bildung, selbstständig die nötigen Qualifikationen zu erwerben; sich kundig zu machen, was von ihm erwartet und verlangt wird; die entsprechenden Informationsquellen zu erschließen.

## 5. Entfesselte Produktivkraft

### 5.1 Modernes Eigentum: Trennung von objektiven und subjektiven Produktivkräften

Die moderne Idee der Bildung, derzufolge jeder Mensch ohne Ausnahme sich aus seinen eigenen Potenzialen und Kräften und aus eigenem Sinn frei entfalten können und so zu einer selbst bestimmten Lebensführung fähig werden soll, hängt aufs engste zusammen mit der Herausbildung der ökonomischen Basis unserer heutigen Gesellschaften, der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus. Diese löste die zuvor dominierende Subsistenz- und Abgabewirtschaft ab. Bedingung für die Durchsetzung der Marktwirtschaft war, dass die ökonomischen Akteure sich als geschäfts- und vertragsfähige, also freie Subjekte am Markt betätigen konnten; dass demnach die seit Jahrhunderten bestehenden feudalen Bindungen und Abhängigkeiten aufgehoben wurden.

In Deutschland (Preußen) geschah dies um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert im Zuge der Preußischen Reformen (1807-1821), welche u.a. Gewerbefreiheit, Aufhebung der feudalen Leibeigenschaft, Freizügigkeit und eine Reform des Bildungswesens beinhalteten.

Von entscheidender Bedeutung war hierbei die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse. *Grundeigentum* war die *Basis der feudalen Ökonomie* gewesen. Aber feudales Eigentum hatte nicht geheißen, dass der Eigner frei über sein Eigentum verfügen konnte; eine Veräußerung ihres Landes etwa war auch den Grundbesitzern nicht erlaubt. Eigentum schloss vielmehr eine Bindung der Personen an Grund und Boden ein; in gewissem Sinne gehörten sie zum Land. Dies galt in besonderer Weise für die feudalabhängigen Bauern, die qua Geburt sozusagen zum Inventar des Grundbesitzes gehörten und es ohne Erlaubnis des Gutsherrn nicht verlassen durften. Das Land war ihnen Wohnort und Produktionsstätte wie Produktionsmittel; ihre Produkte dienten teils dem eigenen Lebensunterhalt, teils waren sie als Abgaben an den Feudalherrn abzuführen. Land und Bauern bildeten eine ökonomische und produktionstechnische Einheit.

Das hatte verschiedene Konsequenzen: Ein Bauer konnte niemals etwas anderes sein/ werden als ein Bauer. Die Entfaltung seiner produktiven Potenziale war von vornherein gebunden an die bäuerliche Existenz und bezogen auf das zu bearbeitende Land, allgemeiner auf die Bedingungen agrarischer Arbeit mit ihrer hohen Abhängigkeit von natürlichen Standortbedingungen wie Bodenbeschaffenheit und klimatischen Verhältnissen sowie dem Rhythmus der Jahreszeiten. Auf der anderen Seite war auch das technische Niveau der agrarischen Arbeitsmittel in ähnlicher Weise bedingt durch die Bindung an die bäuerliche Arbeitskraft. In der Feudalgesellschaft wurde das Land von Mensch und Tier, nicht von Maschinen bearbeitet.

Die Zugehörigkeit zum Land bedeutete aber auch, dass ein Bauer niemals heimatlos war, dass es nie eine Unklarheit gab, wohin er gehörte. Ebenso wenig konnte ein feudalabhängiger Bauer landlos und somit arbeitslos sein, also getrennt von den objektiven Bedingungen seiner Arbeit – es sei denn, er gab – etwa durch Abwanderung vom Land in die Stadt oder durch Emigration – seinen Stand auf.



Es ist von daher verständlich, dass im Bereich der agrarischen Produktion sich ein technischer Fortschritt und eine Steigerung der Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte über Jahrhunderte kaum vollzogen. Zu sehr waren subjektive und objektive Produktivkräfte dort aneinander gefesselt und hemmten sie dadurch wechselseitig ihre Entfaltung.

Anders sah es beim Handwerk aus, das sich vor allem in den Städten konzentrierte. Das städtische Leben vollzog sich schon in der Feudalgesellschaft in einer größeren Unabhängigkeit von der Natur. Während in der Landarbeit die Natur die entscheidende Produktivkraft war, beruhte die handwerkliche Produktion im entscheidenden Maße auf dem Können der arbeitenden Menschen. Auch der Rhythmus des städtischen Lebens war daher nicht so vollständig bestimmt vom Jahreszeitenwechsel. Zwar lässt sich auch hier sagen, dass das Leben der Menschen in letzter Instanz von begrenzenden Naturbedingungen bestimmt war, hier von den Grenzen, welche die eigene „innere Natur“ der Arbeit setzte. In seinem eigenen leiblichen Vermögen fand der Handwerker die Naturbedingtheit vor, welche die Möglichkeiten begrenzte, die sich der Produktivität seiner Arbeit eröffneten. Dennoch konnte sich in den Städten ein anderes Selbstbewusstsein der Arbeit entwickeln, weil es hier nicht so sehr die äußere, übermächtige Natur war, welche die Bedingungen setzte, sondern die eigene, innere Natur, die immerhin durch Lernen, Schulung und Einsicht zu höheren Vermögen sich formen ließ.

Die Städte waren daher die Orte, an denen sich noch unter feudalen Gesellschaftsbedingungen die Keime einer neuen Produktionsweise und einer neuen Gesellschaftsform entwickeln konnten. Dies war ein langer, Jahrhunderte dauernder Prozess. Im 18. Jahrhundert jedoch gewann die neue, industrielle Produktionsweise ein solches Gewicht, dass die feudalen Gesellschaftsstrukturen sich als unerträgliche Fesselung der wachsenden Produktivkräfte erwiesen. Die landwirtschaftliche Produktion verlor relativ an Bedeutung gegenüber der Güterproduktion des sich entfaltenden industriellen Sektors. Immer mehr Menschen wanderten vom Land ab in die Städte, wo die Manufakturen und Fabriken ihnen Arbeit gaben. Ein immer größerer Teil des durch menschliche Arbeit produzierten Reichtums bestand aus den Waren, welche hier hergestellt wurden.

Technisch emanzipierte sich die Arbeit bzw. Produktion von den einschränkenden Bedingungen der Bindung an die äußere oder auch innere Natur: erstens durch Emanzipation von der menschlichen Hand, weitergehend überhaupt von den Beschränkungen, welche die leibliche Beteiligung der Menschen an der Produktion setzte. Menschliche Arbeitskraft wurde von Maschinen zunächst unterstützt und erweitert, in zunehmendem Maße jedoch auch ersetzt. Auch die Naturstoffe und -materialien wurden – durch Entwicklung insbesondere der chemischen Industrie – Schritt für Schritt ersetzt durch künstlich hergestellte Stoffe und Materialien. Was der Mensch zu leisten vermochte, war immer weniger abhängig davon, was die Natur ihm erlaubte und gab. Es war auch immer weniger abhängig von dem, was seine Hand, was sein Leib zu leisten vermag. Technischer Fortschritt beruhte auf geistigem Fortschritt. Natur wurde zur Rohstoffquelle und zur Verfügungsmasse. Kunststoffe traten an die Stelle von Naturstoffen; die Fabrikhalle an die Stelle des ländlichen Naturraums; Maschinen an die Stelle der leiblichen menschlichen Arbeitskraft.



Die Weiterentwicklung der handwerklichen zur industriellen Produktion stieß allerdings im 18. Jahrhundert noch an verschiedene Grenzen: an die Grenzen der noch gültigen Zunftordnungen (keine Gewerbefreiheit, Begrenzungen der Betriebsgrößen, Vorschriften hinsichtlich erlaubter Verfahren und Materialien) und an Grenzen der Expansion wegen des Mangels an frei verfügbaren Arbeitskräften. Beide Grenzen wurden im Zuge der Preußischen Reformen aufgehoben: Die Gewerbefreiheit wurde eingeführt; die Freizügigkeit erlaubte es einem Großteil der Landbevölkerung, der auf dem Lande keine Zukunft hatte, in die industriellen Einzugsbiere umzusiedeln und sich dort Arbeit zu verdienen.

Wenn im Zusammenhang mit der industriellen Revolution von einer „Entfesselung der Produktivkräfte“ die Rede ist, dann muss man dies demnach tatsächlich so verstehen: Befreit aus der Fesselung an die objektive Produktivkraft, das Land, können die subjektiven Produktivkräfte, und befreit aus der Fesselung an die subjektive Produktivkraft, den Menschen, können die objektiven Produktivkräfte als „die freigelassene, als solche für sich konstituierte Industrie und das freigelassene Kapital“ (MEW Bd. 40, S. 526) sich nun ungehemmt entfalten. Technischer Fortschritt und Bildung im modernen Verständnis konnten die ungeheure Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung erst bewirken, als sie – wenngleich weiterhin notwendig aufeinander bezogen – voneinander unabhängig wurden.

## 5.2 Der Entfremdungsbegriff bei Marx

Auf diese historische Übergangssituation bezieht sich die Marxsche Gesellschaftsanalyse.

„Der historische Prozeß war die Scheidung bisher verbundener Elemente – sein Resultat ist daher nicht, daß eins der Elemente verschwindet, sondern, daß jedes derselben in negativer Beziehung auf das andre erscheint – der freie Arbeiter (der Möglichkeit nach) auf der einen Seite, das Kapital (der Möglichkeit nach) auf der andren. Die Scheidung der objektiven Bedingungen von seiten der Klassen, die in freie Arbeiter verwandelt worden, muß ebensowohl als eine Verselbständigung dieser selben Bedingungen am entgegengesetzten Pol erscheinen.“ (MEW Bd. 42, S. 410-411)

In seinen Philosophisch-ökonomischen Schriften von 1844 gebrauchte der damals 26jährige Marx noch die Kategorie der Entfremdung, mit der er sich im Kontext seines philosophischen Hegelstudiums auseinandersetzte. Bei Hegel bezeichnet Entfremdung die Trennung des Geistes von der sachlichen Welt; bei Marx wird sie „materialistisch“ gewendet und bezeichnet die in den damals noch relativ neuen Eigentumsverhältnissen begründete Trennung der subjektiven leiblichen Arbeitskraft von ihrem Produkt. Das Produkt seiner Arbeit gehört dem Arbeiter nicht; es ist Eigentum des Kapitalisten, weil seine Arbeit selbst ihm nicht gehört. Und sie gehört ihm nicht, weil er seine Arbeitskraft verkaufen muss, um überhaupt arbeiten zu können. Und er muss seine Arbeitskraft verkaufen, weil anders ihm nicht die materiellen Bedingungen des Arbeitens, die Verwirklichungsbedingungen seiner Arbeitskraft verfügbar sind.

In Wendung gegen Hegel betont Marx, dass diese Trennung der Arbeiter von den Verwirklichungsbedingungen ihrer Arbeit keine philosophische Denkfigur sei, auch keine ewige, gesellschaftsunabhängige Bestimmung der menschlichen Lebensform, sondern eine „nationalökonomische, gegenwärtige Tatsache“ der bürgerlichen Gesellschaft (MEW

Ergänzungsband I, S. 511), nämlich die Polarität von privatkapitalistischem Eigentum an den materiellen Bedingungen der Arbeit auf der einen und Eigentumslosigkeit derer, die über kein anderes Reproduktionsvermögen verfügten als über ihre bloße Arbeitskraft, auf der anderen Seite.

Entfremdung meinte bei Marx demnach primär kein Verhältnis der Menschen zu sich selbst. Sie bedeutete zuerst nicht, dass die Menschen ihr eigenes wahres Wesen verkennten, vergessen, verraten oder verfehlen. Mit Entfremdung bezeichnete Marx vielmehr das Verhältnis der Menschen zu einer verlorengegangenen, geraubten materiellen Welt: Reduktion auf ein Dasein, das aus eigener Kraft keine Vermittlung mit der materiellen Welt mehr eingehen kann. Eigentumslosigkeit wird so gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit, und dies für ein Lebewesen, das ohne Arbeit nicht überlebensfähig ist. Arbeitslosigkeit ist demnach kein vorübergehendes Schicksal, kein zufälliges Unglück, das dem einen widerfährt, dem anderen aber nicht. Arbeitslosigkeit wird zum sozialen Grundzustand eines auf Arbeit existentiell angewiesenen Lebewesens, zu seiner vorherrschenden Existenzform.

Wie radikal dieser Zustand der Entfremdung zu denken ist, kommt in folgendem Zitat aus Marx' Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie zum Ausdruck. Zum Zeitpunkt ihrer Abfassung (1859) gebrauchte Marx den Begriff der Entfremdung schon nicht mehr. Er zog bereits die Kategorie der Abstraktion vor, die dann später in seiner ausgearbeiteten Werttheorie entscheidende Bedeutung erlangen sollte. Doch ging es um dasselbe Grundverhältnis. Das entmaterialisierte Arbeitsvermögen, so Marx, sei

„die von allen Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen, von ihrer ganzen Objektivität getrennte Arbeit. Die lebendige als Abstraktion von diesen Momenten ihrer realen Wirklichkeit existierende Arbeit ...; diese völlige Entblößung, aller Objektivität bare, rein subjektive Existenz der Arbeit. Die Arbeit als die absolute Armut: die Armut, nicht als Mangel, sondern als völliges Ausschließen des gegenständlichen Reichtums.“ (GR, S. 203)

Abstraktion widerfährt dem subjektiven Arbeitsvermögen ebenso wie den materiellen Produktionsbedingungen, Abstraktion nämlich von der Konkretion, in der die leibliche Existenz arbeitender Menschen verwachsen ist mit einer sinnlich wahrnehmbaren und praktisch bearbeitbaren äußeren Welt, welche ihre Bedeutung erhält im Hinblick auf das Lebewesen Mensch, als dessen erweiterter „unorganischer Leib“. Miteinander verwachsen sein ist der Wortsinn von Konkretion (lat. *concrecere* = *zusammenwachsen*). Entfremdung ist, indem sie den einzelnen Menschen reduziert auf seine unmittelbare leibliche Existenz, gerade die Zerstörung der Konkretion der erweiterten Leiblichkeit, durch die Menschen einer materiellen Lebenswelt angehören.

Historisch fiel diese marktwirtschaftliche Realabstraktion wie ausgeführt zusammen mit der Aufhebung der feudalen Grundherrschaft, die ja noch die Zugehörigkeit der leiblichen Existenz arbeitender Menschen zum jeweiligen besonderen Grundeigentum als dessen Zubehör kodifizierte. Unter Bedingungen einer feudalen Gesellschaftsordnung blieb die Entwicklung der subjektiven wie der objektiven Produktivkräfte aneinander gefesselt. Es gab keine Bildung, die den Horizont bäuerlicher Arbeit auf dem Land, dem dieser Mensch zugehörte, hätte überschreiten können. Und es gab keine Entwicklung der Agrikulturtechnik, die sich hätte freimachen können von leibgebundener Instrumentalität.

Das kapitalistische Eigentum dagegen brauchte den Arbeiter, der frei war von diesen Bindungen. Und es brauchte die eigene Freiheit von allen Rücksichten auf leibliche Beschränkungen der Arbeit. Seine Einstellung war – jedenfalls auf dem Gebiete der Ökonomie – antifeudal, emanzipatorisch, freiheitlich. Nach der Zerschlagung aller feudalen Bindungen konnte die technische Seite der Produktion, das in Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln materialisierte Kapital, endlich entwickelt werden, ohne Rücksichten auf die Begrenzungen und Sinnvorgaben der inneren menschlichen Natur nehmen zu müssen. Aber ebenso konnte und musste die Bildung der Menschen, separiert von produktiver Arbeit, sich von nun an vollziehen ohne Rücksicht auf die Bindungen, die der Produktivität einer in die praktische Bewältigung konkreter Materialität der Welt einbezogenen Leiblichkeit auferlegt wären. Die kapitalistische Eigentumslosigkeit machte den einzelnen Menschen zur tabula rasa, ohne besondere Bestimmtheit, auf die zu achten wäre, „aber jeder Bestimmtheit fähig“ (GR, S. 204). Sie machte ihn, in bildungstheoretischer Terminologie, unbegrenzt „bildsam“. Deshalb gehört die Bildung zur Entfremdung und die Entfremdung zur Bildung.

So hatte die Trennung der arbeitenden Menschen von den materiellen Bedingungen ihrer Existenz zwei Seiten. Sie bedeutete zugleich Verlust und Gewinn an Macht. Verloren ging die Arbeit ermöglichende Bindung an die Materialität der besonderen Bedingungen, in denen Menschen sich vorfanden. Frei von feudalen Bindungen waren sie nicht mehr von Geburt im Stande der Arbeit. Ob einer arbeiten kann oder nicht, lag fortan nicht mehr im Ermöglichungsbereich des privaten Lebensumkreises von Menschen, die auf das Arbeiten angewiesen sind.

Der Ohnmacht und dem Ausgeliefertsein des Arbeiters entsprach auf der anderen Seite eine Entfesselung der produktiven Kräfte und gewaltige Steigerung der Macht über die Natur. Herausgenommen aus dem konkreten Lebens- und Arbeitszusammenhang von Menschen wurde die Natur erst das, als was sie uns heute erscheint: menschenleeres Material ohne eigenen Sinnzusammenhang, materieller Träger von Formen, die im Produktionsprozess nach Gutdünken zu verändern sind. Es ist ein entscheidendes Merkmal kapitalistischer Produktion, dass die zu schaffende Form zum alleinigen Bestimmungskriterium des Produktionsprozesses erhoben wird. Das bedeutet technische Rationalität: Alle Redundanzen, das heißt alle Prozessmomente, die nicht ausschließlich zur intendierten Form beitragen, werden eliminiert. Einflüsse auf den Produktionsprozess und Beiträge zum Produkt, an denen die subjektive Formtätigkeit Grenzen erfährt, weil sie sich anderen als technischen Faktoren verdanken, werden nicht toleriert.

Dabei wurde die Anwendung der leiblichen Arbeitskraft in der Produktion denselben Kriterien der technischen und ökonomischen Effektivität unterworfen wie alle anderen Faktoren der Produktion. Und da die naturgesetzten Grenzen der Leiblichkeit letztlich nicht zu überwinden sind, muss der Tendenz nach diese letzte Barriere der Emanzipation der Produktion von ihren organischen Beschränkungen durch Eliminierung des Leibes aus der Produktion beseitigt werden. Soweit Menschen noch leiblich agieren im Produktionsprozess, tun sie es nicht als Menschen, sondern als fleischliche Maschinen. Eben dadurch scheint paradoxerweise die Produktion erst vollkommen bestimmt vom menschlichen Zweck.

### 5.3 Entfremdung als Überwindung und Erbe des Feudalismus

Entfremdung als „nationalökonomische, *gegenwärtige* Tatsache“ (Marx) ist Ausdruck sowohl einer Überwindung der vorbürgerlichen feudalistischen Verhältnisse als auch ihres Erbes.

Historisch war die Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft, die neu gewonnene Freizügigkeit, der Rechts-Status des freien Bürgers, der sein eigener Herr ist, ein Fortschritt, der im Bewusstsein der damaligen Zeit, soweit es von den Theoretikern und Politikern des Bürgertums formuliert wurde, nichts weniger bedeutete als die Befreiung des Menschen zum Menschen und die Befreiung der produktiven Potenzen der Menschheit aus den Bindungen an besondere, schicksalhaft gegebene Lebensumstände aus den Beschränkungen der tradierten und über Jahrhunderte sich kaum weiterentwickelnden bäuerlichen Arbeit, auch aus den engen Grenzen der städtischen Zunftordnungen.

Ebenso aber bewahrt die bürgerliche Gesellschaftsordnung auch ein Erbe des Feudalismus. Indem sie die Menschen aus den feudalen Bindungen entlassen hat, sie zu Eigentümern ihrer selbst machte, trennte sie die Masse der Bevölkerung zugleich von jeglichem Eigentum an den materiellen Bedingungen ihres Lebens und ihrer Arbeit. Die Befreiung vom Sonder-Eigentum der feudalen Grundherrschaft war nicht Befreiung zum allgemeinen, kollektiven Eigentum der Menschheit an ihrer materiellen Welt, sondern die Entlassung in die Eigentumslosigkeit, in die „absolute Armut“ einer entwirklichten Arbeiter-Existenz.

In dieser Ambivalenz hält Entfremdung die Menschen gefangen. Potentielle Universalität und absolute Leere sind in der bürgerlichen Existenz aneinandergebunden.

Die Trennung von den materiellen Bedingungen ihres Lebens und ihrer Arbeit ermöglicht es den Menschen, sich zu ihrer materiellen Welt auf eine neue Weise zu verhalten: sie in ihrer Allgemeinheit, d.h. in ihrer allgemeinen Beziehbarkeit auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des menschlichen Lebens auf dieser Erde zu betrachten und zu behandeln. Dies ist es, was Marx als das „Gattungswesen“ des Menschen bezeichnet, worin er sich von allen anderen Gattungen unterscheidet:

„Der Mensch ist ein Gattungswesen, nicht nur indem er praktisch und theoretisch die Gattung, sowohl die eigne als die der übrigen Dinge, zu seinem Gegenstand macht, sondern ... auch, indem er sich zu sich selbst als der gegenwärtigen, lebendigen Gattung verhält, indem er sich zu sich als einem *universellen*, darum freien Wesen verhält. Das Gattungsleben, sowohl beim Menschen als beim Tier, besteht physisch einmal darin, daß der Mensch (wie das Tier) von der unorganischen Natur lebt, und um so universeller der Mensch als das Tier, um so universeller ist der Bereich der unorganischen Natur, von der er lebt. ... Die Universalität des Menschen erscheint praktisch eben in der Universalität, die die ganze Natur zu seinem *unorganischen* Körper macht, sowohl insofern sie 1. ein unmittelbares Lebensmittel, als inwiefern sie [2.] die Materie, der Gegenstand und das Werkzeug seiner Lebenstätigkeit ist. Der Mensch *lebt* von der Natur, heißt: Die Natur ist sein *Leib*, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben. Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen andren Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.“ (MEW Ergänzungsband I, S. 515f.)

Dies ist die positive Seite der Entfremdung: Sie ermöglicht Universalität des Menschen selbst wie der Natur, aus der er ist und lebt. Diese Natur ist wiederum nicht die

besondere Natur, in der er sich vorfindet, sondern jene universelle Natur, welche Grundlage und Raum seiner Freiheit zu sich selbst, also die wahrhaft menschliche Natur ist, welche in der je gegebenen Natur zwar als Potentialität enthalten ist, aber erst noch entborgen und verwirklicht werden muss. Der Mensch ist universell, d.h. nicht mehr in die Beschränktheiten vorgefundener Lebensbedingungen eingesperrt, indem er sich zur Natur als einer universellen verhält. Universell aber ist die Natur nur als *menschliche*, d.h. in ihrer Potentialität wahrgenommene und vermittels menschlicher Arbeit verwirklichte Natur.

Natur ist daher alles andere als eine Herkunft und Vergangenheit des Menschen. Sie ist seine Zukunft; das, worauf seine geschichtliche Praxis sich orientiert: menschliche Natur, d.h. Natur als allgemeine Lebensgrundlage des Menschen.

Aber diese Universalität einer Natur, in der der Mensch, und d.h. bei Marx: jeder einzelne Mensch, sich in aller Freiheit verwirklichen kann, die ihn nicht fesselt, sondern zu seinen Möglichkeiten entbindet, hat zwei Seiten, die aufeinander bezogen sein müssen: die Universalität der subjektiven Potenzen, welche sich in Bildung entwickelt, und die Universalität der objektiven Potenzen, welche sich im technischen Fortschritt umsetzt. Genau betrachtet ist der technische Fortschritt nichts anderes als die Vergegenständlichung der Bildung. In den technischen Potenzen spiegelt sich die menschliche Bildung; in ihrem Fortschritt der Fortschritt der Bildung.

Entfremdung heißt jedoch, daß dieses Verhältnis sich verkehrt: Die objektiven Bedingungen der Arbeit (die Produktionstechnik) scheinen *sich* zu entwickeln, und die Bildung ist genötigt, dieser Bewegung „nachzulaufen“. Nicht die Universalität der Produzenten, von der Marx noch sprach, sondern die Universalität der Technik ist es, in der die Emanzipierung der Produktivkräfte von den feudalen Bindungen sich manifestiert. So ist es die in diesem Jahrhundert erfundene „universelle Maschine“ (Computer), auf welcher inzwischen die Fortschrittshoffnungen der Menschheit ruhen, und nicht mehr die zur Universalität entfaltete Bildung der Menschen. Auf deren Seite schlägt sich diese Entwicklung vielmehr als Forderung nieder, der beschleunigten Bewegung des technischen Fortschritts möglichst wenig Widerstand entgegenzubringen, ihm möglichst geschmeidig und ohne Zeitverzögerung zu folgen. Also: eine innere Leere (Widerstandslosigkeit) mitzubringen, die gleichwohl die Fähigkeit enthält, sich auf den Punkt genau der Technik zu assimilieren, in deren Zusammenhang das subjektive Arbeitsvermögen fungieren soll.

Der Universalität der Maschine entspricht unter kapitalistischen Bedingungen die absolute Armut (Entleerung) einer virtuellen Existenz des subjektiven Arbeitsvermögens.

## 6. Das Prinzip der Kritik

### 6.1 Das objektive Prinzip der Kritik: der konkurrenzgetriebene technische Fortschritt

Die Ablösung der feudalen durch die modernen, kapitalistischen Eigentumsverhältnisse trug emanzipatorischen Charakter. Sie befreite das subjektive Arbeitsvermögen aus der Fesselung an die je historisch und lokal gegebenen materiellen Produktionsbedingungen; und sie befreite die Produktionstechnik aus der Fesselung an das leibliche Arbeitsvermögen. Diese Entfesselung der Produktivkräfte ermöglichte fortan eine voneinander unabhängige Entwicklung der subjektiven und der objektiven Produktivkräfte, sie ermöglichte Bildung und technischen Fortschritt.

Was möglich wird, muss allein deshalb allerdings noch nicht wirklich stattfinden. Es stellt sich also die Frage nach den *Triebkräften* für die Realisierung der Ermöglichten.

Karl Marx sprach in seinen späteren ökonomischen Schriften fast nur noch von der „Produktivkraft der Arbeit“, nicht mehr von den (subjektiven und objektiven) Produktivkräften. Damit brachte er zum Ausdruck, dass letztlich die Produktivität dieser Kräfte sich nur in ihrem Zusammenwirken realisieren kann und dass dies Zusammenwirken als Arbeit eine Leistung der Arbeitskraft ist. Es gibt keine Produktivkraft des Kapitals. Maschinen arbeiten nicht; sie sind Momente eines Prozesses, dessen Subjekt immer Menschen sind.

Die unabhängige Entwicklung der Produktionstechnik kann demnach nicht heißen, dass diese sich aus eigenem Antrieb und eigener Kraft entwickeln würde. Der technische Fortschritt ist keine vom Menschen unabhängige autonome Größe. Auch wenn er sich von der Bindung an die Rücksichten auf die leibliche menschliche Natur löst, sind es doch Menschen: Erfinder, Ingenieure, Wissenschaftler, die sich in ihrer Entwicklungstätigkeit von diesen Rücksichten lösen. Die Frage nach den Triebkräften des technischen Fortschritts ist ebenso wie die nach den Triebkräften der Bildung eine Frage nach Motiven und Gründen, die Menschen haben.

Diese Triebkräfte macht Marx in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen aus, welche auf der einen Seite die Kapitaleigner nötigen, ihre Produktion so zu gestalten, dass sie ihre Waren am Markt auch zu profitablen Preisen absetzen können, die andererseits die arbeitenden Menschen nötigen, sich in ihrer Arbeit dem Willen des Kapitaleigners und damit den Zwängen zu unterwerfen, denen dieser ausgesetzt ist: den *Zwängen der Konkurrenz*.

Auf der Grundlage von Arbeitsteilung bedeutet dies für die unterschiedlichen Stellungen von Menschen im Gesamtkontext kapitalistischer Ökonomie sehr Unterschiedliches. Wissenschaftler und Ingenieure entwickeln neue Produktionsweisen, die dann nach ihrer Umsetzung neue Anforderungen an die Arbeitskräfte in der Produktion stellen. Die einen erscheinen als treibende Kräfte, die anderen als Betroffene; die einen treiben den Prozess voran, die anderen passen sich folgsam an. Beide aber *gehörchen* – sie gehorchen den Zwängen der Konkurrenz.

Um Profit machen zu können, müssen die produzierten Waren auch am Markt abgesetzt werden können. Die Abnahmekapazität der Märkte allerdings ist begrenzt, weil die zahlungsfähige Nachfrage begrenzt ist. Die Unternehmen konkurrieren folglich um Marktanteile.

Gegen ihre Konkurrenten können sie sich nur behaupten, wenn sie gleiche Qualität zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten können; und konkurrenzfähige Preise werfen nur Profit ab, wenn sie mehr als nur die Produktionskosten einbringen. Insofern sind alle Unternehmungen ständig darum bemüht, ihre Produktionskosten zu senken, vor allem, indem sie die Produktivität der Arbeit steigern, also *neue effektivere Produktionsverfahren* entwickeln.

Die andere Möglichkeit ist, dass sie *neuartige Produkte* auf den Markt bringen, die die Konkurrenz nicht anzubieten hat. Die Entwicklungsabteilungen der Unternehmungen sind daher beständig um Produktinnovation bemüht.

Beides, Verfahrens- wie Produktinnovation, lässt sich unter den Begriff des technischen Fortschritts subsumieren. Hier steht alles Erreichte sofort schon *unter der Kritik des möglichen Besseren*. Die Konkurrenz ist die Triebkraft des technischen Fortschritts. Ihr Vollzugsorgan aber ist der menschliche Erfindergeist.

Damit knüpfen diese Überlegungen zur Triebkraft an die Überlegungen des vorhergehenden Kapitels an. Ermöglicht wird der technische Fortschritt durch die Entfesselung der Produktivkräfte. Ernötigt und angetrieben wird er durch die Konkurrenz.

Die Konkurrenz ist ein Teil der objektiven Bedingungen. Sie lässt eine Statik der Verhältnisse nicht zu. Der je gegebene Stand der Technik steht von vornherein unter der Kritik des kommenden oder jedenfalls geforderten Neuen. Anders ausgedrückt: Diese Verhältnisse selbst sind kritisch; und zwar permanent. Mit dem Übergang zum Kapitalismus kommt eine bis dahin nicht gekannte Dynamik in die gesellschaftlichen Verhältnisse. Nicht nur die Technik, sondern in deren Gefolge alle Lebensverhältnisse werden einer *ständigen Umwälzung* unterworfen. Die sog. industrielle Revolution ereignete sich in enger Wechselwirkung mit den politischen, den sozialen, den kulturellen Revolutionen dieser Zeit. Und: diese *umfassende Revolutionierung* ist nicht mehr nur eine Übergangsphase, sondern wird zur *Grundverfassung der modernen Gesellschaft*. Nichts hat mehr auf Dauer Bestand; nichts bleibt ungefragt gültig.

Im Manifest der kommunistischen Partei von 1848 schrieben Marx und Engels:

„Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“  
(MEW 4, S. 465)

Marx und Engels beschreiben hier den Prozess, wie er sich den Menschen darstellte: als eine Welt, die sich in Auflösung befindet. Einer solchen Welt gegenüber kann der Glaube an eine ewige, unverrückbare Ordnung keinen Bestand mehr haben. Religion verliert ihre Orientierungskraft. Stattdessen sind die Menschen jetzt gezwungen, die Welt „mit nüchternen Augen“, sprich: wissenschaftlich „anzusehen“.



Was den Menschen nicht bewusst ist, ist, dass sie selbst es sind, die durch ihre Tätigkeit die Welt auflösen. Sie nehmen sich selbst nicht als Herren ihres Schicksals wahr, weil sie doch nur dem Diktat der Verhältnisse gehorchen: dem Zwang der Eigentumsverhältnisse und dem Trieb der Konkurrenz. Die permanente Infragestellung alles Bestehenden scheint im konkurrenzgetriebenen technischen Fortschritt als objektivem Prinzip der Kritik fundiert zu sein. Aber ohne die Vermittlung durch ein subjektives Prinzip der Kritik, ohne Vermittlung durch Bildung, wäre sie nicht möglich.

## 6.2 Das subjektive Prinzip der Kritik: die Bildung

Die *Idee einer allgemeinen Menschenbildung*, d.h. der Entwicklung aller Menschen allein aus ihren eigenen Potenzialen, konnte erst entstehen, als die je besonderen Lebensbedingungen, unter denen Menschen sich tatsächlich entwickeln müssen, nicht mehr als prinzipiell hinzunehmende Einschränkungen individueller Entwicklung erschienen. Das war der Fall mit dem historischen Eintreten der „nationalökonomischen Tatsache“ (Marx) der Entfremdung.

Ein Mensch hatte sich jetzt nicht mehr seinen vorgefundenen Lebensverhältnissen zu fügen (dies wäre ihm auch nicht mehr möglich gewesen, da er aus solchen festgefühten, sicheren Lebensverhältnissen ja gerade vertrieben worden war), sondern sein Leben „in die eigene Hand zu nehmen“, also selbst zu gestalten; sowohl je individuell als auch gesamtgesellschaftlich. Bildung heißt, *die Welt in Frage zu stellen*; sie zu prüfen hinsichtlich des potenziell Anderen, Besseren, das es zuerst geistig, dann tätig zu erschließen gilt.

Nicht nur, was die Welt war, sondern auch, was ein Mensch war, war nun nicht mehr – durch Geburt (Stand, Natur, Gott) – vorbestimmt, sondern seiner Arbeit an sich selbst überantwortet. Insofern Menschen sich dennoch immer auch vorfinden, in einer gegebenen sozialen Position, mit einer gegebenen natürlichen Ausstattung, ist Bildung nicht nur Selbstentwurf, sondern zudem *Selbstkritik*. Bildung heißt, nie zufrieden zu sein mit dem, was man ist. Insofern steckt eine regulative Idee von *Vervollkommnung* in Bildung, die sich nicht auf eine externen Mächten verdankte, sondern auf eine selbst hervorgebrachte Vollkommenheit richtet und die Entwicklung des Selbst aus eigenem Sinn und eigener Kraft zu einer unabschließbaren Aufgabe werden lässt.

Paradoxerweise ist es somit derselbe Vorgang der Trennung des subjektiven Arbeitsvermögens von seinen objektiven Verwirklichungsbedingungen (schlagwortartig formuliert im Gegensatz von Arbeit und Kapital), welcher sowohl auf den Menschen zurück als auch von ihm wegführt. Indem die objektiven Arbeitsbedingungen nicht mehr hingenommen, sondern nach subjektiver Planung gestaltet werden, wird der Mensch ihr Urheber. Zugleich damit aber wird die Realabstraktion der Trennung von subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen geistig flankiert durch ein *neues Denken der Arbeit*, das diese nicht mehr vom arbeitenden Subjekt und dessen leiblich beschränkten Vermögen her, sondern *vom Produkt her* erfasste.

Wird die Arbeit vom arbeitenden Menschen her verstanden, so ist sie mehr als nur der Prozess, der zum Produkt führt. Sie ist Ausdruck des arbeitenden Menschen, seine Lebensäußerung, Äußerung seiner Sinnggebung für diese Welt. Das Produkt mag dieser



Sinnggebung entsprechen oder auch nicht; in jedem Fall hat es ein Maß am arbeitenden Menschen, der sich in ihm verwirklicht.

Wird die Arbeit dagegen vom Produkt her verstanden, so *verschwindet der arbeitende Mensch* als sinnggebende Instanz. Arbeit wird zur Produktion, d.h. sie erhält ihre Bestimmtheit ausschließlich vom Produkt her. Der arbeitende Mensch wird zur abgeleiteten Größe, zur Funktion des Produkts. Der Prozess selbst wird nun einer permanenten Kritik unterworfen, deren Maßstäbe nicht im arbeitenden Menschen und seinen Bedürfnissen liegen, sondern im Produkt: Was am Prozess ist unbedingt notwendig zur Herstellung dieses Produkts; was an ihm ist überflüssig. Dies ist eine technische und zugleich ökonomische Betrachtungsweise der Produktion. Der Prozess wird – in der Sprache der modernen Informationstheorie – auf „Redundanzen“ hin überprüft, auf seine weitere Reduzierbarkeit bis hin zur einfachsten überhaupt möglichen Struktur, die noch nötig ist, dieses Produkt hervorzubringen. Das heißt: Der Prozess wird tendenziell vollständig maschinisiert; und der arbeitende Mensch, sofern er noch darin vorkommt, wird selbst zum Träger maschineller Funktionen.

„Soweit er noch darin vorkommt“ – denn das Vorkommen des Menschen in der Produktion bedeutet ja das Vorkommen seines Leibes in der Produktion und damit das Vorkommen einer generell aller Rationalisierung vorausliegenden Naturgegebenheit in der Produktion, das Vorkommen einer potenziellen und schwer unter Kontrolle zu bringenden Störgröße.

Die Konkurrenz der Unternehmungen um immer kostengünstigere Produktionsverfahren, welche sich technisch in der fortschreitenden Beseitigung von „Redundanzen“ aus dem Produktionsprozess äußert, beinhaltet daher verständlicherweise die *fortschreitende Entfernung des Menschen aus der Produktion*. Rationalisierung führt zur menschenleeren Produktion. Die Qualifikationen der Menschen werden immer weniger auf die aktive Mitwirkung im Produktionsprozess selbst bezogen und immer mehr auf Funktionen am Rande und außerhalb des Prozesses.

Paradoxerweise ist diese Entwicklung, in welcher die Bedeutung der Bildung für die Produktion mit der Eliminierung der Menschen aus der Produktion immer weiter zurückgedrängt wird, Ausdruck von Bildung. Denn der technische Fortschritt ist ja nur die Vergegenständlichung des Fortschritts, den der menschliche Geist in Bezug auf die wissenschaftliche Erfassung und Beherrschung der Natur macht. In seiner Dynamik *begegnet Bildung ihrem eigenen Prinzip der Kritik*.

### 6.3 Einbildungskraft: die Kraft der Bildung

Die *Quelle des Neuen*, zu dem die Konkurrenz die Entwicklung der Produktivkräfte ständig treibt, ist die *Innovativkraft der Menschen*. Die Trennung der subjektiven von den objektiven Produktionsfaktoren durch das moderne Eigentum lässt die menschliche Subjektivität in Distanz zur objektiven Welt treten; und Distanz ist die Bedingung, um die Welt mit anderen Augen, unter anderer Perspektive zu sehen, um „hinter“ die Dinge zu kommen. Statt eine gegebene Welt lediglich reproduzieren zu müssen, kann eine künftige Welt nun entworfen werden.

Die Fähigkeit zum Entwurf von Welt ist in der Vernunftfähigkeit begründet. Kant nennt sie *Einbildungskraft*. Das Wort allein eröffnet schon einen weiten Interpretationsraum. Einbildung verweist auf etwas, das eben „nur“ in der Einbildung (und nicht wirklich) existiert; das kann ein gedankliche Vorwegentwurf sein, der anschließend in die Tat umzusetzen wäre; es kann auch eine gedanklich alles wirklich Mögliche transzendierende Fiktion sein. Das Wort kann aber auch das Sich-einbilden in etwas, nämlich des Menschen in die Welt bedeuten: Er prägt jetzt der Welt den Stempel auf. In dem Wort steckt zudem *Bildung*; und mit den beiden zuvor benannten Bedeutungen lässt sich auch der Bildungsbegriff verbinden: als Entwicklung geistiger Gestalten von Welt und Selbst; wie als Vermittlung des Menschen mit seiner Welt.

Zum nächsten kann auf seine lat. Entsprechung, das Wort *informatio* Bezug genommen werden, das heute eng mit der Vorstellung von Programmierung und Codierung verbunden ist; aber ebenso die lat. Entsprechung von Bildung; *formatio* in sich enthält.

Und schließlich ist im Zusammenhang mit der Analyse des historischen Übergangs von der feudalen zur modernen Gesellschaftsform der Bedeutungswandel hoch interessant, den diese Wörter in dieser Zeit durchgemacht haben.

Einbildung wie *informatio* bezeichnen ein Weltverhältnis des Menschen; wir können auch sagen: eine Vermittlung von Mensch und Welt. Beide Wörter haben etwa in der Mystik des Mittelalters die Bedeutung gehabt, dass Gott sich in den Menschen einbildet oder einprägt (in-formiert). Die Vermittlung ist von einer übergeordneten Macht ausgehend gerichtet auf den Menschen. Die Welt insgesamt ist wie ein Buch, das die göttliche Botschaft und den göttlichen Auftrag enthält. In der Heiligen Schrift wendet Gott sich – vermittelt der Evangelisten und derer, die beanspruchen, die Schrift auslegen zu dürfen und zu können – an die Menschen. Sie haben zu hören und zu lesen, was Gott ihnen sagt und schreibt. Auch *formatio* bezeichnet soweit keineswegs das, was mit dem modernen Bildungsbegriff intendiert ist, sondern die Formung des Menschen nach göttlichem Willen.

Dieses Vermittlungsverhältnis von Mensch und Welt wird mit der Wende zur Neuzeit durch eine *Umkehrung der Vermittlungsrichtung* transformiert. Wie die Menschen mit dem Übergang von der feudalen landwirtschaftlichen zur modernen industriellen Produktion nicht mehr auf die Natur achten und sich den von ihr gegebenen Bedingungen, ihren Rhythmen, auch ihren Launen unterwerfen, sondern umgekehrt die Natur nun ihrem eigenen Willen gefügig machen, so wandelt sich insgesamt das Weltverhältnis in der Weise, dass es nun der Mensch ist, der sich der Welt einbildet und die Welt informiert; und sich selbst nach eigenem Sinn und aus eigener Kraft formt (bildet).

Es ist also seine eigene, die ihm zu eigene Einbildungskraft, die nun entdeckt und beansprucht wird. Beansprucht in der doppeldeutigen Weise, dass sie einerseits vom Menschen selbst für sein Weltverhältnis in Anspruch genommen wird, wie es sich in der Aufklärungsphilosophie artikuliert, besonders prominent in Kants Mündigkeitspostulat, der emphatischen Aufforderung zum autonomen Verstandesgebrauch; andererseits aber von der Ökonomie beansprucht und den Menschen abgefordert wird, als Erfindungskraft, als treibende Kraft des technischen Fortschritts, als Kreativität im Dienste ökonomischer Interessen.

Kant bestimmt die Einbildungskraft als die *Fähigkeit, Zusammenhänge herzustellen*, Unverbundenes miteinander zu verbinden, zu „synthetisieren“. In der Tat, in einer Welt, die nicht mehr als von einer übermächtigen Kraft zusammengehalten gesehen wird, die sich offensichtlich in Auflösung befindet, wird dies zur entscheidenden Fähigkeit; über sie zu verfügen, zur Grundlage eines neuen Selbstbewusstseins des Menschen als Welt(en) gestalter. Dabei rückt allerdings philosophisch in den Hintergrund, was angesichts der dramatischen revolutionären Ereignisse dieser Zeit gesellschaftlich-politisch offensichtlich ist: dass diese Welt sich nicht von selbst auflöst oder sich ursprünglich (apriori) in einem Zustand der Aufgelöstheit befindet, sondern dass es die Menschen selbst sind, die – wenn auch genötigt und getrieben durch die neuen Verhältnisse – die alte Welt auflösen und damit sowohl Möglichkeit wie Notwendigkeit des Synthetisierens hervorbringen.

Slavoj Žižek hat in seiner Analyse des Kantschen Begriffs der Einbildungskraft diese *verborgene destruktive Seite der Einbildungskraft* hervorgehoben. (Žižek 2001, S. 42-49) Ganz im Gegensatz – so Žižek – zu Kants Behauptung befindet sich die Welt eben keineswegs per se in einem Zustand der Aufgelöstheit; sondern es ist die negierende, zersetzende Kraft des Verstandes, die eine gegebene, durch die zuvor als allmächtig angesehene Willenskraft Gottes geeinte Welt auflöst in ihre Bestandteile, um sie so zum Baumaterial für eine neue, erst noch zu entwerfende Welt zu machen, die sich dann nicht mehr auf Gott, sondern auf den Menschen als „subiectum“ (das Zugrundeliegende) zurückführt.

Das objektive Prinzip der Kritik, der konkurrenzgetriebene technische Fortschritt, wie das subjektive Prinzip der Kritik, die Bildung, speisen sich also gleichermaßen aus dem kritischen Impuls der Einbildungskraft, die destruiert um der Konstruktion willen und die konstruieren muss, weil sie destruiert hat. Das Wort Kritik kommt vom altgriech. *krinein* = scheiden, trennen. Es steckt auch im Wort Krise, altgriech. *krisis* = Scheidung, Entscheidung. Die objektive „Krise“ der alten, feudalen Welt manifestierte sich „entscheidend“ in der Trennung der subjektiven von den objektiven Produktionsfaktoren durch die Etablierung der modernen Eigentumsverhältnisse. Zur objektiven Krise gehörte die subjektive Kritik an der alten Welt, motiviert und legitimiert durch die Perspektive auf eine neue, von den Menschen noch in Geltung zu setzende, „humane“ Welt. Von da an aber war mit dem Anspruch auf Subjektivität nicht mehr nur die Kritik an einer schließlich ja zurückgelassenen alten Welt verbunden, sondern weitergehend und auf Dauer die Kritik jeglicher Verhältnisse, die sich dem menschlichen Begründungsanspruch zu entziehen suchen, durch den schöpferischen Verstand (die Einbildungskraft). Kritik wird Menschenrecht; die Verhältnisse werden auf Dauer „kritisch“ (krisenhaft); Kritik wird zum Prinzip.

*Fähigkeit zur Kritik wie Fähigkeit zur Krisenbewältigung werden zu entscheidenden Bildungsanforderungen.*

## 7. Ökonomie als Schicksal

### 7.1 Verdinglichung

Im 2. Kapitel war bereits von der Merkwürdigkeit gesprochen worden, dass Marx im Kapital seine Analyse einer Gesellschaftsform mit der Analyse von Dingen, nämlich Waren, beginnt und nicht mit einer Untersuchung der sozialen Beziehungen zwischen Menschen. Die Analyse der Ware ist bei Marx eine Untersuchung sozialer Beziehungen; aber eben nicht der sozialen Beziehungen von Menschen, sondern von Dingen.

Damit ist – auch dies wurde schon gesagt – eine erste fundamentale Aussage über diese Gesellschaftsform gemacht: dass sie sich nämlich nicht primär aus den Handlungen von Menschen, sondern aus den Beziehungen von Dingen begründet. Das ist gemeint, wenn von „Verdinglichung“ die Rede ist.

Die Verdinglichung der sozialen Verhältnisse ist ein bei Marx von den Frühschriften an immer wiederkehrendes Thema. Verdinglichung impliziert, dass die gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr von den Motiven und Interessen, den Leidenschaften, Ideen und Visionen von Menschen bestimmt ist und vorangetrieben wird, sondern von bewegendenden Kräften, die den Dingen, den Waren, innewohnen. Die Kritik an dieser Gesellschaftsform ist daher im Grunde keine Kritik an Menschen und ihren bösen Absichten, an ihren Herrschaftsgelüsten u.dgl., sondern eine Kritik sachlicher Strukturen. Die Menschen „zählen“ in einer solchen Gesellschaft nur, insofern sie tun, was ihnen die Dinge gleichsam auftragen.

Marx stellt dies im Vorwort zum Ersten Band des Kapital ausdrücklich klar:

„Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ (MEW Bd. 23, S. 16)

Und was für die Klassen der Kapitalisten und der Grundeigentümer gilt, gilt auch für die Arbeiterklasse. Auch sie tut, wozu sie ihr Interesse treibt, das von der Ware bestimmt ist, als deren Eigentümer sie am sozialen Austausch teilhaben, der Ware Arbeitskraft (auf die wir noch zurück kommen werden).

Dass die Dinge sich sozial verselbstständigen können, hat seinen Grund wieder in den modernen Eigentumsverhältnissen, der Trennung der subjektiven und der objektiven Produktionsfaktoren. Nicht nur die Arbeitskräfte wurden durch sie „frei“ (nämlich von der Fesselung an die „Scholle“), sondern auch die sachlichen Mittel und Produkte der Arbeit (nämlich von der Fesselung an das Zusammenwirken mit dem leiblichen Arbeitsvermögen). Schon in seinen frühen Schriften arbeitet Marx heraus, wie dadurch die sachlichen Produktionsmittel zu einer fremden Macht werden konnten:

„Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber.“ (MEW Bd. 40, S. 511)

„Die Aneignung des Gegenstandes erscheint so sehr als Entfremdung, daß, je mehr Gegenstände der Arbeiter produziert, er um so weniger besitzen kann und um so mehr unter die Herrschaft seines Produkts, des Kapitals, gerät.“ (MEW Bd. 40, S. 512)

„Die Entäußerung des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, nicht nur, daß seine Arbeit zu einem Gegenstand, zu einer äußern Existenz wird, sondern daß sie außer ihm, unabhängig, fremd von ihm existiert und eine selbständige Macht ihm gegenüber wird, daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehen hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt.“ (MEW Bd. 40, S. 512)

Die sachlichen Mittel der Arbeit also „herrschen“ über die Arbeitenden, üben „Macht“ über sie aus. Wie können sie das, wenn sie doch als Dinge nicht zu „handeln“ vermögen? Marx gibt darauf 1844 noch folgende Antwort:

„Wenn das Produkt der Arbeit mir fremd ist, mir als fremde Macht gegenübertritt, wem gehört es dann? Wenn meine eigne Tätigkeit nicht mir gehört, eine fremde, eine erzwungne Tätigkeit ist, wem gehört sie dann? Einem andern Wesen als mir. Wer ist dies Wesen? ... Das fremde Wesen, dem die Arbeit und das Produkt der Arbeit gehört, in dessen Dienst die Arbeit und zu dessen Genuß das Produkt der Arbeit steht, kann nur der Mensch selbst sein. Wenn das Produkt der Arbeit nicht dem Arbeiter gehört, eine fremde Macht ihm gegenüber ist, so ist dies nur dadurch möglich, daß es einem andern Menschen außer dem Arbeiter gehört. Wenn seine Tätigkeit ihm Qual ist, so muß sie einem andern Genuß und die Lebensfreude eines andern sein. Nicht die Götter, nicht die Natur, nur der Mensch selbst kann diese fremde Macht über d[en] Menschen sein.“ (MEW Bd. 40, S. 518-519)

Dass Marx seine Auffassung hierzu später geändert hat, zeigte das Zitat aus dem Vorwort zum Kapital. Ist für ihn 1844 noch klar, dass hinter der scheinbaren sachlichen Macht tatsächlich die Macht von Menschen steht, so sagt das Vorwort zum Kapital schon das Umgekehrte: Hinter der scheinbaren Macht von Menschen (Kapitalisten) steht tatsächlich die Macht der „ökonomischen Kategorie“ des Kapitals.

Dazu bedarf es allerdings einer sehr viel weiterreichenden Bestimmung des Kapitals als der, die Marx 1844 gibt. Es bedarf der begrifflichen Entfaltung des Kapitals als eines mit eigenen inneren Bewegungskräften ausgestatteten Wesens, eines Quasi-Subjekts der gesellschaftlichen Entwicklung, die Marx im „Kapital“ erst vollständig ausführt.

## 7.2 Wert: der Sozialcharakter der Ware

Die Elementarform des Kapitals, die einzelne Ware, ist ein Ding mit gespaltenem Charakter (von „Zwieschlächtigkeit“ spricht Marx). Wenn man sie betrachtet, sieht man ihr ihre soziale Vermittlungsfähigkeit nicht an. Sie hat Eigenschaften wie jedes Ding; und zwar Eigenschaften, an denen Menschen ein Interesse haben (sie ist ein „Gebrauchswert“). Waren stehen also in Beziehung zu Menschen, aber daran ist solange nichts Soziales, wie diese Beziehung Ding-Mensch, die durch die Gebrauchseigenschaften der Ware begründet ist, den davon Gebrauch machenden Menschen nicht in ein Verhältnis zu anderen Menschen bringt. (Ein solches Ding hingegen ist, das sei hier vorweggenommen, das Geld; die gewöhnliche Ware hingegen hat nicht unbedingt Gebrauchseigenschaften von der Art, dass ihr Konsum gesellschaftliche Beziehungen schafft.) Die einzelne Ware, betrachtet in ihrer sinnlich wahrnehmbaren Qualität, kann in einer durchaus „privaten“ Beziehung zu dem Menschen stehen, der sie konsumiert.

Aber die einzelne Ware, für sich betrachtet, ist gar nicht Ware. Waren gibt es nur in Beziehung zu anderen Waren. Eine Ware ist erst Ware dadurch, dass sie sich auf mindestens eine andere Ware bezieht. Waren sind also von vornherein soziale Wesen. So hat die Ware „doppelten“ Charakter: sie ist „Gebrauchswert“, und dadurch steht sie in

Beziehung zu dem Menschen, der sie konsumieren wird; und sie ist (bzw. hat) (Tausch-) Wert, und dadurch steht sie in Beziehung zu einem anderen Exemplar ihresgleichen, zu einer anderen Ware.

Der Begriff des „Werts“ kennzeichnet in der Marxschen Analyse der Ware den Schritt von der Individualität und Besonderheit des Dings, als das die Ware sich zunächst darstellt, zur Sozialität. Der „Wert“ (Marx spricht vorläufig vom „Tauschwert“; zur Differenz von Tauschwert und Wert weiter unten) einer Ware drückt aus, daß diese sich in einer „(Zweier)Beziehungskiste“ befindet, in einem Sozialverhältnis zu einer anderen Ware.

Es handelt sich um eine spezifische Zweierbeziehung: das Tauschverhältnis. Darin sind die beiden Seiten gegeneinander austauschbar. Daher ist dies Verhältnis in einer mathematischen Gleichung adäquat zu erfassen. Diese wirft sofort die Frage nach dem „gemeinsamen Dritten“ auf, und Marx' Antwort auf diese Frage ist: der Wert. Der Wert ist der „Sozialcharakter“ der Ware.

### 7.3 Der Warenfetisch

Schon die Ware als Elementarform des Kapitals erweist sich demzufolge als eine eigenartige „Sache“ mit Eigenschaften, die eigentlich eher den Menschen zukommen sollten:

„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht ... darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. Durch dies Quidproquo werden die Arbeitsprodukte Waren, sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge. ... Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.“ (MEW Bd. 23, S. 86 ff.)

Wichtig ist an dieser Stelle: Das Privateigentum, Grund und Ausdruck der Trennung der subjektiven von den objektiven Bedingungen der Arbeit, entfremdet die Menschen von den Verwirklichungsbedingungen ihrer selbst, macht diese zu fremdem Eigentum, dessen Eigner sich die Arbeitenden unterwerfen müssen. Aber die Kapitaleigner selbst gehorchen dem Diktat ihres Eigentums; sie vollstrecken, was das Kapital verlangt. So wird Ökonomie zum Schicksal.

### 7.4 Bildung und der Fetisch „technischer Fortschritt“

Was bedeutet dies nun für die Bildung?

Wir hatten schon gesehen, dass die Entfesselung der subjektiven und objektiven Produktivkräfte erst die Idee der Bildung als allgemeiner Menschenbildung ermöglicht. Erst jetzt kann der Mensch als Subjekt seiner Lebensverhältnisse, als Gestalter von Welt erscheinen.

Aber die Steigerung der Subjektivität, welche die Bildungsidee impliziert, schlägt sich als gesteigerte Macht nicht auf Seiten der Menschen nieder, sondern auf Seiten der Produktionsmittel, welche damit ihren instrumentellen, ihren „Mittel“-Charakter verlieren. Bildung selbst wird zur Steigerung der verdinglichten Subjektivität des Kapitals. Sie bringt die Macht hervor, die ihr dann – sie wiederum zur brauchbaren Ausbildung bestimmend – gegenübertritt. In der Herrschaft der Produktionsmittel über die lebendige Arbeit begegnet Bildung daher sich selbst wieder. Im technischen Fortschritt des Kapitals bewirkt sie ihr eigenes Schicksal.

So kann es kommen, dass nicht mehr die Bildung, sondern der von ihr bewirkte technische Fortschritt als treibende Kraft gesellschaftlicher Entwicklung erscheint; als eine Entwicklungsdynamik, welche sich eigengesetzlich aus sich selbst entfaltet und der die Bildung der Menschen unterworfen wird bzw. nachzufolgen hat. (Aktuell etwa in der Vorstellung, dass es in den Schulen nicht mehr darum zu gehen habe, die Potenziale der Heranwachsenden, sondern die Potenziale der Technik zu erschließen, Menschen also nicht mehr an ihre eigenen Möglichkeiten, sondern an die Möglichkeiten der Technik heranzuführen.)



## 8. Der Wert der Mündigkeit

### 8.1 Marx' These: Die Arbeitskraft ist eine Ware!

Die Politische Ökonomie der Bildung übernahm von Marx als eine der wichtigsten Einsichten die Bestimmung der Arbeitskraft als Ware. Dadurch dass Bildung und Ausbildung damit charakterisiert waren als *Produktion der Ware Arbeitskraft*, konnte von ihnen behauptet werden, dass sie in den Systemzusammenhang der kapitalistischen Ökonomie voll einbezogen waren und keineswegs mehr als „externe“ Praxisfelder gelten konnten, denen eigenen Sinnbestimmungen unterliegen. Folgt man Marx' Bestimmung der Arbeitskraft als Ware, kann alles, was sie bestimmt, und so natürlich auch ihre Bildung in Kategorien der politischen Ökonomie begriffen werden.

Die Ware Arbeitskraft weist demnach denselben „Doppelcharakter“ auf wie alle anderen Waren (Marx 1867, S. 56-61): Sie hat einen *Gebrauchswert* (ihre Qualifikation, ihr Können; jene Eigenschaften, um dererwillen ihr Anwender sie kauft), und sie hat einen bestimmten *Wert*, der sich in Geld ausdrückt (den Preis, den ihr Käufer bezahlt). Einen Gebrauchswert zu haben, und zwar einen Gebrauchswert für ihren potenziellen Käufer, ist die Bedingung dafür, dass die Arbeitskraft auch einen Wert hat, der sich im Austausch gegen Geld als Arbeitseinkommen, als *Lohn* realisieren lässt.

Wert ist, wie wir im vorhergehenden Kapitel gesehen haben, als ökonomische auch eine gesellschaftliche Qualität. Der Preis, den jemand für seine Arbeitskraft am Arbeitsmarkt erzielt, bringt zum Ausdruck, in welchem Maße sein Arbeitsvermögen unter kapitalistischen Bedingungen gesellschaftliche Anerkennung findet, nämlich erstens gebraucht und zweitens mit Bezug auf den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand zu seiner „Herstellung“ entgolten wird.

Wenn die Arbeitskraft eine Ware ist, dann muss sie vor allem einen Gebrauchswert für ihren potenziellen Käufer haben. Denn nur dann kann ihr Eigentümer durch ihren Verkauf ihren Wert realisieren (Einkommen beziehen), aus dem er sich reproduzieren kann.

Bildung erhält damit eine Doppelfunktion:

- Sie muss den *Gebrauchswert der Arbeitskraft für ihren Käufer* herstellen, d.h. diese so qualifizieren, dass ihre Anwendung dem beschäftigenden Unternehmen Gewinn verspricht.
- Und sie muss die *selbstständige Handlungsfähigkeit ihres Eigentümers am Markt* begründen, seine Fähigkeit, sich am Markt zu orientieren, für seine Qualifikation zu sorgen, Verträge abzuschließen.

In der ersten Funktion erscheint Bildung als ein Prozess der Zurichtung für fremde Zwecke; in der zweiten Funktion erscheint sie als Bildung zur Mündigkeit. Daraus entsteht der *Schein eines Gegensatzes von Ausbildung und Bildung*, der in vielen pädagogischen Schriften auch heute noch betont wird.

#### 8.1.1 Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft

Der Gebrauchswert einer Arbeitskraft ist im Kontext der technischen Struktur des Produktionsprozesses insgesamt zu bestimmen. Die Qualifikation ist keine unabhängige



Größe (wie es die an Wachstumstheorien orientierte Bildungsökonomie glaubte), sondern kann (wie die Industriosozologie gezeigt hat) nur im Zusammenhang mit den angewandten Methoden und Techniken der Produktion wirksam werden. Da es gerade das Spezifikum *kapitalistisch entfesselter Technik* ist, dass sie sich nunmehr *ohne Rücksicht auf die leibliche menschliche Natur* entwickeln kann, sich allein vom Produkt her definiert, Qualifikationen lebendiger Arbeitskräfte im Produktionsprozess aber immer gebunden sind an deren leibliche Existenz, *entzieht sich der technische Fortschritt einer Bestimmtheit durch die Qualifikationen produktiv arbeitender Menschen*. Diese werden vielmehr zur abgeleiteten Größe; nur was *noch nicht* maschinisiert ist, bleibt lebendigen Menschen überlassen. Doch wohnt der Entwicklung eine Tendenz inne, sich hiervon möglichst unabhängig zu machen. Jede einmal erworbene Qualifikation ist daher ebenso wie jeder einmal erreichte Stand der Technik permanent von Entwertung bedroht.

Was das bedeutet, kann man aus zwei Perspektiven betrachten: Um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, müssen die Menschen einer immer rascheren technischen Entwicklung *nachlaufen*. Das Prinzip des lebenslangen Lernens verdrängt die Aussicht, sich mit einem einmal erworbenen Können für längere Zeit Beschäftigung sichern zu können. Zugleich werden die Menschen von der technischen Entwicklung gleichsam *verfolgt*: Diese stellt ihren Qualifikationen nach, um sie in kostengünstigere maschinelle Verfahren umzusetzen. Und vor dieser Nachstellung sind die Menschen niemals sicher.

Zuverlässige Prognosen über die künftig nachgefragten Qualifikationen sind angesichts der Unvorhersagbarkeit ökonomischer und technischer Entwicklung im Kapitalismus nicht zu machen. Das hat die Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung einsehen müssen. Daraus ist das Konzept der „prozessunabhängigen“ oder „extrafunktionalen“ oder „Schlüssel-Qualifikationen“ entstanden, die sich nicht mehr an den Anforderungen konkreter Arbeitsplätze orientieren, sondern solche Fähigkeiten und solches Wissen beinhalten sollen, wie sie voraussichtlich in Zukunft an allen oder jedenfalls vielen Arbeitsplätzen gefordert sein werden, nämlich gerade auf eine *Bewältigung von Wandel und Veränderung* zielen.

Damit lösen sich die Qualifikationen von technischen Zuständen und werden auf einen dynamischen *Prozess* der technischen Entwicklung bezogen. Sie bleiben selbstverständlich funktional (auch wenn von „extrafunktionalen“ Qualifikationen die Rede ist) auf den kapitalistischen Verwertungsprozess bezogen; aber die Herstellung der Funktionalität der eigenen Arbeitskraft wird zur lebenslangen Daueraufgabe, die ein *aktives Engagement der Menschen für ihre Qualifikation* verlangt. Damit aber verschwimmen die Abgrenzungen zwischen Bildung und Ausbildung (Qualifikation). „Mündigkeit“ steht nicht im Gegensatz zur Funktionalität von Qualifikation, sondern wird selbst funktional.

### 8.1.2 Wert und Preis der Ware Arbeitskraft

Wie der Wert jeder Ware ist auch der Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt durch die zu ihrer Herstellung im gesellschaftlichen Durchschnitt nötige Arbeitszeit. Was bedeutet hier Herstellung? Und welche „Arbeit“ leistet diese Herstellung?

Nach Marx gehört dazu zum ersten das physische Aufwachsen eines Menschen; die dazu nötigen „Arbeiten“ sind die Tätigkeiten der Eltern bei der Pflege, Aufsicht und

Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern (Lebensmittel, Dach über dem Kopf, Kleidung usw.) sowie die Tätigkeiten, die in diesen Gütern stecken. Zur „Produktion“ der Ware Arbeitskraft gehören darüber hinaus die Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen Seitens der Eltern wie anderer pädagogischer Instanzen, einschließlich der in den Lernmitteln vergegenständlichten Arbeit. Schließlich kommt alles das hinzu, was zur permanenten Aufrechterhaltung der Arbeitskraft und zur Zukunftsvorsorge nötig ist: laufender Lebensunterhalt, Krankenversorgung, Weiterbildung, Versorgung im Alter.

Ein Teil dieser Aufwendungen liegt in der Kindheit, also in der Vergangenheit; ein Teil liegt im Alter, also in der Zukunft.

Der Wert einer Arbeitskraft zeigt sich – wie der Wert anderer Waren – erst bei ihrem Verkauf, also im Austausch gegen Geld als allgemeines Äquivalent. Das Geld, das einer für seine Arbeitskraft erhält, ist demnach der *Preis der Ware Arbeitskraft*. Wir nennen ihn *Lohn* (oder Gehalt, Honorar usw.).

Der Lohn hat also die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft abzudecken; ihre vergangenen ebenso wie ihre laufenden und – insofern die Produktionskosten der Arbeitskraft zugleich die Lebenskosten eines Menschen sind – die Vorsorge für Zeiten, in denen die Arbeitskraft nicht verkäuflich ist (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Alter). (Die vergangenen Produktionskosten werden durch einen Lohnanteil abgegolten, der das Aufziehen eigener Kinder ermöglicht.)

## 8.2 Ist die Arbeitskraft eine Ware (und sonst nichts)?

Es unterscheidet die bürgerliche Gesellschaft von vorausgehenden Gesellschaftsformen, dass die simple alltägliche Bestreitung des Lebensunterhalts Mündigkeit voraussetzt. Als erwachsene Mitglieder unserer Gesellschaft müssen wir selbst wissen, was wir hierfür zu tun haben. Niemand schreibt es uns vor. Und um einen Arbeitsvertrag abschließen zu können, müssen wir vertragsfähig und unseres Verstandes mächtig sein. Teilnahme an der öffentlichen Sphäre des Marktes verlangt das mündige Rechtssubjekt, das sich allein an seinen eigenen Interessen und an seinen eigenen Einsichten in die (Markt)Bedingungen ihrer Verwirklichung orientiert, eben – im ökonomischen Sinne – autonom und rational zu handeln vermag.

Mit diesen Überlegungen beziehen wir uns allerdings noch auf die Sphäre des Marktes. Haben entsprechende Aussagen auch Gültigkeit für die Ausübung der Arbeit selbst? Oder gilt, was Marx behauptete: Ist der Arbeitsvertrag einmal abgeschlossen und betreten wir die Stätte, an der unsere Arbeitskraft wirken soll, den betrieblichen Eigentums- und Herrschaftsbereich unseres Vertragspartners, verlieren wir unsere menschliche Würde, die Herrschaft über uns selbst und werden zum bloßen Mittel und Objekt der Unternehmung, gleichgestellt den anderen dinglichen Produktionsfaktoren, in die diese ihr Kapital umgesetzt hat? Ist der Arbeitsprozess nur „ein Prozeß zwischen Dingen, die der Kapitalist gekauft hat, zwischen ihm gehörigen Dingen“ (Marx 1867, 200)?

Ausübung von Arbeit ist Erfüllung eines Arbeitsvertrags. Marx' Kritik des Zwangscharakters des kapitalistischen Produktionsprozesses basierte nicht zuletzt auf der Annahme, dass es sich beim Arbeitsvertrag um einen Kaufvertrag handele. Die Arbeitskraft sei

demnach eine Handelsware wie jede andere, der Arbeitslohn die Preisform ihres Warenwerts und ihr betrieblicher Einsatz Konsum der erworbenen Ware.

Nach meiner Auffassung ist dies zwar ein Teil der Wahrheit, wird aber, was im Arbeitsprozess geschieht, insgesamt unverständlich, wenn wir ihn *nur* als einen „Prozeß zwischen Dingen“ ansehen und die Arbeitsleistung mit dem chemisch-biologischen Wirken eines „Gärungsstoffes“ im Weinfass auf eine Stufe stellen (Marx 1867, 200). Weil vielmehr der Arbeitsprozess, auch wenn er unter der Regie eines fremden Willens stattfindet, weiterhin ein Subjekt der Arbeit voraussetzt, kann auch der Abschluss eines Arbeitsvertrags nicht nur nach dem Muster des Warenhandels interpretiert werden.

Marx unterschlägt, was er selbst an anderer Stelle für den Arbeitsprozess im allgemeinen herausstellt: die *andauernde Beteiligung des Willens* zur Arbeit (MEW 23, 193), die gerade den fundamentalen Unterschied der lebendigen Arbeit zum bloßen Funktionieren einer Sache, zum Abruf einer in die Sache eingeschlossenen Funktion ausmacht. Der entschiedene Wille zur Anwendung der Arbeitskraft darf zwar bei ihrem Käufer vorausgesetzt werden, auf den die zeitweilige Verfügung über sie übergegangen ist. Doch so, als auf den Käufer zeitweilig vollständig übergegangener Wille zur Arbeit, vermöchte dieser die Arbeit einer nunmehr willenlosen Arbeitskraft keineswegs in Gang zu setzen. Die Motivation, aus der Arbeitskraft Profit zu schlagen, ist keine Arbeitsmotivation.

Indem der Arbeitswille unzulässig zur Funktion der Arbeitskraft, d.h. die *Arbeitssubjektivität* zur *Funktion eines Produktionsfaktors* erklärt wird (Marx setzt die Arbeit als Funktion der Ware Arbeitskraft an einer Stelle sogar den funktionalen Operationen einer Maschine gleich; MEW 23, 561), wird nämlich das Paradox übergangen, dass die technische und pädagogische Emanzipation von der Natur eine Leistung ist, die vollziehen zu können eben jene Naturmitgift ist, welche die menschliche Gattung auszeichnet und die sich entsprechend auch in der Wertproduktivität der Arbeit manifestiert, ohne jedoch gesellschaftliche Wertschätzung in der Weise erfahren zu können, wie sie den Waren als produzierten Werten zukommt; dass also die kapitalistische Wertökonomie in Vollstreckung des ihr immanenten Wertgesetzes ihre eigene Quelle missachten muss.

Die Arbeit „geschieht“ also nicht wie der Gärungsprozess im Weinfass geschieht. Sie wird *getan*; und dass sie getan wird, setzt nicht nur den Willen des Kapitalisten voraus, sein Kapital zu verwerten, sondern auch den des Arbeitenden, seine Arbeitskraft in Szene zu setzen. Ohne den Arbeitswillen hätte die Arbeitskraft keinen Gebrauchswert für ihren Käufer, wäre sie also unverkäuflich und somit ökonomisch wertlos, gleichgültig, wieviel in ihre „Herstellung“ investiert wurde. Der Arbeitswille lässt sich nicht produzieren.

Natürlich, der Nutzen, der aus ihrem Einsatz resultiert, ist bedingt durch die objektive Seite der Arbeitskraft: ihren körperlichen Zustand, ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten und daher auch durch ihre Qualifikation. Aber ob überhaupt ein Nutzen aus der Arbeitskraft zu ziehen ist, hängt ganz davon ab, dass es gelingt, den Arbeitenden in seiner Subjektivität in Anspruch zu nehmen. Der Gebrauch der „Ware Arbeitskraft“ ist daher unvergleichlich dem Gebrauch anderer Gebrauchswerte. Er ist nur möglich, wenn das Subjekt „mitspielt“, wenn es bereit ist, selbst seine Kräfte zu gebrauchen, zu aktivieren. Wer von der Arbeitskraft einen andern Gebrauch machen will, muss deren Subjektivität „auf seine Seite ziehen“ und für sich gewinnen.

Daraus folgt: Dieser Wille ist notwendig, aber *nicht käuflich*; jedenfalls nicht im Sinne des Äquivalententauschs. (Wenn wir von der Käuflichkeit eines Menschen sprechen, meinen wir dies im Sinne der Bestechlichkeit. Bestechung aber ist eine Weise der Motivation.) Gekauft werden kann der produzierte Anteil des Arbeitsvermögens, nicht aber dessen subjektive Grundlage. An dieser Stelle muss also etwas anderes einsetzen, als durch Kauf und Verkauf erfasst werden kann. Die verkaufte Arbeitskraft kann nicht von einem anderen benutzt werden. Der Verkäufer der Arbeitskraft kann deren Gebrauch nicht passiv über sich ergehen lassen. Er muss auf eine irgendeine Weise dafür gewonnen werden, die Subjektivität seines Arbeitsvermögens aktiv zu betätigen: er muss „motiviert“ werden.

Mit dem Abschluss des Arbeitsvertrags hat der Verkäufer der Arbeitskraft seine subjektive Willensäußerung beurkundet, im Dienste des Käufers seine Arbeitskraft zu nutzen. Wenn er hernach gezwungen ist zu arbeiten, so ist dies ein Zwang, den er sich selbst auferlegt hat. Die Frage ist natürlich, warum das Subjekt dazu bereit sein sollte (ob nämlich die Bereitschaft zu arbeiten immer hinreichend durch Bezahlung der Reproduktionskosten erwirkt wird). Die Frage nach der Motivation der Arbeitenden hat Marx sich nicht gestellt, da er davon ausging, dass der reine Selbsterhaltungstrieb als Begründung für die Arbeitsbereitschaft ausreichte.

Ich behaupte nun, dass Marx hier unzulässigerweise einen Grenzfall zur allgemeinen Bestimmungsgrundlage gemacht hat. Historisch ist dies mehr als verständlich, stellte dieser „Grenzfall“ zu Zeiten des frühindustriellen Kapitalismus doch sicherlich den Regelfall dar. Weltweit dürfte auch heute noch gelten, dass die meisten Menschen sich zur Arbeit gezwungen sehen aus reiner Not und für die meisten Arbeitsverhältnisse die Frage der Motivation keine nennenswerte Rolle spielt. In den Ländern, deren Kapitale den Weltmarkt beherrschen, hat sich die Situation aber in den letzten 100 Jahren dahingehend geändert, dass jener Grenzfall nicht mehr der Regelfall ist und die Marxschen Bestimmungen der Lohnarbeit und des Lohns als Entgelt des Werts der Ware Arbeitskraft nicht mehr hinreichend sind, das Verhältnis von Kapital und Arbeit in diesen Ländern und das subjektive Verhältnis der Arbeitenden zu ihrer Arbeit, damit auch den Auftrag der Bildung adäquat zu analysieren. Zwei Entwicklungen zumindest sind es, die hierfür ursächlich sind: Das Netz der sozialen Absicherung, das die Bereitschaft zum Arbeiten nicht mehr zu einer Frage des nackten Überlebens macht; und die Entwicklung der Arbeitsanforderungen, die zumindest für einen großen Teil der Arbeitsplätze ein „unbeteiligtes Geschehenlassen“ der Arbeit nicht mehr zulässt, sondern Initiative, Kreativität, Entscheidungsfähigkeit, aktive Flexibilität von den Arbeitenden verlangt, Qualitäten, die ohne subjektive Anteilnahme, ohne eine gewisse Identifikation mit der Arbeit undenkbar sind. Nicht nur am Markt sind Kapitalist und Arbeiter (Vertrags-)Partner, sondern auch in der Produktion.

### 8.3 Vom Wert der Mündigkeit

Die Ware Arbeitskraft ist eine Ware, welche die Fähigkeit hat, Waren zu produzieren; auch die Fähigkeit, die Ware Arbeitskraft bzw. sich selbst als Arbeitskraft zu produzieren.

Waren zu produzieren, heißt: Gebrauchswerte zu produzieren, die am Markt austauschbar sind, also ökonomische Werte sind.

Nach Marx besteht der Wert einer Ware darin, dass sie auf Arbeit (und sonst nichts) zurückzuführen ist. Was nicht aus Arbeit resultiert, mag Gebrauchswert haben, sogar lebensnotwendigen, unverzichtbaren Gebrauchswert; aber es hat keinen ökonomischen Wert. Daraus resultiert, dass Natur generell (ökonomisch) wertlos ist, obwohl ohne sie kein menschliches Leben möglich wäre. Der gesamte Prozess der fortschreitenden Rationalisierung der Produktion besteht in nichts anderem als in der schrittweisen Eliminierung all dessen aus der Produktion, was nicht Arbeit in ihrem abstraktesten Sinne ist. In diesem abstraktesten Sinne aber ist Arbeit nur eines: Änderung der Formen. (Zur letzten Konsequenz wäre dieser fortschreitende Rationalisierungsprozess dann gelangt, wenn die Produktion nur noch in Formtätigkeit bestünde und durch keinerlei materielle Gegebenheiten mehr bestimmt würde: als mathematische oder logische Operation.)

Die Ware Arbeitskraft bezieht ihren Gebrauchswert für das sie nutzende Kapital also nicht nur daraus, dass sie bestimmte Gebrauchswerte produzieren kann (das bleibt unverzichtbare Grundlage), sondern weitergehend und entscheidend daraus, dass sie sowohl wertproduktiv ist als auch jenen Abstraktionsprozess zu vollziehen vermag, welcher der Arbeit gegenüber der Natur eine wachsende Dominanz verleiht. Die *Fähigkeit zur Formalisierung* aller Lebensprozesse wird zur ausschlaggebenden und (gebrauchs-)wertvollsten Qualifikation.

So nötigt das Kapital die von ihr gebrauchte Arbeitskraft in eine *permanente Steigerung der Subjektivität* und zugleich in eine Entwertung all dessen – auch an ihr selbst! –, was an ihr nicht geschaffen ist.

Allerdings: Die zur bürgerlichen Partnerschaft erforderliche Mündigkeit ist selbst Ergebnis harter Arbeit sowohl des Einzelnen an sich als auch der Gesellschaft (bzw. ihrer damit beauftragten Agenten) an ihm: das Weg-Arbeiten seiner Naturhaftigkeit, die Hervorbringung eines Menschen, der sich aus der Hervorbringung, als Produkt seiner selbst, als Selbstschöpfung versteht, dessen Wert und Selbstwertgefühl aus diesem Produktsein und komplementären Produzentsein gebildet ist.

Das Verrückte daran ist, dass das Seiner-selbst-Herr-werden die Antwort auf einen Zwang ist, auf die gesellschaftlich produzierte Notwendigkeit kapitalistischer Lebensverhältnisse, Antwort auf die Enteignung der Natur, die dem „freien und ledigen“, nämlich eigentumslosen Menschen, der nichts hat als seine subjektive Arbeitskraft, widerfahren ist, dass also *in der Notwendigkeit der Bildung zur Mündigkeit die Ohnmacht des seiner Natur beraubten Menschen* zum Ausdruck kommt. Herrschaft, Herr-sein zeigt den Selbstverlust des Menschen an, soweit er Natur ist; und in der Abstraktion von der eigenen Natürlichkeit wird nur die Enteignung nachholend internalisiert, die historisch-gesellschaftlich vorausgegangen ist. Dem zur Arbeit bestimmten Menschen *muss Wert verliehen werden, weil er kein Wert mehr ist*. Zwar gehört er sich selbst und nicht mehr einem andern wie in vorangegangenen Epochen. Aber was ihm da gehört, ist an sich wertlos und muss erst durch Erziehungs- und Bildungsarbeit mit Wert versehen werden. Er ist – wie die Pädagogik in sicherem Gespür für den Kern ihrer nun anhebenden gesellschaftlichen

Aufgabe der Humanisierung des Menschen feststellt – *im Wesen ein Zu-Erziehender, Zu-Bildender*.

Erst die erworbene Mündigkeit des zum Kapitalpartner erzogenen und ausgebildeten Produktionsbürgers verleiht dem erwachsenen Gesellschaftsmitglied jenen Wert, der sich am Markt realisieren lässt. Ein Mensch wird zum Träger abstrakter Arbeitsleistungsfähigkeit im Sinne kapitalistischer Wertproduktivität, indem an ihm abstrakte Arbeit geleistet wird, von ihm selbst und/oder von anderen. Der Erwerb abstrakter Arbeitsleistungsfähigkeit ist selbst ein Abstraktionsprozess – die *Bildung zur bürgerlichen Mündigkeit*. Diese Mündigkeit ist eine höchst diffizile Verhaltensdisposition. Sie beinhaltet eine objektive und eine subjektive Seite.

Die Polarität von Objektsein und Subjektsein ist dabei ein Resultat der Bildung zur Mündigkeit, der Vollzug der widersprüchlichen Verhaltensanforderungen kapitalistischer Lebensverhältnisse an das bürgerliche Individuum, sich selbst, aus freien Stücken und aus eigenem Interesse, in Wahrnehmung seiner historisch erworbenen Bürgerfreiheiten zum Material und Mittel ökonomischer Verwertung zu machen, sich selbst erst qua Ausbildung gesellschaftlichen Wert zu verleihen und eben damit die eigene *ursprüngliche Wertlosigkeit* zu bestätigen.

Mit dem einzelnen Menschen wird verfahren wie mit der Natur und der tradierten Kultur insgesamt. Die ökonomische Wertkategorie setzt als Wert in Geltung, was Vergegenständlichung von Subjektivität ist, und zwar von reiner, aller Natürlichkeit und Tradition entledigter Subjektivität, was sich also auf nichts anderes zurückführen lässt als auf den abstrakten Willen zur Bemächtigung des Gegenüber. In dieser Weise erhebt der zur Mündigkeit herausgeforderte Bürger sich über die eigene Herkunft aus Natur und Tradition und setzt an sich durch, als was er – als inkorporiertes Kapitalsubjekt – sich will.

So bildet er die Fähigkeiten aus, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Und zugleich bildet er in sich selbst jene spezifische Subjektivität aus, die es ihm ermöglicht, von dieser seiner ausgebildeten Qualifikation im Zusammenhang und im Sinne des kapitalistischen Verwertungsprozesses selbstständigen und unangeleiteten Gebrauch zu machen, ohne sich dabei unfrei und unterdrückt zu fühlen. Die Bildung der bürgerlichen Mündigkeit vollzieht sich als Identifikation mit der im Kapital strukturell vorgebildeten reinen, omnipotenten und gewaltsamen Subjektivität „des modernen Menschen“.

Zum Wertbewusstsein dieses so gebildeten, mündigen Menschen gehört das Doppelte: den Wert der Dinge zu kennen; und zu wissen, dass Wert nur haben kann, was der subjektiven Produktionsmacht entspringt. Der mündige Bürger ist sich seines (Markt-) Wertes bewusst, den er durch die Anstrengung marktgerechter Qualifikation erworben hat; und er ist sich dessen bewusst, dass er selbst es ist, der sich diesen Wert verliehen hat. Er weiß, *dass er Wert hat und Quelle von Wert ist*. Und dass nichts an ihm Wert ist, was nicht seiner Selbstbemächtigung entspringt. Mündigkeit ist der seiner selbst bewusste Wille zur Produktion als „Wille zur Macht“ (Nietzsche);

„seinem innersten Wesen nach“ – wie Heidegger sagt – „ein perspektivisches Rechnen mit den Bedingungen seiner Möglichkeit, die er als solche selbst setzt. Der Wille zur Macht ist in sich Werte setzend. ... Der Wille zur Macht – und er allein – ist der Wille, der Werte will. Deshalb muß er zuletzt ausdrücklich jenes werden und bleiben, von wo alle Wertsetzung ausgeht und was alle Wertschätzung beherrscht: das ‚Prinzip der Wertsetzung‘“ (Heidegger 1941/42, 19),

in meiner Interpretation: der Leistungswille der „abstrakten Arbeit“.

„Im Rechnen mit Werten und im Schätzen nach Wertverhältnissen rechnet der Wille zur Macht mit sich selbst. Im Wertdenken besteht das Selbst-Bewußtsein des Willens zur Macht, wobei der Name ‚Bewußtsein‘ nicht mehr ein gleichgültiges ‚Vorstellen‘ bedeutet, sondern das machtende und ermächtigende Rechnen mit sich selbst. Das Wertdenken gehört wesentlich zum Selbstsein des Willens zur Macht, zu der Art, wie er subiectum (auf sich Gestelltes, allem Zugrundeliegendes) ist. Der Wille zur Macht enthüllt sich als die durch das Wertdenken ausgezeichnete Subjektivität.“ (Heidegger 1941/42, 19)

Im prozessierenden Wert, dem Kapital, ist diese sich in sich selbst zu gründen beanspruchende Subjektivität gesellschaftliche Struktur, in der abstrakten Leistungsbereitschaft und im Wert- wie Selbstwertbewusstsein des arbeitenden Menschen als dessen Mündigkeit psychisch inkorporiert.

Das Selbstbewusstsein des mündigen Subjekts ist sein Selbstbewusstsein als Machthaber. Das Insignium der Macht ist das *Geld*. Es zeigt an, dass Macht aus Macht resultiert, dass Macht, also die prinzipiell grenzenlose Verfügung über die Dinge, sich selbst generiert und steigert: Geld erlaubt den Zugriff auf die Dinge; im Preis der Dinge zeigt sich zugleich, dass nur das an ihnen, worin sie Resultat ihrer Zurichtung auf und durch den subjektiven Bemächtigungswillen sind, Wert ist; und als Kapital ist Geld die Quelle seiner Selbstvermehrung.

Indem der einzelne den Wert seiner Arbeitskraft auf dem Markt realisiert, wird ihm erstens bestätigt, wie weit ihm seine Selbstbemächtigung gelungen ist, er also Wert hat und Quelle von Wert ist, und zugleich damit zweitens das gesellschaftlich gültige Machtmittel an die Hand gegeben, über die auf die Bedürfnisse des bürgerlichen Subjekts zugerichteten Dinge zu verfügen. Im Erhalt des Lohns realisiert er sich als *Mitinhaber gesellschaftlicher Macht*.



## 9. Das absolute Subjekt

### 9.1 Abstrakte Arbeit

Die Marxsche Analyse der Ware führte zum Wert als der die Tauschbarkeit der Ware begründenden, aber im Gegensatz zum Gebrauchswert sinnlich nicht wahrnehmbaren oder erfahrbaren („unsichtbaren“) Eigenschaft.

Die Frage danach, was denn den *Wert als allen Waren gemeinsame Eigenschaft der Austauschbarkeit* ausmache, beantwortete Marx dahingehend, dass er das Produziertsein, die Herkunft aus menschlicher Arbeit als hierfür substanziell angab. (Negativ formuliert: Alle materiellen Gebrauchsgüter und Dienstleistungen, die es auf dieser Welt gibt und geben kann, enthalten auch einen Anteil, der von Natur stammt; aber diese ihre *Naturherkunft* ist es *nicht*, die ihre Austauschbarkeit und damit ihren – ökonomischen – Wert begründet.)

Wie die Ware, so weist auch die sie hervorbringende Arbeit einen Doppelcharakter auf: Sie ist einerseits gebrauchswertproduzierende Arbeit – Marx nennt sie insofern „konkrete Arbeit“. Sie ist andererseits wertproduzierende Arbeit – Marx nennt sie insofern „abstrakte Arbeit“.

*Abstrakt menschliche Arbeit* ist also nach Marx die *Substanz des Werts*. Aber wie ist das zu verstehen? Was kann man sich unter „abstrakter Arbeit“ vorstellen?

Die Antwort lautet: Nichts. Denn wie der Wert so ist auch die ihn hervorbringende Arbeit in keiner Weise sinnlich wahrnehmbar und entsprechend beschreibbar. Beschreiben lässt sich immer nur konkrete Arbeit. Die abstrakte Arbeit ist wie der Wert „unsichtbar“ und unvorstellbar. Woher also soll ich von ihr wissen?

Was wir sehen können, ist, dass Waren gegeneinander ausgetauscht werden. Der Warentausch ist das Charakteristikum einer sog. Marktwirtschaft. Es war die Frage, wie es kommt, dass Waren gegeneinander austauschbar sind, welche zum Wert führte. Und hier müssen wir wiederum ansetzen, wenn es um das Verständnis der abstrakten Arbeit geht: an der Austauschbarkeit.

Wenn eine Ware produziert wird, kann ich dies zum ersten unter dem Gesichtspunkt betrachten, dass damit ein Gebrauchswert produziert wird. Sinn und Zweck der gebrauchswertproduzierenden Arbeit (z.B. Buchdrucken, Kaffeerösten) ist also letztlich die Befriedigung eines menschlichen Bedürfnisses (Lesen, Kaffeetrinken) durch einen Gebrauchswert (Buch, Kaffeebohnen).

Zum zweiten aber kann (und muss) ich die Herstellung einer Ware unter dem Gesichtspunkt betrachten, dass der, der sie herstellt, an ihrem Gebrauchswert selbst gar kein Interesse hat: Der Buchdrucker tut dies nicht, weil er lesen, sondern weil er – beispielsweise – Kaffee trinken will. Das ist zunächst ja eine recht merkwürdige Motivation: Bücher zu drucken, um Kaffee trinken zu können (und/oder ein Dach über den Kopf zu kriegen, sich bekleiden zu können, sich zu bilden usw.). Schaut man jemandem bei der Kaffeerösterei zu, fragt ihn, warum er das tut, was er tut, und erhält dann die Antwort: Weil ich schon immer mal „Das Kapital“ von Karl Marx lesen wollte, so würde ein Beobachter und Fragesteller, der nicht in einer Marktwirtschaft sozialisiert wurde, ihn wohl



für ein bisschen verrückt halten. Aber genau diese „Verrücktheit“ ist die Motivationslage bei der Warenproduktion. Der Verleger, der Arbeitskräfte kauft, um sie Bücher drucken zu lassen, interessiert sich für deren Qualifikation zum Buchdrucken nur sekundär. Was ihn primär interessiert, ist, dass die gedruckten Bücher austauschbar sind. Und sind sie dies nicht, wird er nicht Bücher drucken, sondern seine Arbeitskräfte etwas anderes tun lassen, was zu austauschbaren Waren führt.

Dieses *eigenartig desinteressierte Interesse* an der konkreten Arbeit und der darauf bezogenen konkreten Qualifikation der Arbeitskräfte besteht in der Verrückung des Fokus von der konkreten zur abstrakten Arbeit. In den Blick rückt damit die *Austauschbarkeit der Arbeit* in dem mehrfachen Sinne,

- dass erstens die Produkte der Arbeit gegeneinander austauschbar sind,
- dass zweitens daher die *Arbeit selbst* im Interesse der Austauschbarkeit ihrer Produkte vom Warenproduzenten jederzeit gegen eine andere ausgetauscht wird, wenn die ursprünglichen Produkte nicht mehr austauschbar sind (das Unternehmen verlegt sich vom Buchdruck auf die Kaffeerösterei oder sonstwas),
- dass drittens in Folge dessen die *Arbeitskräfte* ausgetauscht werden (die Buchdrucker werden entlassen und Kaffeeröster werden eingestellt),
- dass viertens für die Arbeitskräfte selbst die Konsequenz naheliegt, sich nicht auf eine bestimmte Arbeit zu versteifen, sondern ihr Arbeitsvermögen *flexibel* zu halten, also jederzeit umzulernen.

Dies alles zusammengenommen macht aus, was bei Marx „abstrakte Arbeit“ heißt: ein untergründiges Hinwegsein über die je konkrete Arbeit.

Marx hat in der abstrakten Arbeit als Werts substanz den Sozialcharakter der Waren ausgemacht, also die Eigenschaft, durch die diese Dinge in sozialen Beziehungen zu anderen Dingen stehen, durch die diese Dinge als mit eigenem „Leben“ versehene Wesenheiten erscheinen, welche den Menschen ihre sozialen Beziehungen zueinander und ihr soziales Handeln diktieren. Über die Austauschbarkeit ihrer Produkte vermittelt werden auch *die Arbeiten in eine soziale Austauschbeziehung versetzt*, wird *jede Arbeit als austauschbar gegen andere Arbeit* gleichsam markiert. *Der soziale Charakter der Arbeit in wahrenproduzierenden Gesellschaften besteht in ihrer Abstraktheit.*

Nicht austauschbare Arbeit dagegen – welches immer ihre sonstigen Qualitäten sein mögen – ist nicht-sozialfähige oder sozial nicht integrierbare Arbeit. Praktisch bedeutet dies, dass Arbeitskraft, deren Produkte als nicht verkäuflich erscheinen, deshalb selbst nicht verkäuflich ist. (Bzw. dass Arbeitskräfte, deren Produkte sich im Nachhinein als unverkäuflich herausstellen, entlassen werden.) Diese Arbeitskraft hat keinen Wert (ist nicht austauschbar), weil sie den ökonomisch letztlich allein interessierenden Gebrauchswert nicht aufweist: Quelle von Wert zu sein, also austauschbare Produkte hervorzubringen. (Im kommenden Kapitel werden wir sehen, dass selbst dies nicht ausreicht; sie muss zudem auch Quelle von Mehrwert sein.)

Analog zur Marxschen Frage, was denn das die Austauschbarkeit der Waren begründende „gemeinsame Dritte“ sei, kann man nun die Frage stellen, was denn das die Austauschbarkeit der Arbeit(skraft) begründende *gemeinsame Dritte* ist. Dazu ist von allem, was die konkrete Arbeitsfähigkeit ausmacht: physische Merkmale, spezielle Begabungen,

inhaltliches Wissen, konkrete Fähigkeiten usw. abzusehen; denn darin unterscheiden sich die Arbeiten (und Arbeitskräfte) ja gerade; und in dieser Hinsicht sind sie daher gerade nicht austauschbar. Was dagegen nach Marx alle Arbeit in gleicher Weise charakterisiert, ist, dass sie die Formen der be- und verarbeiteten Dinge verändert, *formende* Tätigkeit ist. In der ihr aufgeprägten Form erweist sich die Ware als Produkt von abstrakter Arbeit; in all dem, was sie *materiell* ausmacht, dagegen erweist sie sich als nicht aus abstrakter Arbeit stammend. Der Wert der Waren resultiert demnach allein aus dem Formveränderungsprozess, dem die Arbeit das Material unterworfen hat; und aus dem Material selbst nur, soweit auch dieses bereits geformtes Material ist.

Allerdings ist auch diese Aussage noch missverständlich bzw. unzureichend, da ja z.B. auch die physische Gewalt, die auf ein Stück Metall ausgeübt wird, diesem Form aufprägt. Gewalt muss hier nämlich aufgewandt werden, insofern das Material der Formtätigkeit Widerstand entgegensetzt. Die materielle Gewalt ist Antwort auf Hemmungen der Formtätigkeit durch das Material. Ihr Aufwand ist daher noch gebunden an die jeweilige Materialität des Gegenstandes (etwa die Härte des Metalls) wie an die Materialität des Arbeitenden (seine Muskelkraft) bzw. der Arbeitsmittel, die er einsetzt (Masse eines Hammerkopfes und Anziehungskraft der Erde). Die benötigte Arbeit trägt sozusagen noch die Spuren von Materie und Natur und ist daher nicht beliebig austauschbar. Sie produziert nicht Form schlechthin, sondern geformtes Metall. Seiner Form nach ist dieses geformte Metall Produkt von Arbeit, seiner Materialität nach aber nicht.

Die aller Arbeit gemeinsame Qualität, formende Tätigkeit zu sein, lässt sich daher nicht mit der Herstellung bestimmter Formen identifizieren, sondern nur auf die Tatsache beziehen, dass die Form, in welcher bestimmten Weise auch immer, verändert wurde. Wert hat, was Form hat, die vom Menschen kommt.

Im Wert wird daher alles ausgeblendet, was nicht vom Menschen kommt. Wert reduziert das, dessen Wert es ist, auf eine alleinige (daher durch nichts bedingte, omnipotente) Hervorbringung des menschlichen Subjekts. Dieses selbst ist dabei notwendig abstrakt zu denken, da von dem an ihm, was materiell ist und dadurch auf Materielles wirkt, abzusehen ist. Ein *nicht-materielles* Subjekt ist ein zugleich durch die materielle, gegebene Welt nicht bedingtes, also *absolutes Subjekt*. Im Wert verschwindet daher die Materialität von Welt und Mensch und wird die Welt auf die Hervorbringung eines abstrakten absoluten Subjekts formaler Tätigkeit reduziert. Heidegger hat die darin liegende Tendenz zur Vergöttlichung des Menschen mit Nietzsche als „*Willen zur Macht*“ bezeichnet:

„Im Wertdenken besteht das Selbst-Bewußtsein des Willens zur Macht, wobei der Name ‚Bewußtsein‘ nicht mehr ein gleichgültiges ‚Vorstellen‘ bedeutet, sondern das machtende und ermächtigende Rechnen mit sich selbst. Das Wertdenken gehört wesentlich zum Selbstsein des Willens zur Macht, zu der Art, wie er subiectum (auf sich Gestelltes, allem Zugrundeliegendes) ist. Der Wille zur Macht enthüllt sich als die durch das Wertdenken ausgezeichnete Subjektivität.“ (Heidegger 1941/42, 19)

## 9.2 Abstrakte Arbeit und Bildung

Jede *konkrete Arbeit* verlangt nach einer *konkreten Qualifizierung*. Um Bücher zu drucken, muss jemand die Buchdruckerei gelernt haben. Wer sein Kapital in eine Buchdruckerei gesteckt hat, sucht auf dem Arbeitsmarkt nach ausgebildeten Buchdruckern. Hier

geht es um den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft hinsichtlich ihrer Fähigkeit, bestimmte Gebrauchswerte zu produzieren. Die Arbeit, welche die Ware Arbeitskraft zum Buchdrucken wiederum produziert, ist *konkrete Ausbildungstätigkeit*: die Ausbildung von Buchdruckern.

Die Austauschbarkeit der Arbeit des Buchdruckers bezieht sich soweit erstmal nur darauf, dass die produzierten Bücher am Markt absetzbar sein müssen. Dies wiederum hängt davon ab, ob und in welchem Umfang in einer Gesellschaft gelesen wird, wieweit die Menschen die Bücher, die sie lesen, auch selbst besitzen wollen; und davon, ob sich die Menschen den Kauf von Büchern leisten können und wollen. Solange dies der Fall ist, müssen sich weder die Buchdrucker noch die Eigner des in die Druckerei investierten Kapitals noch die Ausbilder von Buchdruckern Sorgen machen.

Solche stabilen Verhältnisse sind aber keineswegs selbstverständlich; und es scheint, dass sie immer weniger selbstverständlich, vielmehr immer unwahrscheinlicher werden:

- Vielleicht ändern sich die Lesegeohnheiten der Menschen, und Bücher werden schwerer absetzbar.
- Oder die Herstellung von Büchern bleibt technologisch hinter dem Fortschritt in anderen Branchen zurück, und so werden Bücher vergleichsweise zu teuer.
- Oder die Menschen verfügen über weniger Einkommen und sparen zuerst einmal an den Dingen, die nicht ganz so lebensnotwendig sind, z.B. an Büchern (die man ja auch ausleihen oder gebraucht kaufen kann).

All dies führt zu Veränderungen, aufgrund derer sich die Betroffenen Sorgen und Gedanken machen müssen.

Ein Teil der Kapitaleigner zieht sein Geld aus Druckereien ab und steckt es in die Produktion von eBooks oder elektronischem Papier. Dafür brauchen die neu gegründeten Unternehmen wieder speziell ausgebildete Arbeitskräfte; auf dem Arbeitsmarkt finden sie aber nur arbeitsuchende Buchdrucker. Dann hebt großes Wehklagen an über das Bildungswesen, das am Markt vorbei qualifiziert; und man wirbt z.B. auf dem Weltarbeitsmarkt passend qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Weltregionen an (Beispiel: Greencard-Initiative der Bundesregierung vor einigen Jahren).

Ein Teil der Buchdrucker ist damit konfrontiert, dass ihre Arbeitskraft nicht mehr austauschbar (verkäuflich) ist, weil Bücher in der bisher produzierten Zahl fortan nicht mehr austauschbar sind. Sie merken, dass sie ihre Arbeitskraft nicht so fest an eine bestimmte konkrete Arbeit binden dürfen. Sie dürfen sich nicht länger mit der Buchdruckerei identifizieren, wenn sie ihre Arbeitskraft austauschbar halten wollen. Daher müssen sie etwas können, was nicht mehr konkretes Können ist, sondern gerade die Abstraktion vom konkreten Können, den Wechsel zwischen unterschiedlichen konkreten Tätigkeiten leistet. Sie müssen fähig sein, den Horizont konkreter Ausbildung zu transzendieren; sie müssen um der Austauschbarkeit ihrer Arbeitskraft, also um ihres ökonomischen Werts willen jede Bindung ihrer Arbeitskraft an konkrete Arbeitsanforderungen auflösen, um sich auf jede mögliche, aber nicht vorweg absehbare konkrete Anforderung einstellen zu können. Die Arbeitskraft muss sich verallgemeinern, d.h. die Fähigkeit entwickeln, sich aus einer allgemeinen Arbeitsfähigkeit heraus je zu besondern. Eine solche Transzendierung von Ausbildung wird in der Pädagogik eigentlich mit dem Begriff der Bildung

belegt. Aber es handelt sich hier um eine spezifische Transzendierung je konkreter gesellschaftlicher Anforderungen: Diese müssen transzendiert werden, gerade um ihnen zu entsprechen! Die Lösung von konkreten gesellschaftlichen Anforderungen geschieht, um den allgemeinen (nämlich auf den übergreifenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozess bezogenen) Anforderungen zu genügen. Anzustreben ist *eine je konkrete Ausbildung generierende Bildung*.

Die Schwierigkeit für die Arbeitskraftverkäufer besteht darin, dass die Fähigkeit, ihre Arbeitskraft austauschbar zu halten, so keine am Arbeitsmarkt gesuchte Qualifikation ist. Dem Druck-Unternehmer liegt nicht daran, dass seine Buchdrucker auch eine andere konkrete Tätigkeit ausüben könnten, solange er das Druckgeschäft betreibt. Im Gegenteil: Je weniger flexibel die Buchdrucker sind, desto eher kann er bei einem Überangebot ihren Preis am Arbeitsmarkt drücken, da sie keine Alternativen haben. Und was aus ihnen wird, wenn er sein Geschäft aufgibt, ist ihm im Prinzip ebenfalls egal, jedenfalls solange und soweit er für ihren Unterhalt dann weiter nicht aufzukommen hat (was indirekt, über die Steuern, in gewissem Maße allerdings doch der Fall ist).

Etwas anders liegen die Dinge, wenn sinkende Nachfrage nach Büchern weniger mit der sinkenden Leselust der Menschen als damit zu tun hat, dass die Buchherstellung vergleichsweise aufwändig betrieben und Bücher daher relativ teuer sind, während andere Konsumgüter immer billiger werden. Dann gerät die Buchdruckbranche unter Druck, ihre *Produktionsverfahren zu rationalisieren*. Die Kapitaleigner werden ihr Kapital nicht abziehen, aber sie werden nach Arbeitskräften suchen, die in der Lage sind, effektivere Produktionsverfahren zu entwickeln und/oder anzuwenden. Und dies nicht nur punktuell zu einem gegebenen Zeitpunkt, sondern möglichst permanent, da der Kostendruck durch die Konkurrenz ja niemals nachlässt.

Damit wird *Flexibilität* direkt zur Arbeitsplatzanforderung, zur *Anforderung einer sich selbst permanent transzendierenden konkreten Arbeit*. Der Arbeitende muss einerseits leisten, was jeweils ganz konkret zu einem Zeitpunkt unter gerade gegebenen technischen und organisationalen Bedingungen nötig ist. Er muss andererseits davon innerlich Abstand nehmen, zur je gegebenen konkreten Arbeit kritische Distanz einnehmen können um des möglichen effektiveren künftigen Verfahrens willen, das er entweder selbst (mit) entwirft oder das er umzusetzen bzw. anzuwenden hat. Er muss sich daher auch zu seinem eigenen jeweiligen Können in einer prinzipiell kritischen Distanz halten, immer bereit, die ökonomisch sich vollziehende *Entwertung seiner Arbeitskraft* (also des plötzlichen oder auch schleichend sich vollziehenden Verlusts ihrer Austauschbarkeit) auch aktiv an sich zu vollstrecken wie zu kompensieren durch Umschulung, Weiterbildung u.dgl.

Die „absolute“ Position, die das Arbeitssubjekt im Horizont des Werts einnimmt, bedeutet für den einzelnen arbeitenden Menschen eine *Nötigung zur allgemeinen Bildung*, nicht als Alternative zur konkreten Ausbildung, sondern als Fähigkeit, die jeweils nötige konkrete Ausbildung selbst zu bestimmen, also als *Fähigkeit zur selbstbestimmten Ausbildung*. (Der heute gängige Ausdruck dafür ist das Lernen des Lernens.)

Die traditionelle Entgegensetzung von Ausbildung und Bildung wird damit unhaltbar. Die Unterwerfung unter die Anforderungen des konkreten Arbeitsplatzes im Rahmen ökonomisch ausgebeuteter (also wertproduktiver) Arbeit, mit der der Begriff

Ausbildung bisher ganz überwiegend verbunden wurde und wird, ist ökonomisch nicht mehr hinreichend funktional. Sie bleibt auf die Gebrauchswertperspektive, also auf die sichtbare Oberfläche der Warenproduktion eingeengt und genügt so nicht dem dynamischen Wesen kapitalistischer Entwicklung der Arbeit, das im Wirken des unsichtbaren Werts begründet ist, der zu jeder Gebrauchswerterscheinung der Waren und Arbeitskräfte eben jene kritische Distanz hält, die die allgemeine Bildung gegenüber der je konkreten Ausbildung auszeichnet. *Bildung ist die dem ökonomischen Werthorizont des Kapitalismus entsprechende Ausbildung.*

Wir sind damit an einen Punkt gekommen, an dem sich ein scharfer innerer Widerspruch zeigt, der für die Pädagogik von großer Bedeutung ist. Denn die Pädagoginnen und Pädagogen sind ja wesentlich an der „Produktion“ der Ware Arbeitskraft beteiligt. Ihre Aufgabe besteht darin, für die Austauschbarkeit der auszubildenden Arbeitskräfte zu sorgen, also ihnen Wert zu verleihen. Darin steckt, wie wir jetzt gesehen haben, ein Moment der Unterwerfung unter die „Bedürfnisse“ der Ökonomie; darin steckt aber auch ein Moment der Distanzierung vom Diktat der jeweiligen Arbeitsplatzanforderungen. Sie haben eine funktional verwertbare Tüchtigkeit und sie haben zugleich die Fähigkeit zur kritischen Distanz auszubilden. Sie haben das Subjekt sowohl als „Unterworfenen“ als auch als „Herrn“ seiner selbst und einer Verhältnisse zu bilden. Als „absolutes Subjekt“ steckt das Arbeitssubjekt in einer Haut, die es loszuwerden sucht; und als lebendiges physisches Wesen ergreift eine Macht von ihm Besitz und in ihm die Herrschaft, die sowohl seine eigene ist als auch von außen kommt. Dieser *Zerrissenheit des Arbeitssubjekts* unter kapitalistischen Verhältnissen müssen wir nun genauer auf die Spur kommen.

### 9.3 Das Kapital – der prozessierende Wert

Der Verkauf der Ware Arbeitskraft ist, soweit wir dies bisher betrachtet haben, daran gebunden, dass ihr Käufer sich von ihr die Herstellung austauschbarer Waren, also die Produktion von Wert verspricht. Diese Aussage müssen wir jetzt erweitern. Warum, wird sich zeigen, wenn wir diesen Tauschakt und was ihm folgt, näher betrachtet haben.

Nachdem wir die Wertformanalyse von Marx nachvollzogen haben, ist klar, dass heute nicht mehr Ware gegen irgendeine andere Ware, sondern Ware gegen die spezielle Ware Geld, das allgemeine Äquivalent getauscht wird. Als Formel geschrieben:  $W - G$ .

Wer seine Ware gegen Geld tauscht, tut dies allerdings, um danach für das Geld wiederum andere Waren bekommen zu können. Die Formel erweitert sich also:  $W - G - W'$  ( $W'$  ist eine andere Ware als  $W$ ).

Diese Grundformel gilt auch, wenn Arbeitskraft verkauft wird: Der Arbeitskraftverkäufer erhält Geld (Lohn), das er wiederum gegen die für die Reproduktion seiner Arbeitskraft nötigen Waren und Dienstleistungen tauscht.

Betrachten wir nun diesen Vorgang aus der Sicht des Kapitalisten. Der Kapitalist hat Geld, das er gegen Waren tauscht: gegen Arbeitskräfte und gegen Produktionsmittel (Maschinen, Rohstoffe usw.). Im Arbeitsprozess unter seiner Regie werden nun wiederum Waren hergestellt, die er anschließend verkauft. Die Formel sieht dann so aus:  $G - W (Ak + Pm) \dots W' - G$ .

Was fällt auf? Die Formel zeigt einen Prozess, in dessen Verlauf sich etwas wandelt, nämlich  $W (Ak + Pm)$  zu  $W'$ , am Ende aber dasselbe steht wie am Anfang. Jemand der Ware gegen Geld und diese wieder gegen Ware tauscht, hat am Ende auch wieder eine Ware, aber eine qualitativ andere Ware in der Hand als am Anfang. Und darum ging es ihm. Wer Geld gegen Ware tauscht und nachher wieder Geld dafür erhält, hat aber wieder Geld in der Hand, da es qualitativ anderes Geld nicht gibt. Demnach wäre das Ganze aus Sicht des Kapitalisten unsinnig.

Sinnvoll wird der Prozess erst, wenn am Ende doch „anderes Geld“ stünde, also  $G'$ . „Anderes“ Geld kann aber nur heißen: quantitativ unterschiedenes Geld, genauer: mehr Geld.

Wenn wir nun nicht Betrug oder dergleichen unterstellen, sondern, dass alles ökonomisch recht zugeht, also alle Waren zu ihren Werten getauscht werden (Äquivalententausch stattfindet), muss sich im Prozess, den die Formel beschreibt, irgendwo im qualitativen Veränderungsprozess von  $W$  zu  $W'$  zugleich ein quantitativer Wertzuwachs vollziehen. Das heißt: Im „Konsum“ der vom Kapitalisten gekauften Waren, im Arbeitsprozess, wird nicht nur (Waren-)Wert produziert, sondern – und das ist für den Kapitalisten entscheidend – *mehr Wert*, als die konsumierten Waren ( $Ak + Pm$ ) hatten. Nach Marx geschieht dies, indem in der Arbeit

- zum ersten *die Werte der verbrauchten Produktionsmittel anteilig auf die hergestellten Produkte übertragen* werden (der Wert der verbrauchten Druckerschwärze und der je nach Verschleiß anteilige Wert der Druckmaschinen gehen in die produzierten Bücher ein),
- zum zweiten *die Arbeitskräfte ihren eigenen Wert reproduzieren* (also einen Wert hervorbringen, der ihrem eigenen Wert entspricht),
- zum dritten *darüber hinaus die Arbeitskräfte zusätzlichen Wert produzieren* (also einen Wert hervorbringen, der ihren eigenen Wert übersteigt).

Als Formel dargestellt:  $w = c + v + m$ , wobei  $c$  = Wert der verbrauchten Produktionsmittel,  $v$  = Wert der Arbeitskräfte und  $m$  = Mehrwert.

Die allgemeine Kapitalformel heißt demnach:  $G - W - G'$ .  $W$  steht hier abgekürzt für den Prozess  $W (Ak + Pm) \dots W'$ , enthält also außer dem konkreten Arbeitsprozess, der zu bestimmten Gebrauchswerten wie Büchern führt, den Wertbildungsprozess als einen Wertvermehrungs- bzw. – in Marx' Terminologie – *Kapitalverwertungsprozess*.

Das Geld wiederum, das am Ende steht, bildet eine erweiterte Investitionssumme für eine weitere Runde des Verwertungsprozesses. Je weniger der Kapitalist für sich selbst entnimmt, um so mehr kann er re-investieren. Je mehr er investieren kann, umso besser kann er sich in der Konkurrenz gegen andere Unternehmen behaupten, weil er neue, bessere Maschinen anschaffen und/oder besser ausgebildete Arbeitskräfte einstellen kann. So entsteht eine fortlaufende *Verwertungsspirale*, in deren Verlauf immer mehr Wert angehäuft wird, also die Geldsummen, die für die Investition zur Verfügung stehen, immer weiter wachsen (Kapitalakkumulation).

*Geld, das ausgegeben wird, um ökonomisch verwertet zu werden, nennt Marx Kapital.* (Nicht alles Geld ist Kapital. Das Geld in unserer Tasche, mit dem wir unseren Lebensunterhalt bestreiten, ist Kaufmittel, aber kein Kapital.)



Damit ist also auch sehr genau bezeichnet, worum es in der kapitalistischen Ökonomie geht: um den *Mehrwert*. Geld wird ausgegeben, um mehr Geld zu werden. Die Herstellung von Gebrauchswerten untersteht diesem leitenden Zweck; und wenn dieser nicht erreichbar erscheint, werden auch die Gebrauchswerte – wie lebensnotwendig sie auch immer sein mögen – nicht produziert.

Für die Arbeitskräfte wiederum heißt dies, dass ihre Fähigkeiten nur benötigt werden, also nur austauschbar sind, also nur gesellschaftliche Anerkennung erfahren, sofern sie zur Verwertung des vorgeschossenen Kapitals beizutragen vermögen.

In allem Tun der arbeitenden Menschen wirkt daher permanent der leitende Zweck der Kapitalverwertung. Wie sie arbeiten, was sie tun, um die Austauschbarkeit ihrer Arbeitskraft zu erhalten – immer ist dies orientiert am Zweck der Kapitalverwertung.

Geld nimmt eine zentrale Stellung ein; aber die Verwertung ist keine Leistung des Geldes. Anders als manche Finanzfachleute uns glauben machen wollen, „arbeitet“ Geld nicht. Bzw. es „arbeitet“ erst, wenn es in Arbeitskräfte und Produktionsmittel umgesetzt wurde. Aber dann ist es kein Geld mehr. Wohl aber weiterhin Kapital! Wie das?

Kapital ist genau genommen auch nur vorübergehend das Geld, das ausgegeben wird. Wesentlich ist es der durch das Geld repräsentierte *Wert*, der sich im Austausch aufsplittet in Geld, das für Arbeitskräfte, und Geld, das für Produktionsmittel ausgegeben wird, dann seine Form verwandelt, indem er sich in die Waren Arbeitskraft und Produktionsmittel umsetzt, die anschließend miteinander den Arbeitsprozess als Verwertungsprozess durchlaufen, um sich im Wert der produzierten Waren wiederzufinden und schließlich wieder in Geld zu verwandeln. Demnach ist Kapital der verschiedene Erscheinungsformen durchlaufende Wert, der sich verwertet: Er erscheint als Geld, als Arbeitskraft, als Produktionsmittel, als produzierte Ware und wieder als Geld. Er ist, wie Marx sagt, „prozessierender Wert“, das eigentliche, heimliche, unsichtbare Subjekt des gesamten Prozesses. Als Formel:

$$G \begin{cases} G_1 = c - W_1 (Pm) \\ G_2 = v - W_2 (Ak) \end{cases} \dots\dots\dots W' \leftarrow G' = G + m$$

- G** = investiertes Geldkapital
- G<sub>1</sub>** = Ausgaben für sachliche Produktionsmittel (Pm) (c = konstantes Kapital)
- G<sub>2</sub>** = Ausgaben für Löhne (Arbeitskräfte: Ak) (v = variables Kapital)
- W<sub>1</sub>** = Sachkapital (Gebrauchswertform des konstanten Kapitals)
- W<sub>2</sub>** = Arbeitskräfte (Gebrauchswertform des variablen Kapitals)
- W'** = produzierte Waren (Warenkapital)
- G'** = Geldkapital aus Wert der produzierten Waren (incl. m = Mehrwert)

Hier finden wir nun auch die Erklärung für die Zerrissenheit des Arbeitssubjekts: Es ist einerseits ein lebendiges physisches Wesen; andererseits aber nur die Inkorporation des Kapitals. Der Arbeitswille ist eine Ausdrucksform des höheren Kapital„willens“,

des eigentlichen absoluten Subjekts, welches „Fleisch“ wird nur, um immer wieder seine fleischlichen bzw. materiellen Gestalten zu verlassen, nämlich in einen anderen Warenkörper einzukehren.

Auch die „Absolutheit“ (lat. *absolutus* = abgelöst, enthoben) des Arbeitssubjekts wird noch einmal besonders einsichtig, wenn wir es als Inkorporierung des Kapitalsubjekts begreifen: Das Kapital löst sich beständig von allen Formen, in denen es auftritt, haftet an keiner dieser Formen, durchläuft sie, solange sie leisten, was seinem immanenten Zweck entspricht, und lässt sie hinter sich, wenn sie ihre Aufgabe für das Kapital erfüllt haben.

Im vorhergehenden Abschnitt wurde die Transzendierung konkreter Ausbildung zu einer allgemeinen Bildung als die Aufgabe bezeichnet, welche bei der Herstellung der Ware Arbeitskraft zu leisten ist. Es war deutlich gemacht worden, dass diese Leistung letztlich von den zu Bildenden selbst zu erbringen ist. Die Pädagogik kann hierfür Voraussetzungen schaffen und Anstöße geben; sie kann diese Transzendierung begleiten und unterstützen; pädagogisch *machbar* ist sie *nicht*. Jetzt zeigt sich, wie im eigenen Willen der Arbeitskräfte, der dafür gewonnen werden muss, das Kapital als prozessierender Wert wirkt und dass somit die Entgegensetzung von Bildung als dem Kapital widersprechender Entwicklung und Ausbildung als dem Kapital unterworfenen Zurichtung in der Tat vollends unhaltbar ist.



## 10. Humanismus und Terror

### 10.1 Humanismus und Wert

Das Wort Humanismus verbinden wir meist mit einer *emphatischen Vorstellung von Menschlichkeit*, nämlich *Humanität*. Wir sprechen z.B. von humanitärer Hilfe und meinen damit, dass Menschen (wieder) zu einem menschenwürdigen Dasein verholfen wird, beispielsweise nach Naturkatastrophen. Menschen, denen es schlecht geht, soll es wieder besser gehen. *Gutes* tun, um die Lebensbedingungen von Menschen zu *verbessern*, das nennen wir Humanität.

Damit hat Humanismus jedoch nicht zwingend etwas zu tun. Zwar geht das Wort auf die gleiche lateinische Wortwurzel zurück (*homo* = Mensch; *humanus* = menschlich), doch intendiert der Bezug auf den Menschen nicht in der Weise eine normative Mitmenschlichkeit, wie dies im Wort Humanität impliziert ist.

Humanismus nannte man eine geistige Orientierung, welche sich im 15. Jahrhundert, von Italien ausgehend, in Europa ausbreitete und in Absetzung von christlichen Vorstellungen einer von Gott kommenden Schicksalhaftigkeit, ja Verworfenheit der menschlichen Existenz ein *durch Bildung erreichbares Ideal des Menschseins* zu entwerfen versuchte, das nicht nur durch Güte, sondern ebenso durch das Streben nach Wahrheit, Schönheit und Größe (und keineswegs durch Gehorsam gegenüber den religiösen und weltlichen Obrigkeiten) ausgezeichnet war. Kern dieser geistigen Richtung ist demnach ein *neu erwachendes Selbstbewusstsein des Menschen als einer aufgrund seiner Vernunftbegabung schöpferischen Kraft*.

Damit setzte eine Entwicklung ein, die schließlich mit der *Aufklärung* des 18. Jahrhunderts zum *modernen Subjektbegriff* führte: Nicht mehr Gott gilt als die letzte Instanz, auf die alles, was der Mensch ist und je sein kann und was er aus sich und der Welt machen kann, zurückzuführen ist, sondern der Mensch sieht diese schöpferische Kraft in sich selbst. Sie ist es, die sein Menschsein ausmacht.

Es sind also weniger Maßstäbe für Güte, die das humanistische Menschenbild charakterisieren, als vielmehr der Anspruch, dass diese *Maßstäbe* selbst *vom Menschen kommen*, dass er selbst es ist, der sie an sein Handeln anlegt und dass er von daher keiner anderen Instanz als sich selbst zur Rechenschaft verpflichtet ist.

Ob und was etwas in dieser Welt *Wert* hat, unterliegt nun der *Schätzung des Subjekts*. Das Subjekt wertet, heißt: Es misst den Dingen Wert zu. Das Wertsein der Dinge geht auf das wertende Subjekt zurück. In Wahrheit bedeute dies allerdings, so sagt Heidegger in seinem Brief „Über den Humanismus“, eine Entwertung der Dinge, da

„eben durch die Einschätzung von etwas als ‚Wert‘ das so Gewertete seiner Würde beraubt wird. Das besagt: durch die Einschätzung von etwas als Wert wird das Gewertete nur als Gegenstand für die Schätzung des Menschen zugelassen. Aber das, was etwas in seinem Sein ist, erschöpft sich nicht in seiner Gegenständlichkeit, vollends dann nicht, wenn die Gegenständlichkeit den Charakter des Wertes hat. Alles Wertes ist, auch wo es positiv wertet, eine Subjektivierung. Es läßt das Seiende nicht: sein, sondern das Wertes läßt das Seiende lediglich als Objekt seines Tuns – gelten.“ (Heidegger 1949, 39)

Heidegger sprach vom Wertschätzen; Marx von der Wertproduktion; Heidegger von subjektiven Werten, Marx vom objektiven ökonomischen Wert; Heidegger vom für-

Wert-Halten, Marx vom Wert-Sein. Heidegger sprach von einer geistigen Haltung, Marx von einer gesellschaftlichen Verfassung. Insofern sind die Aussagen beider nicht so ohne weiteres zur Deckung zu bringen. Und doch wird man behaupten dürfen, dass sie miteinander zusammenhängen. Denn *das nicht nur praktische, sondern auch geistige alltägliche Einverständnis mit den Wertverhältnissen der kapitalistischen Ökonomie* wird ganz sicher gestützt durch eine Übereinkunft von erfahrenen objektiven Lebensverhältnissen und subjektiver Interpretation dieser Verhältnisse. Die Menschen halten sich für die Quelle der Werte, weil die Ökonomie dies tagtäglich, in jedem Kauf- und Verkaufsakt behauptet: Wert hat, was vom Menschen kommt. Und eine solche Ökonomie konnte Akzeptanz finden und in ihren Prinzipien als dem Menschen gemäß erscheinen, weil das Selbstbewusstsein der Menschen als machtvoller, schöpferischer Subjekte diesen entsprach. Der Kapitalismus ist also alles andere als ein ökonomischer Naturalismus, das wäre: eine Ökonomie, die wesentlich auf den von der Natur bereitgestellten Schätzen und Gaben beruht; er ist ein *ökonomischer Humanismus*.

Damit wird schon deutlich, dass Humanismus – so verstanden – keineswegs mit Humanität zusammenfallen muss. Denn auch der Mensch, als Ware, ist nur noch Wert, soweit ihm Wert verliehen wird bzw. er sich selbst Wert verleiht.

## 10.2 Die Macht des Gutmachens

Wenn der Mensch die letzte Instanz ist, auf die alles zurückzuführen ist, was Wert ist; und wenn nur Wert hat, was auf den Menschen zurückzuführen ist, dann stellt sich die *Frage nach den Qualitäts- oder Sinnkriterien seines Schaffens*. Woran findet der Mensch den Maßstab für die Güte seines Handelns? Und wenn er selbst es ist, der beansprucht, diesen Maßstab zu setzen – womit begründet er dann sein Setzen?

Wir sehen an dieser Fragestellung, dass die Suche nach den Gründen für Handeln immer dazu führt, nach etwas zu fragen, das dem Menschen vorausliegt, das er nicht selbst geschaffen hat, an das er sich dennoch gebunden sieht. *Die Suche nach Gründen bezweifelt implizit den absoluten Subjektstatus des Menschen*. Umgekehrt: Auf der Basis einer Anerkennung dieses absoluten Subjektstatus ist die *Frage nach dem Sinn selbst sinnlos*. Bzw. die Antwort wird leer: Grund hat (Sinn ist), was vom Menschen kommt. Es gibt keine außer ihm liegenden Gründe. Was von ihm kommt, kommt deswegen von ihm, *weil er dazu die Macht hat*. Deshalb kann Heidegger sagen, dass im Werten sich letztlich der Wille zur Macht, das meint: der Wille, der sich will, manifestiere. Das ist die Freiheit des bindungslosen Menschen als absoluten Subjekts: maßlose Macht.

Differenzierungen kann es hierin nicht geben, da jede innere Differenz der Machtausübung ein Kriterium voraussetzte, anhand dessen zu unterscheiden wäre. Unterschiedslos jede menschliche Machtausübung ist vielmehr per se legitimiert; sie bringt per se das Gute hervor, weil das Gute eben dadurch definiert ist, dass es Manifestation der menschlichen Macht ist. Dies genau „sagt“ der ökonomische Wert, wie Marx ihn bestimmt; dies ist seine gesellschaftliche Bedeutung. *Abstrakte menschliche Arbeit ist unterschiedslose, gleich-gültige Ausübung der Produktionsmacht des Menschen gegen alles, was ihr entgegen-*

*steht*. Differenzieren kann sich die Macht nur quantitativ: Je mehr (Wert), desto besser! Vollkommen gut wäre die Welt erst, wenn mehr nicht geht.

Wertproduktion ist damit als ein maßstabsloses Gutmachen ausgewiesen. Und zugleich als ein Prozess der Unterwerfung unter die Macht des Subjekts; eines Subjekts, an dem selbst wieder nichts ist, was nicht von ihm selbst geschaffen wurde. Kein lebendiger Mensch ist ein solches Subjekt; und ebenso nicht die Menschheit. Allein das transzendente Kapitalsubjekt im Arbeitssubjekt, also der prozessierende Wert weist diesen Absolutheitscharakter auf. Es ist die *Wertseele* dieses absolute, gutmachende Subjekt, indem sie durch die unterschiedlichen Wertgestalten (Geld, Produktionsmittel, Arbeitskraft, Ware) wandert, um diese hinter sich zu lassen und erst wieder in sie einzukehren, wenn sie sich weiterentwickelt haben (zu mehr Geld, zu wirkungsvolleren Maschinen, zu widerstandsloserem Material, zu produktiveren Arbeitskräften, zu konkurrenzfähigeren Produkten), wenn sie also „besser“ geworden sind, sich „gebessert“ haben im Sinne *fortschreitend ungehemmter Machtentfaltung*.

Weil dieser Zusammenhang gegeben ist zwischen Humanismus und maßstabsloser Machtentfaltung kann der im Titel dieses Kapitels formulierte *Zusammenhang von Humanismus und Terror* behauptet werden.

### 10.3 Bindung und Wiedergutmachung

Gibt es dazu eine Alternative?

Wenn alles auf den Menschen und seine Produktionsmacht zurückgehen soll, dann muss zuvor alles, was dieser Macht nicht entspringt, aufgelöst werden. Wo Zusammenhänge gegeben sind, die von Natur oder von Gott kommen, müssen sie zerstört werden; wo Bindungen, Traditionen, vorgegebener Sinn die Freiheit des Subjektes einschränken, müssen sie destruiert werden, um *Raum* zu schaffen *für die konstruktive innovative Tätigkeit*. Als *befreiende Interventionen* in den unabhängigen Gang der Dinge gehen Analyse (Auflösung) und Kritik (Scheidung) der Konstruktion voraus.

In der Leere, die nach der Auflösung des Bestehenden entsteht, gibt es zwei Möglichkeiten:

An die Stelle der alten Welt wird Neues gesetzt, das allein dadurch gut ist, dass es vollständig auf die konstruktive Kraft des Subjektes zurückzuführen ist. (Moralische Maßstäbe, die in irgendeiner Weise auf eine dem Subjekt vorausgesetzte oder entzogene Welt Bezug nehmen, haben selbstverständlich keine Gültigkeit.) Dieses Prinzip ist im Verwertungsprinzip der kapitalistischen Ökonomie enthalten. Eine auf diesem Prinzip basierende Ökonomie ist aus ihr selbst heraus maßstabslos; terroristisch gegen alles Bestehende.

Und doch bedarf die terroristische maßstabslose Prozedur des Kapitals noch einer *Verankerung in der Welt, von der sie sich qua Wertprinzip zu verabschieden trachtet*. Der von Marx analysierte Doppelcharakter der Ware besagt ja: Der Wert wird den Gebrauchswert nicht los; das ökonomische Gut(e) behält trotz allem seine Bindungen an die Bedürfnisse lebendiger Menschen.

Das heißt – und dies ist die *zweite Möglichkeit*: Aus der alten Welt wird bewahrenswert Gutes in die Neue Welt hinübergenommen. Dazu gehört erstens, dass die Kritik selbst

von dieser alten Welt ausgegangen, also in ihrem Schoße ermöglicht wurde. Dazu gehört zweitens, dass die konstruktive Produktivkraft sich zwar durch die Kritik Raum schafft, nicht aber in ihrer Motivation und ihrer Antriebskraft selbst hervorbringt. Die zersetzende wie konstruktive Innovationskraft des Menschen steht sozusagen in der Schuld dessen an der alten Ordnung, dem sie sich verdankt. Sie *schuldet der alten Ordnung, dass sie dies ermöglichend Gute wiederschafft, dass sie es re-konstruktiv restituiert.*

Alle auf konkrete Lebenszusammenhänge bezogenen Überlegungen und Konzepte zu neuen Ordnungen sind in diesem Sinne *wiedergutmachend*; sie knüpfen an, entwickeln weiter. Man könnte von einer *zurückhaltenden Produktivkraft* sprechen; einer Produktivkraft, die *sich selbst hemmt* (da sie von nichts anderem mehr gehemmt zu werden beansprucht) und *sich selbst Bindung auferlegt* (nachdem sie alle Bindungen gesprengt hat).

Es ist das „Alte“ am Menschen selbst: seine Herkunft aus Natur, das einerseits der Kritik unterworfen wird und wovon er sich zu emanzipieren trachtet, das andererseits ihm die Mitgift des kritischen Denkens mitgegeben hat, das ihn zur Kritik am Bestehenden motiviert, insofern das intendierte und projizierte Bessere sich doch an seinen Bedürfnissen als eines leiblichen Wesens orientiert, also *vom Gebrauchswert nicht lassen kann, von dem das Wertprinzip hinwegtreibt.*

## 11. Technischer Utopismus

### 11.1 Die Arbeitskraft: variables Kapital

Wir sprechen, wenn wir die Sprache der kapitalistischen Ökonomie sprechen, in einer Weise vom Menschen, die uns widerstrebt. In dieser Sprache ist er Ware, Gebrauchswert, hat er einen Preis; ist er gar selbst Kapital. In dieser Sprache erscheint er als ein Ding wie alle anderen Waren; scheint er entmenschlicht.

Und doch enthält auch die Sprache der Ökonomie Hinweise darauf, dass er wenn schon Ware so doch keine wie alle anderen ist; und wenn Kapital, dann Kapital besonderer Art. Marx sprach noch nicht vom Humankapital, von dem die heutige Ökonomie spricht. Er gebraucht die Formulierung „variables Kapital“ und unterschied dieses vom Sachkapital als „konstantem Kapital“.

Worin unterscheidet sich das *variable Kapital* vom konstanten Kapital?

Als eine Geldsumme, die in die Produktion investiert wird, die zum Kauf von Produktionsfaktoren ausgegeben wird, sind variables und konstantes Kapital qualitativ identisch. Es kann mehr oder weniger für diese Produktionsfaktoren ausgegeben werden; aber das ändert nichts an der *identischen Qualität* dieser Investitionssummen *als Geldkapital*.

Die *Differenz* kann sich also nur auf die *Waren* beziehen, die dafür gekauft werden. Soweit diese Waren Werte sind (und insofern sind sie gegen Geld austauschbar), trifft aber wiederum dasselbe zu: Es gibt zwischen ihnen keinen qualitativen Unterschied. Als Werte sind Ware Arbeitskraft und Ware Produktionsmittel einander gleich. Als Werte sind sie auch dem Kapital gleich, sozusagen „Fleisch von seinem Fleische“. Es bleiben nur die *Gebrauchswerte*, durch die sich diese Waren unterscheiden.

Worin besteht nun genau dieser Unterschied?

Es geht Marx darum, durch sie den *allein wertbildenden Charakter der Arbeitskraft* herauszustellen. Allein die Arbeitskraft ist Quelle der Werts substanz, der abstrakten Arbeit. Maschinen und andere gegenständliche, sachliche Produktionsmittel produzieren keinen Wert. Ihr Wert wird lediglich anteilig übertragen auf das Produkt, zu dessen Herstellung sie gedient haben. Dadurch entsteht aber kein neuer Wert. Und vor allem: So entsteht kein Mehrwert. Mehrwert kann das Kapital nur produzieren, indem es Arbeitskraft einsetzt.

Dies also ist der *Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft für das Kapital*: dass sie Wert und Mehrwert produziert, dass sie wert- und mehrwertproduktiv ist. Diese Potenz, die Produktivkraft der Arbeit, liegt nicht in ihrem Wertsein begründet; denn gerade darin unterscheidet die Arbeitskraft sich ja nicht von den Produktionsmitteln. Sie liegt damit auch nicht in dem begründet, worin die Arbeitskraft dem Kapital wesensgleich ist. Vielmehr ist es gerade das an ihr, wodurch sie *immer different* bleibt *zum Wert und zum Kapital*, was ihre wertproduktive Potenz ausmacht: ihre Herkunft aus etwas anderen als dem kapitalistischen Reproduktionsprozess; ihre *Herkunft aus der Natur des Menschen*. Im Gegensatz zu dem Schein, den der kapitalistische Reproduktionsprozess ständig erzeugt und der durch die sichtbare Entwicklung der übermächtig werdenden technischen Produktivkräfte auch immer mehr bestätigt zu werden scheint, ist das Kapital somit auf

eine externe Quelle verwiesen, aus der es sich im Prozess seiner Verwertung speist. Die Metamorphosen, die der Wert in seinem Verwertungsprozess durchläuft, verändern zwar seine erscheinende Gestalt. Doch bleibt die *Erzeugung des Werts etwas anderes als bloße Formverwandlung des Werts*.

Das Kapital „lebt“ also durch die Arbeitskraft und damit davon, dass es in dieser Welt eine andere, eine wirkliche Schöpfungs-Kraft gibt, derer es sich bemächtigt und ohne die sein Prozess zum Stillstand käme. Darin liegt die *potenzielle Macht der Arbeitskraft*, aufgrund derer Marx die Arbeiterklasse zum „*revolutionären Subjekt*“ erklären konnte. Dies ist bei Marx nämlich keine Kennzeichnung einer subjektiven Haltung und Entschlossenheit (wonach ein revolutionäres Subjekt ein zur Revolution entschlossenes Subjekt wäre), sondern eine *objektive Bestimmung von potenzieller Macht*. Ein Bewusstsein von dieser Macht ist durchaus auch vorhanden; denn jeder Streik spricht ja genau diese Drohung aus: Wer das Kapital produziert, kann auch jederzeit damit aufhören. Dies Aufhörenkönnen aber weist noch keine positive Alternative auf. Solange keine überzeugende Systemalternative zur kapitalistischen Ökonomie in Sicht ist, bleiben die Arbeitskräfte davon abhängig, vom Kapital gebraucht und gekauft zu werden. Die daraus resultierende Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander am Arbeitsmarkt schwächt und lähmt ihre Macht und verwandelt sie in Ohnmacht.

Das Subjekt der Arbeit wird zum *vom Kapital „besessenen“ Produktionssubjekt*. Arbeit wird zu einer vom Abstraktionspostulat des Werts beherrschten Tätigkeit. Sie stellt nicht nur profitabel absetzbare Waren her, sondern produziert, indem sie als Verwertungsprozess Kapital produziert, auch ihre eigenen Produktionsbedingungen mit. Nicht zuletzt arbeitet sie an sich selbst: Ihre Anverwandlung an das Kapital ist ernötigte Abstraktionsarbeit an ihr selbst. Sie selbst „subsumiert“ sich unter das Kapital.

## 11.2 Subsumtion der Arbeit unter das Kapital

Damit habe ich eine Formulierung aufgegriffen, die Marx für die Veränderung der Arbeit unter den Bedingungen kapitalistischer Ökonomie geprägt hat: die „Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“.

Marx unterschied zwei Formen dieser Subsumtion: die „formelle“ und die „reelle“ Subsumtion.

Die „*formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital*“ bedeutet nach Marx, dass die Arbeit so, wie sie sich unter vormodernen und vorindustriellen Gesellschaftsverhältnissen entwickelt hatte, unter die Regie des Kapitals gebracht wurde. Diese Unterordnung veränderte aber noch nicht den Charakter der Arbeit, sondern nur den Zusammenhang, in dem sie geleistet wurde. Bei einer nur formellen Subsumtion gerät die Profitrationalität des Kapitals beständig in Konflikt mit vorbürgerlichen und – aus Sicht eines am Produkt orientierten Prozesses – „redundanten“ Elementen der Arbeit. Die arbeitenden Menschen brachten zum Beispiel lange nicht jene Arbeitseinstellung mit, die eine kapitalistische Produktionsweise verlangt: Sie kamen unpünktlich und unzuverlässig zur Arbeit; sie machten zu viele Pausen; sie verließen die Arbeit, wenn es ihnen „reichte“; sie arbeiteten in dem Tempo, das ihnen zuträglich erschien; sie machten „blau“, wenn das Verdiente ih-

nen fürs erste genügte; sie gingen während der Arbeitszeit anderen Beschäftigungen nach usw. Die heutige *Arbeitsdisziplin* war den Menschen des frühen 19. Jahrhunderts fremd; und es dauerte Jahrzehnte, bis die Sozialisation unter kapitalistischen Verhältnissen jenes *Leistungsdenken* in den Menschen verankerte, welches den heutigen Zeitgenossen in den Industrienationen so selbstverständlich erscheint.

Auch nach ihrer technischen Seite hin war die Arbeit zunächst noch vollständig von vorbürgerlichen Verhältnissen geprägt: Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion war die *handwerkliche* Arbeit. Alle technischen Veränderungen setzten hier zunächst an. Insofern blieb die Produktion in dieser Zeit noch *an die Möglichkeiten der leiblichen Natur der Menschen gebunden*.

„Reelle“ *Subsumtion der Arbeit unter das Kapital* bedeutete nun den Übergang zur Produktion im eigentlichen, modernen Sinne: Optimierung der Produktion unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Produkterstellung; d.h. jetzt erst *wirklich technische Betrachtung der Produktion*, Abstraktion vom arbeitenden Menschen, Lösung aus den Rücksichten auf die begrenzten Möglichkeiten der leiblichen menschlichen Natur; Verwissenschaftlichung der Produktion, sukzessive Vertreibung der Menschen aus der Produktion, soweit ihre leibliche Gegenwart Teil des Prozesses ist; Heraustreten des Menschen aus dem Prozess selbst in eine Meta-Position zur materiellen Produktion: Überwachung und Steuerung; Beobachtung, Erforschung und Reflexion; Modellierung, Weiterentwicklung und Erfindung.

### 11.3 Virtualisierung der Arbeit

In Folge dieser Entwicklung ist es immer weniger möglich, in Hinsicht der materiellen Produktion noch von Arbeit zu sprechen. Die Produktion wird immer mehr *maschineller Prozess*, für den die Leiblichkeit menschlicher Arbeitskräfte nicht nur immer weniger benötigt wird, sondern auch zunehmend als potenzielle Störquelle ausgeschaltet wird.

Damit werden die Menschen und ihre Arbeit jedoch keineswegs überflüssig. Ökonomisch nicht, weil nur ihre Arbeit Wert und Mehrwert produzieren kann. Technisch nicht, weil und solange die Produktion nicht vollautomatisch und vollständig selbstreproduktiv abläuft. Ihr Verortung zum Produktionsprozess allerdings ändert sich.

Technischer Fortschritt bzw. Rationalisierung stehen im Kapitalismus nicht zuletzt unter dem Diktat der *Optimierung*. Optimierung heißt, dass der Produktionsprozess vollständig von der zu produzierenden Form definiert wird. Er darf nichts enthalten, was nicht zwingend notwendig ist für dessen Herstellung. Hierzu gehören zwei Typen von Operationen: die gedankliche Operation der *Modellierung von Realität (Formalisierung)*; und die technische Operation der *Realisierung des Modells (Maschinisierung)*.

Waren dies zunächst noch voneinander getrennte und aufeinander folgende Tätigkeiten, so ist mit dem Vordringen der Informationstechnologie eine Verschmelzung festzustellen: Die Modellierung erscheint als *Programmierung*; und die Programmierung als *Konstruktion einer (virtuellen) Maschine*. Das Modell ist nicht mehr nur ein gedankliches Konstrukt, das anschließend noch in Wirklichkeit übersetzt werden muss, sondern – als Steuerungsprogramm für reale Maschinerie – eine *maschinell ausführbare Prozessvorschrift*.



Man spricht daher von Steuerungsprogrammen als virtuellen Maschinen. Virtuell kommt von lat. *virtus*; und das heißt soviel wie Kraft zu ..., Fähigkeit zu ..., Tüchtigkeit zu ... *Virtus* ist sozusagen die Übergangsstelle zwischen dem bloß abstrakt Möglichen und dem aktuell Wirklichen; eine noch innegehaltene Potenz, die sich jederzeit aktualisieren kann.

Die Verortung der Arbeitskräfte zum Produktionsprozess ändert sich demnach dahingehend, dass sie nun immer häufiger nicht mehr an den realen Maschinen arbeiten, sondern „an“ den virtuellen Maschinen; dass sie nicht im realen Produktionsraum agieren, sondern im virtuellen. Ihre Arbeit wird „*Informationsarbeit*“, wie der Darmstädter Soziologe R. Schmiede sie nennt.

Informationsarbeit ist nach Schmiedes Auffassung „*entqualifizierte Arbeit*. Um ein naheliegendes Miss-verstehen dieser Formulierung zu vermeiden, betont er ausdrücklich, daß Entqualifizierung keineswegs gleichbedeutend sei mit Dequalifizierung in dem Sinne, dass sie niedrigere Qualifikationsanforderungen zur Folge habe. Im Gegenteil: „Derzeit scheint die Entwicklung dazu zu tendieren, daß gerade die am meisten entqualifizierten Tätigkeiten, nämlich der Umgang mit Informations- und Entscheidungsproblemen auf einem hohen Abstraktionsniveau (etwa in der Systemprogrammierung), sehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte erfordern, die den denkerischen Vollzug der Algorithmisierung nur in einem längeren Qualifizierungsprozeß erlernen konnten.“ (Schmiede 1996, 45)

Entqualifizierung bezieht sich negativ auf die Ausblendung der materiellen und daher nicht formalisierbaren Elemente der Arbeitstätigkeit (und ihres Umfeldes); und positiv auf die Angleichung vormals sehr unterschiedlicher Tätigkeiten im neuen Typus der Informationsarbeit: „Der Verlust dieser unterschiedlichen Qualitäten in dem Maße, in dem die verschiedenen Tätigkeiten alle nur noch vermittelt durch Informationsarbeit stattfinden, wird durch den Begriff der Entqualifizierung bezeichnet. Mittlerweile wird schon in der konkreten Gestaltung der Arbeit die Angleichung der verschiedensten Tätigkeiten durch die gemeinsame Verrichtung des Umgangs mit Symbolen und Programmen am Bildschirm anschaulich.“ (Schmiede 1996, 45)

Entqualifizierung ist also Ausdruck für einen *Vereinheitlichungsprozess*, in dem der gesellschaftliche (formale) Charakter der Arbeit sich durchsetzt gegenüber ihren natürlichen (materiellen) Anteilen. Insofern ist sie auch Ausdruck für zunehmende *Abstraktifizierung* der Arbeit: deren *Verlagerung in eine Welt der Symbole und Funktionen*; für ihre Umformung in eine *Abarbeitung von Algorithmen*, für die Angleichung lebendiger Arbeit an die „Tätigkeit“ eines Prozessors, an maschinelle Symbolverarbeitung.

Der prozessierende Wert, das Kapital, unterwirft so die konkrete Arbeit seiner Logik. In dieser Unterwerfung liegt ein *gewaltsamer Identifizierungsanspruch*: die Arbeit soll sich vollständig in Bewegung der Wertform aufheben. Dass dies möglich sei, ist die Voraussetzung: die Identifizierbarkeit der Arbeit mit dem Kapital, d.h. die *Aufhebung der Differenz und damit auch des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit* (womit hier nicht seine sozialpolitischen Erscheinungsformen gemeint sind). Dies würde die vollständige Emanzipation des Werts von allem bedeuten, was nicht aus entqualifizierter Arbeit (reiner Formtätigkeit) stammte. Es würde das Kapital gänzlich unabhängig machen von den Bedingungen der realen Welt, die es vorfindet. Es wäre *die Himmelfahrt des Kapitals* –



*technischer Utopismus*, eine Technik, die keinen Ort mehr hätte, weil sie keinen Ort mehr bräuchte.

Es besteht kein Zweifel, dass diese Abstraktifizierung der Arbeit Ausdruck und Folge der fortschreitenden Unterwerfung der konkreten Arbeit unter die Logik der abstrakten Arbeit ist. Nichtsdestoweniger bleibt das, was dabei entsteht, konkrete (wenn auch zunehmend ent-qualifizierte) Arbeit: Objektiv, insofern die Informationsarbeit sich (als Steuerungs- und Kontrollprozess) zwar vermittelnd zwischen den Arbeitenden und den Arbeitsprozess schiebt, diesen aber nicht ersetzt (letztlich muss das Modell des Kraftfahrzeugs, das im Informationsraum konstruiert wurde und Gestalt annahm, doch auch gebaut werden). Subjektiv, insofern die Arbeitenden auch dann, wenn sie gedanklich vollständig in den Informationsraum eingetaucht und ihre reale Umgebung vollständig vergessen haben sollten, doch als leibliche Wesen hustend und schwitzend, gebeugten Rückens, tränenden Auges und mit knurrendem Magen, ermüdet und genervt am Terminal sitzen. Die Informationsarbeit wirft eben u.a. auch ganz konkrete ergonomische Probleme auf, die gelöst werden müssen, wenn sie stattfinden und funktionieren soll.

Warum ist es so wichtig, diese *unüberwindbare kategoriale Differenz von konkreter und abstrakter Arbeit* und das heißt auch von Arbeit und Kapital zu betonen? Aus meiner Sicht sind zumindest *zwei Gründe* zu benennen, von denen der erste die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der zweite und pädagogisch besonders relevante die Gestaltung der Bildungsprozesse betrifft. *Erstens* ist es wichtig, die Unaufhebbarkeit der Differenz von abstrakter und konkreter Arbeit zu betonen, weil ihre Ignorierung der realen Leugnung, die das Kapital selbst prozessiert, zustimmen würde. Damit würde ungewollt der Voraussetzung zugestimmt, dass die Aufhebung dieser Differenz im Fortgang der technischen Entwicklung machbar, womöglich gar unaufhaltsam sei, und die Möglichkeit eingebüßt, gegen die notwendig zerstörerische Gewalttätigkeit, mit der der Abstraktifizierungsprozess gegen den Widerstand der konkreten Arbeit und d.h. gegen die menschliche Leibnatur und ihre Bedürfnisse durchgesetzt werden muss, anders als nur moralisch-appellativ Einspruch zu erheben.

*Zweitens* hat die Stellung zu dieser Frage weitreichende *Konsequenzen für die Bildung*. Machen wir die Unterstellung mit, die in der Logik des Kapitals liegt: daß dieses nämlich sich allein aus sich selbst reproduziere und vermehre, daß es auf keine externen Quellen seines Wertzuwachses verwiesen sei, dann wird auch die produktive Funktion der Arbeit, also ihre Fähigkeit, Neues hervorzubringen, statt nur zu funktionieren, gezeugnet. Damit aber würde ausgerechnet jene Quelle gezeugnet, aus der der technische Fortschritt und darin die fortschreitende Rationalisierung der Arbeit sich speist: die Abstraktionsfähigkeit selbst, welche wohl gebildet, niemals aber technisch konstruiert werden kann. *Nur die konkrete Arbeit kann abstrahieren, weil nur sie, als Tätigkeit lebendiger leiblicher Wesen, „beiden Welten“ zugehört und den Übergang von der einen in die andere zu bewerkstelligen vermag.*

## 12. Das Reich der Bildung

### 12.1 Profitrate und Mehrwertrate

Wir haben gesehen: Der „Sinn“ der kapitalistischen Ökonomie ist die Produktion von Mehrwert. Dabei ist selbstverständlich nicht nur die absolute Höhe des Mehrwerts von Interesse, sondern seine Höhe in Relation zum eingesetzten Kapital, also die „*Profitrate*“. Bezogen auf die Kapitalformel im 8. Kapitel lautet der Ausdruck dafür  $m/G$ .

$G$  teilt sich auf in eine Geldsumme  $G_1$ , welche für Produktionsmittel, und eine Geldsumme  $G_2$ , welche für Arbeitskräfte (Löhne) ausgegeben wird. Das Verhältnis des produzierten Mehrwerts zur Geldsumme, die für Arbeitskräfte ausgegeben wird, also  $m/G_2$ , nennt Marx „*Mehrertrate*“.

Warum diese Unterscheidung von Profitrate und Mehrertrate? Weil die Mehrertrate steigen muss, damit die Profitrate gleichbleiben kann.

Im Verlaufe der „reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“, also der durch die Konkurrenz vorangetriebenen technischen Weiterentwicklung der Produktion, wird der Kapitalanteil immer größer, welcher für Produktionsmittel, und der immer kleiner, welcher für Arbeitskräfte ausgegeben wird. Würde die Mehrertrate gleichbleiben, müsste die Profitrate sinken. Um dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, müsste der von den Arbeitskräften produzierte Mehrwert relativ zur Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte wachsen.

Dazu ein Beispiel: Zu einem bestimmten Zeitpunkt sei  $G = 1$  Mio €.  $G_1$  und  $G_2$  seien je 500.000 €. Der Mehrwert betrage 100.000 €. Die Profitrate läge also bei 10%, die Mehrertrate bei 20%.

Aufgrund technischer Innovationen werden nun mehr Maschinen eingesetzt und weniger Arbeitskräfte beschäftigt.  $G$  betrage weiterhin 1 Mio €.  $G_1$  aber betrage jetzt 750.000 € und  $G_2$  250.000 €. Bei gleichbleibender Profitrate müsste weiterhin ein Mehrwert von 100.000 € erzielt werden; das wäre eine Mehrertrate von 40%. Blicke die Mehrertrate gleich, betrüge der Mehrwert nur noch 50.000 €, und die Profitrate sänke auf 5%.

Bedenkt man, dass sich die Relationen im Laufe der Jahrzehnte teilweise noch wesentlich dramatischer verändert haben, wird deutlich, dass zur Verhinderung des Falls der Profitrate enorme Steigerungen der Mehrertrate nötig waren und sind.

Es stellt sich also die Frage, welche Möglichkeiten das Kapital hat, die Mehrertrate zu steigern. Dazu müssen wir zunächst genauer erfassen, wie die jeweilige Relation von Ausgaben für Arbeitskräfte und Mehrwert zustandekommt und uns den Arbeitstag ansehen.

### 12.2 Der Arbeitstag: notwendige Arbeit und Mehrarbeit

Versetzen wir uns auf den Zeitpunkt 0 eines Arbeitstages. Zu diesem Zeitpunkt ist das Geld, mit dem der Unternehmer Produktionsmittel und für einen Tag Arbeitskräfte gekauft hat, ausgegeben, also weg. Dem stehen gegenüber die gekauften Produktionsmittel

(Maschinen, Werkzeug, Rohstoffe usw.) und Arbeitskräfte. Die Produktionsmittel gehören ihm; den in ihnen steckenden Wert könnte der Unternehmer durch ihren Verkauf wieder erlangen. Die für diesen Tag gekauften Arbeitskräfte dagegen repräsentieren keinen Wert, den der Unternehmer am Markt realisieren könnte (es sei denn, er unterhalte eine Leiharbeitsfirma; aber das wäre ein anderes Thema). Sie repräsentieren zu diesem Zeitpunkt lediglich eine Möglichkeit, Werte zu produzieren, die erst noch aktualisiert werden muss. Noch haben sie keinen Wert produziert; der Geldsumme, die für sie ausgegeben wurde, steht noch kein Gegenwert gegenüber.

Das ist kein Problem; denn selbstverständlich bleibt es dabei ja nicht. Die Produktion beginnt. Wie sieht die Situation nach einer Stunde aus?

Zu diesem Zeitpunkt sind die Maschinen eine Stunde gelaufen, ein Teil der Rohstoffe ist verarbeitet. Die Maschinen haben durch den Verschleiß an Wert verloren; und mit den verbrauchten Rohstoffen ist auch deren Wert weg. Allerdings sind in dieser Stunde Waren produziert worden, auf die erstens der anteilige Wert der verschlissenen bzw. verbrauchten Produktionsmittel übergegangen ist, in die zweitens eine Stunde Arbeit wertbildend eingegangen ist. Zu diesem Zeitpunkt steht der Unternehmer also schon besser da als zum Zeitpunkt 0. Aber nach einer Stunde dürfte der neu produzierte Wert noch nicht dem Wert der für diesen Tag beschäftigten Arbeitskräfte entsprechen. Das heißt, der Wert der produzierten Waren deckt zwar zu diesem wie zu jedem folgenden Zeitpunkt den Verlust bei den Produktionsmitteln, aber noch nicht die Kosten für die Arbeitskräfte ab.

Irgendwann jedoch im Laufe des Tages ist dieser Punkt erreicht. Würde die Produktion zu diesem Zeitpunkt gestoppt, bliebe der Unternehmer verlustfrei; würde aber auch keinen Gewinn machen. Also lässt er länger arbeiten; bzw. er schließt überhaupt nur Arbeitsverträge ab, die einen aus seiner Sicht hinreichend langen Arbeitstag vorsehen.

Den Teil des Arbeitstages, der notwendig ist, um den Wert der für diesen Tag gekauften Arbeitskräfte zu produzieren, nennt Marx „*notwendige Arbeit*“. Den Teil, der darüber hinaus geht, nennt er „*Mehrarbeit*“. Je größer die Mehrarbeit, desto größer der Mehrwert. Die Relation des Mehrwerts zu den Kosten für die Arbeitskräfte, die Mehrwertrate, entspricht also der Relation der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit.

Insofern die Trennlinien zwischen notwendiger und Mehrarbeit und zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschiebbar sind, ist die *Mehwertrate* eine *variable Größe*. Kapitaleigner werden dort ihr Geld investieren, wo sie die höchsten Profite machen können. Die Mehrwertrate ist – wie oben ausgeführt – ein wichtiger Faktor hierfür. Welche Möglichkeiten haben die Unternehmungen, um sie zu steigern?

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

*1. Ausdehnung der Mehrarbeit durch Verlängerung des Arbeitstages.*

Die notwendige Arbeit bleibt gleich; die Mehrwertrate erhöht sich dadurch, dass die Mehrarbeitszeit verlängert und die Freizeit verringert wird. Diese Methode nennt Marx „*absolute Mehrwertproduktion*“. Sie findet ihre Grenze an der Physis der Arbeitenden sowie an ihrem politisch und gewerkschaftlich organisierten Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerung, der nach langen Kämpfen im 19. Jahrhundert schließlich zur gesetzlichen Fixierung des Normalarbeitstages geführt hat.

## 2. Verringerung der notwendigen Arbeit bei konstantem Arbeitstag.

Lässt sich der Arbeitstag nicht weiter verlängern, kann die Mehrwertrate nur durch Veränderung der Relation von Mehrarbeit und notwendiger Arbeit, d.h. durch Verringerung der notwendigen Arbeit gesteigert werden. Diese Methode nennt Marx „*relative Mehrwertproduktion*“. Eine Verringerung der notwendigen Arbeit wird vor allem erzielt durch Steigerung der Arbeitsproduktivität: Dadurch, dass die Arbeitenden in derselben Zeit mehr Waren herstellen, steckt in der einzelnen Ware weniger Arbeit, also weniger Wert. Dadurch sinken die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft. Die notwendige Arbeit verkürzt sich, und es entsteht Spielraum für eine relative Verlängerung der Mehrarbeit trotz gleichbleibender Gesamtarbeitszeit.

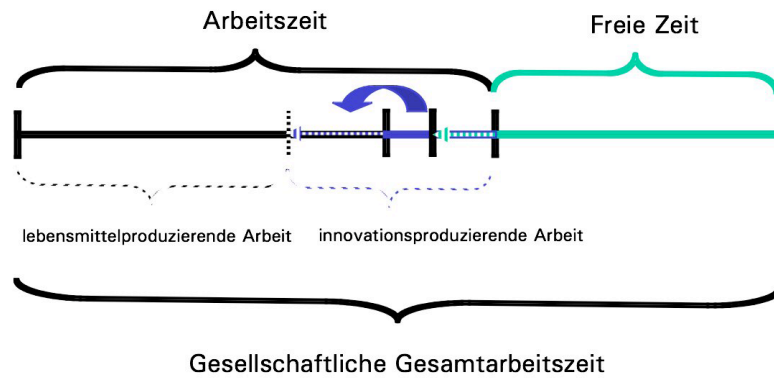
Der „Hunger nach Mehrwert“ (Marx) ist keine Frage von Geldgier, Menschenverachtung und bösem Willen. Er folgt vielmehr einem ökonomischen Zwang. In der Konkurrenz der Unternehmungen untereinander muss jede einzelne Unternehmung immer darum bemüht sein, mindestens ebenso effektiv und kostengünstig zu produzieren wie die anderen. Und ist Produktivitätssteigerung einmal in Gang gesetzt, bedeutet das für jede einzelne Unternehmung, sich schon heute auf potenzielle künftige Produktivitätsfortschritte der Konkurrenten einstellen zu müssen. Dann gibt es keinen Stillstand mehr, und der Zwang zur Produktivitätssteigerung wird permanent.

### 12.3 Von Arbeit befreiende Arbeit

Die notwendige Arbeit heißt zum einen deswegen so, weil Arbeit notwendig ist: sie wendet die Not vom Menschen als einem Lebewesen ab, das in seiner physischen Ausstattung nur unzureichend an die Naturbedingungen angepasst ist und deshalb umgekehrt die Naturbedingungen an sich selbst anpassen muss, um überleben zu können. Arbeit dient der lebensnotwendigen Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse.

Unter kapitalistischen Bedingungen sind dies die Mittel zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Arbeitskraft, also die Herstellung des Gegenwerts aller Güter, die zu ihrer Aufrechterhaltung notwendig sind.

Betrachten wir nicht die Arbeitszeit der einzelnen Arbeitskraft oder der Arbeitskräfte eines einzelnen Unternehmens, sondern die *gesamtgesellschaftlich verausgabte Arbeitszeit*, dann entspricht der notwendigen Arbeit der Anteil der Gesamtarbeitszeit, der in die Produktion von Lebensmitteln im weitesten Sinne (dazu gehören zum Beispiel auch Bildungsanstrengungen und die in der Lebensmittelproduktion eingesetzten Arbeitsmittel) investiert wird. Die Mehrarbeit dagegen geht teils ebenfalls in die Lebensmittelproduktion für die Unternehmer und ihre Familien (was die Produktion von Luxusgütern mit einschließt), zum weitaus größeren Teil aber in die Produktion von neuen Produktionsmitteln, also in technische Innovation. Das Schema der Arbeitszeit sieht dann so aus:



Dieses Schema ist folgendermaßen zu lesen: Aufgrund des Produktivitätsfortschritts der Arbeit können die Grenzen zwischen notwendiger und Mehrarbeit zugunsten der Mehrarbeit verschoben werden; ebenso können die Grenzen zwischen freier Zeit und Arbeitszeit zugunsten der freien Zeit verschoben werden. Diese Verschiebungsmöglichkeiten nach links sind nicht zuletzt Resultat der Produktion neuer und leistungsfähigerer Maschinen, also der *innovationsproduzierenden Arbeit* (angezeigt durch den blauen gebogenen Pfeil).

Die innovationsproduzierende Arbeit ist gesamtgesellschaftlich gesehen also keine im Sinne der Lebensmittelproduktion notwendige Arbeit. Und doch ist auch sie notwendige Arbeit, insofern sie nämlich die Menschen tendenziell *von der Not der Arbeit zu befreien* vermag.

Allerdings: Solange das Anwachsen der innovationsproduzierenden Arbeit die Verringerung der lebensmittelproduzierenden Arbeit vollständig kompensiert, mag die Arbeit zwar insgesamt einen wachsenden Ausstoß an Produkten bewirken, aber sie besetzt weiterhin als notwendige Tätigkeit einen gleichbleibenden Anteil der Lebenszeit. Sie befreit nicht von sich. Und dies ist unter kapitalistischen Bedingungen der Fall. Der Produktivitätsfortschritt dient nicht primär der absoluten Verringerung der Gesamtarbeitszeit, sondern der relativen Ausweitung der Mehrarbeit.

Notwendend im zweiten Sinne wäre die Mehrarbeit, die in Innovationen fließt, erst, wenn sich die Gesamtarbeitszeit verringerte, wenn sich also die Arbeits-Strecke insgesamt verkürzte.

## 12.4 Das Reich der Bildung

Was hat das aber mit Bildung zu tun?

Erstens: Die Arbeit wird durch den Menschen verändert; aber sie verändert auch den Menschen. Arbeit ist in gewissem Sinne ein *Selbsterziehungsprozess*. Durch Arbeit verändern die Menschen ihre Umwelt. Und durch ihre veränderte Umwelt werden sie genötigt, sich selbst zu verändern. So verändern sie auf diesem vermittelten Wege sich selbst.

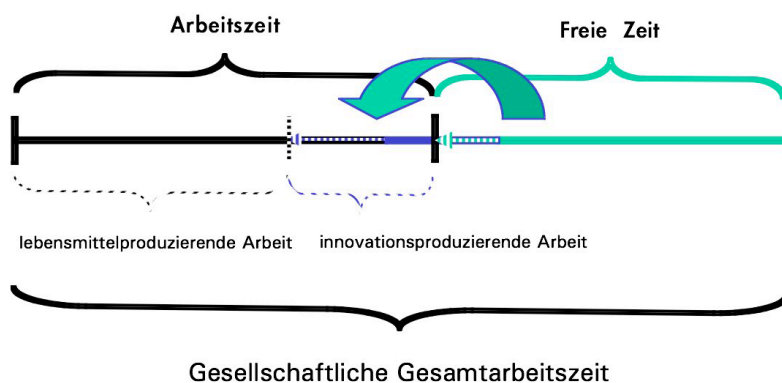
Wenn die Arbeit der Grund ihrer Entwicklung ist, heißt dies, dass sie in dieser Entwicklung sich selbst bestimmen, dass es eine selbstbestimmte Entwicklung ist. Der pädagogische Begriff dafür ist „Bildung“. Aber die Notwendigkeit der Arbeit und die Indirektheit der durch sie bewirkten Veränderung der Menschen selbst heißt auch, dass den Menschen die Wirkungen ihrer Arbeit als fremde Bestimmungen begegnen, als etwas von außen Kommendes; dass sie sich als fremdbestimmt empfinden. Der pädagogische Begriff hierfür ist „Erziehung“. Die notwendige Arbeit ist als notwendige etwas, worin der Mensch nicht frei ist. Die Entwicklung, zu der sie die Menschen nötigt, erscheint als fremdbestimmt. In ihr ist Zwang. Und doch ist sie auch eine befreiende Tätigkeit. Und darin liegt ein Übergang.

Zweitens: Es liegt darin ein *Übergang in die freie Tätigkeit*. In die Tätigkeit, die nicht mehr von Natur-Notwendigkeit und auch nicht von Arbeits-Notwendigkeit bestimmt ist. Diese freie Tätigkeit wird möglich in jenem Bereich, auf dessen Ausdehnung die Arbeit als von sich selbst befreiende hinwirken will: in der arbeitsfreien Zeit. Marx hat gesagt: Hier, in diesem Bereich der arbeitsfreien Zeit, beginne überhaupt erst das wahre menschliche Leben, das Leben nämlich, in dem er sich selbst bestimmen könne. Die Arbeit sei das „Reich der Notwendigkeit“. Jenseits dessen, in der arbeitsfreien Zeit, erstrecke sich das „Reich der Freiheit“.

In der notwendigen Arbeit unterwirft der Mensch sich den Bedingungen, die er vorfindet und deren Not er zu wenden sucht. Doch dabei hilft ihm die List seiner Vernunft; denn zugleich entwickelt er die Arbeit so, dass sie sich selbst reduziert, also ihre eigene Notwendigkeit aufhebt, sich befreit.

Woher nimmt die Arbeit diese Kraft der Befreiung?

Aus jener Kraft der Innovation, die sich über das je Gegebene und seine Not erheben kann; die hinter dem je Gegebenen seine noch unerschlossenen Möglichkeiten entdecken kann; die das Nicht-Seiende im Seienden erschließt; die das Seiende durchbricht, um das Nicht-Seiende zum Sein zuzulassen. Das ist *die utopische Kraft der Bildung*. Durch Bildung vermag Arbeit von sich zu befreien. Oder anders ausgedrückt: Durch Bildung wird Arbeit zur befreienden Arbeit, zur freien Arbeit; zur Kultur.



Dies wird im obigen Schema durch den grünen gebogenen Pfeil angedeutet, der aus der Kraft der von den unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten freien Tätigkeit schöpft und jene Innovationen erst ermöglicht, welche dann die Grenzlinie der notwendigen Arbeit nach links verschieben.

Wo die notwendige Arbeit geleistet ist, wo die Lebensbedingungen gesichert sind, dort kann die freie Tätigkeit einsetzen, die sozusagen „zweckfreie“ Tätigkeit, d.h. die Tätigkeit, in der Menschen sich nicht einer Zielvorgabe unterzuordnen, keiner Notwendigkeit und keinem Zwang zu folgen haben. Wo Ziele überhaupt erst gesetzt, neue Möglichkeiten entdeckt, Zukunft geöffnet wird.

Das Reich der Freiheit also ist das *Reich der Bildung*. Die Reduktion der Arbeitszeit schafft Raum für Bildung. Und Bildung ist die Kraft, welche vermittels der innovationsproduzierenden Arbeit die Reduktion von Arbeitszeit ermöglicht.



## Literatur

- Altwater, E./F. Huisken (Hg.): Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen 1971
- Armbruster, W.: Arbeitskräftebedarfsprognosen als Grundlage der Bildungsplanung. Berlin 1971
- Baethge, M.: Ausbildung und Herrschaft – Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik. Frankfurt a.M. o.J. (1970)
- Berg, H.: Ökonomische Grundlagen der Bildungsplanung. Berlin 1965
- Bodenhöfer, H.J./C.C. v. Weizsäcker (Hg.): Bildungsinvestitionen. Pfullingen 1967
- Daheim, H.: Soziale Herkunft, Schule und Rekrutierung der Berufe. Köln-Opladen 1961
- Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg 1965
- Deutschmann, M.: Qualifikation und Arbeit. Zur Kritik funktionalistischer Ansätze der Bildungsplanung. Westberlin 1974
- Edding, F.: Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg i.Br. 1963
- Fischer, W. u.a.: Schule und kritische Pädagogik. Heidelberg 1972
- Gamm, H.J.: Kritische Schule. München 1970
- Gamm, H.J.: Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik. München 1972
- Goodman, P.: Das Verhängnis der Schule. Frankfurt a.M. 1975 (Originalausgabe 1964)
- Gröll, J.: Erziehung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Vorüberlegungen zur Erziehungstheorie in praktischer Absicht. Frankfurt a.M. 1975
- Hegel, G.W.F.: Phänomenologie des Geistes. (1807) Werke in 20 Bänden. Bd. 3. Frankfurt a.M. 1970
- Heinrich, R.: Zur politischen Ökonomie der Schulreform. Frankfurt a.M. 1973
- Heydorn, H.-J.: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt a.M. 1970
- Heydorn, H.-J.: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. Frankfurt a.M. 1972
- Hinrichsen, D.: Der bildungspolitische Einfluß der Kapitalverbände. Hamburg 1971
- Hoffmann, V.: Der Klassencharakter der Gesamtschule. Bildungsökonomische, soziologische und erziehungswissenschaftliche Analysen zu einem schulpolitischen Reformprojekt im Spätkapitalismus. Westberlin 1972
- Hüfner, K. (Hg.): Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum. Stuttgart 1970
- Huisken, F.: Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie. München 1972
- Illich, I.: Entschulung der Gesellschaft. Entwurf eines demokratischen Bildungssystems. Reinbek 1973
- Illich, I.: Schulen helfen nicht. Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft. Reinbek 1972
- Immler, H./W. Schmied-Kowarzik (Hg.): Natur und Marxistische Werttheorie. Kassel 1988
- Immler, H./W. Schmied-Kowarzik: Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit. Hamburg 1984

- Koneffke, G.: Integration und Subversion. Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft. In: Das Argument Bd. 54 (1969). 389-430
- Koneffke, G.: Pädagogik im Übergang zur bürgerlichen Herrschaftsgesellschaft. Studien zur Sozialgeschichte und Philosophie der Bildung. Wetzlar 1994
- Maass, H.: Zur Politischen Ökonomie der Lehrlingsausbildung. Frankfurt a.M. 1971
- Marx, K.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. In: Marx-Engels-Werke Ergänzungs-Band I. Berlin 1969
- Marx, Karl: Thesen über Feuerbach. Die deutsche Ideologie. In: Marx-Engels-Werke Bd. 3. Berlin 1973
- Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Nachdruck der 1939 und 1941 in Moskau erschienenen Ausgabe. Frankfurt a.M. o.j.
- Marx K.: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke Bd. 13. Berlin 1969
- Marx, K.: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. 3 Bde. 1867, 1885 (Hg. F. Engels) und 1894 (Hg. F. Engels). Marx-Engels-Werke Bd. 23-25. Berlin 1969
- Masuch, M.: Politische Ökonomie der Ausbildung. Reinbek 1972
- Mill, J.S.: Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy. London 1848
- Moravec, H.: Mind Children. Der Wettlauf zwischen menschlicher und künstlicher Intelligenz. Hamburg 1990
- Nyssen, F. (Hg.): Schulkritik als Kapitalismuskritik. Göttingen 1971
- Nyssen, F.: Schule im Kapitalismus – Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Feld der Schule. Köln 1969
- OECD: Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand. Wien-Frankfurt-Zürich 1966
- Otten, D.: Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung. Zum logischen und historischen Verhältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens. Westberlin 1973
- Peisert, H.: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München 1967
- Popitz, H.: Die Ungleichheit der Chancen im Zugang zu einer höheren Schulbildung. In: Ludwig v. Friedeburg (Hg.): Jugend in der Modernen Gesellschaft. Köln-Berlin 1965
- Recum, H. v.: Aspekte der Bildungsökonomie. Neuwied-Berlin 1969
- Reimer, E.: Schafft die Schule ab! Befreiung aus der Lernmaschine. Reinbek 1972
- Ricardo, D.: On the Principles of Political Economy and Taxation. London 1817
- Roth, H.: Die realistische Wendung in der pädagogischen Forschung. In: Hermann Röhrs (Hg.): Erziehungswissenschaft und Erziehungswirklichkeit. Frankfurt a.M. 1964
- Rutschky, K. (Hg.): Schwarze Pädagogik. München 1977
- SDS-Kiel: Schule und Kapitalverwertungsprozeß. In: Friedhelm Nyssen (Hg.): Schulkritik als Kapitalismuskritik. Göttingen 1971. 37-47
- Sesink, W.: Die Schule der bürgerlichen Gesellschaft. Zur Kritik der öffentlichen Bildungsinstitution. Diss. Kassel 1975
- Sesink, W.: Gesellschaft und Ökologie. Zum entfremdeten Mensch-Natur-Verhältnis

- aus philosophisch-bildungstheoretischer Sicht. In: Armin Bernhard/Lutz Rothermel (Hg.): Überleben durch Bildung. Vorarbeiten zu einer ökologischen Fundamentaldidaktik. Weinheim 1995. 98-126 (zit. 1995a)
- Sesink, W.: Menschliche und künstliche Intelligenz. Der kleine Unterschied. Stuttgart 1993
- Sesink, W.: Vom Wert der Mündigkeit. In: Peter Euler/Ludwig A. Pongratz (Hg.): Kritische Bildungstheorie. Zur Aktualität Heinz-Joachim Heydorns. Weinheim 1995. 151-167 (zit. 1995b)
- Sesink, W.: Aus der Sicht dialektischer Bildungstheorie: Perspektiven auf das Projekt ‚Erziehung zur bürgerlichen Mündigkeit‘. In: Andreas Gruschka (Hg.): Wozu Erziehungswissenschaft? Darmstadt 1996. 36-51
- Sesink, W.: Die Materie der Bildung. Überlegungen zu einem neugefaßten Materialismus in der Bildungstheorie. In: Mündigkeit. Zur Neufassung materialistischer Bildungstheorie. Jahrbuch für Pädagogik 1997. Red. H.-J. Gamm und G. Koneffke. Frankfurt/Main 1997. S. 53-65
- Sesink, W.: Virtuelle Realität. Über das Produktionspotential der neuen Maschinen. In: Vierteljahrsschrift für Wissenschaftliche Pädagogik 67 (1996). S. 320-342
- Smith, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of the Nations. London 1776
- Weber, N.: Privilegien durch Bildung. Über die Ungleichheit der Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M. 1973
- Widmaier, H.P. u.a.: Bildung und Wirtschaftswachstum. Villingen 1966
- Winkel, R.: Das Ende der Schule oder: Alternativprogramme im Spätkapitalismus. München 1974